

# Preußische Allgemeine



Nr. 27 · 8. Juli 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Scheitert der Westen?

Die Demokratien Europas und Nordamerikas zwischen eigenen Ansprüchen und realpolitischen Zwängen einer pluralen Weltordnung **Seiten 3 und 8**



**Unrecht** Die Militarisierung des Strafvollzugs in der DDR **Seite 11**



**Sehenswert** Das Memeler Hauptpostamt wird Kulturdenkmal **Seite 23**

### AUFGEFALLEN

## Lob des Zweifels

Die Ergebnisse sind vernichtend. In der vergangenen Woche veröffentlichte ein Sachverständigen-Team um den Virologen Hendrik Streeck seinen Bericht über die Wirksamkeit der staatlichen Corona-Maßnahmen. Der Befund: Es gibt keine Belege dafür, dass Lockdowns, „2G“, „3G“, Schulschließungen und so weiter einen relevanten Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatten. Generell beklagen die Experten eine „schlechte Datenlage“.

Dieser Befund macht sprachlos: Denn seit Ausrufung der Pandemie wurden alle, die den Sinn der Maßnahmen anzweifeln, als „Corona-Leugner“ oder ähnliches bezeichnet, die die Erkenntnisse „der Wissenschaft“ ignorieren würden. Und nun kommt heraus, dass „die Wissenschaft“ diese Erkenntnisse nie hatte.

Hinzu kommt, dass weite Teile der Wissenschaft – aber auch der Politik und der Medien – diese Erkenntnisse gar nicht haben wollten: Ganz im Gegenteil wurden Experten wie Streeck oder auch der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel, die in Studien ermitteln wollten, wie gefährlich Corona eigentlich ist, lange Zeit attackiert. Dafür konnte ein Karl Lauterbach in allen Talkshows seine Aussagen, von denen inzwischen zahlreiche widerlegt sind, unwidersprochen in die Welt setzen.

Die Konsequenz? Dass Zweifel gerade auch dann angebracht sein können, wenn eine Einheitsfront behauptet, dass es keinen Grund zum Zweifeln gäbe. Beim Königsberger Philosophen Immanuel Kant hieß das: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Recht hat er. *neh*

### POLITIK

## Die Union peilt den bequemen Weg an die Macht an

Anstelle einer programmatischen Erneuerung setzt die CDU den Kurs der Ära Merkel fort und bildet Zweckbündnisse mit den Grünen

VON WERNER PATZELT

**H**at die CDU jetzt wieder Oberwasser? Immerhin überholte sie zuletzt an Popularität die SPD und wurde in zwei Bundesländern Seniorpartner in Koalitionen mit den Grünen. Diese liegen in der Sonntagsfrage nun an zweiter Stelle und können sich parlamentarischer Weiterexistenz viel sicherer sein als die FDP. Gehört die Zukunft also Schwarz-Grün?

Tatsächlich hat die CDU Bindekraft bei älteren Leuten mit nicht-akademischem Hintergrund und unterdurchschnittlichem Einkommen in ländlichen Regionen, während die Grünen junge Leute sowie gut verdienende Akademiker in den Städten an sich binden. So ergänzen sich beide Wählerschaften zu einer kaum mehr bezwingbaren Mehrheit. Auch beanspruchen beide Parteien, für die „politische Mitte“ zu stehen. Also scheint dieser Machtblock dauerhaft eine „Demokratie der Mitte“ zu gewährleisten, die weder von links noch von rechts zu gefährden ist.

Folgt man dieser Deutung, dann war wohl Angela Merkels Neuausrichtung der CDU für ihre Partei und für unser Land höchst vorteilhaft. Und deshalb sollte Friedrich Merz die Union weiterhin auf einem grünverträglichen Kurs halten. Der nämlich beschert seiner Partei eine dauerhafte Machtperspektive – und dem Land eine Politik fortschrittlicher Vernunft.

CDU-Taktiker mit engem Planungshorizont mögen diese Sichtweise. Doch tragfähiger wäre es, die Nachhaltigkeit grüner Lernprozesse zu hinterfragen, auf die Auswirkungen staatspolitischer Fehlsteuerungen zu achten und die Abhängigkeit politischer Parteien von den Spielzügen ihrer Konkurrenten zu bedenken.

Inhaltlich erleichtert es die Zusammenarbeit von Union und Grünen derzeit, dass letztere ihren Fundamentalpazifismus aufgegeben haben, am Fall der Ukraine die Tugenden von Vaterlandsliebe und Wehrhaftigkeit entdecken sowie zu begreifen beginnen, dass Energiepreise nicht nur ein klimapolitisches Steuerungsmittel sind, sondern große Risiken für jene Sozialpolitik bergen, von der die Legitimitätslage unseres Staates abhängt.

### Wie verlässlich sind die Grünen?

Doch wie nachhaltig werden diese Lernprozesse nach einem Abklingen der jetzigen Krisen sein? Wie verlässlich ist die innerparteiliche Unterstützung für die überraschenden Positionsveränderungen von Habeck und Baerbock?

Aus staatspolitischer Sicht wäre zu erwägen, ob die grüne Windradpolitik nicht bald schon an Baurecht und Naturschutz scheitern mag. Oder ob der Versuch eines energiepolitischen Durchregierens nicht politisch-partizipatorische Errungenschaften der letzten Jahre zerstören kann. Und ob grüne Vorlieben für Identitätspoli-

tik und Wokeness nicht bisherige diskursive Freiheitsmöglichkeiten allzu schmerzhaft beschneiden werden.

Wenn aber Empörung über die Folgen grüner Fehlsteuerungen und Bevormundung einst auch die vergrünte CDU trifft: Wie wird es sich dann auswirken, dass diese Partei jene zehn Prozent der Wähler anscheinend ganz aufgegeben hat, die inzwischen die AfD wählen? Es zwang doch die CDU an die Seite der Grünen, so dass sie nun eben keine Partei mehr ist, die von der Mitte bis zum rechten Rand alle politisch halbwegs Zurechnungsfähigen an sich zu binden verstand und deshalb der aus eigener Kraft dominante politische Akteur sein konnte. Als Partner der Grünen entfremdet sich die Union allen, welche die traditionellen grünen Positionen nicht mögen und den neuen nicht trauen.

Und im für die Union schlimmsten Fall hört die AfD eines Tages auf, sich im rechten Gedankensumpf zu suhlen, und findet zurück zu ihrer anfänglichen Position als bürgerliches Korrektiv der CDU. Dessen dann neuerliche Wählerattraktivität schadete sehr einer Union, die durch vielerlei Scheitern der mitgetragenen grünen Politikvorhaben diskreditiert wäre.

Ob die CDU-Führung dies bedenkt? Eher scheint sie die Dinge bequem treiben zu lassen – hoffend, dass die AfD zu keiner Gefahr mehr wird und die Grünen ihr „natürlicher Partner“ bleiben. Doch wird diese Rechnung auch aufgehen?

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Der massenhafte Diebstahl von Dienstsiegeln in der Bundeshauptstadt **Seite 5**

#### Kultur

Die Kunsthalle München präsentiert „Stille Rebellen“ des polnischen Symbolismus **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Erstmals seit über 70 Jahren werden in Allenstein keine katholischen Priester geweiht **Seite 13**

#### Lebensstil

Ein neuer Film dekonstruiert das gewohnte Bild der Elisabeth von Österreich **Seite 21**



### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Königsberg-Konflikt** Sollte der Konflikt um den Transit zwischen Russland und dem Königsberger Gebiet durch Litauen eskalieren, dürfte es der NATO schwerfallen, die Suwalki-Lücke und mit ihr das Baltikum zu verteidigen

## Der Kreml sitzt am längeren Hebel

Während Russland der Seeweg zu seiner Exklave bleibt, hängt Litauen am nordwestrussischen Stromnetz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Mitte Juni beschränkt die Republik Litauen den Warenverkehr zwischen Russland und dessen Exklave rund um Königsberg. So dürfen keine Züge mehr passieren, die Erzeugnisse aus Eisen, Stahl und anderen Metallen sowie Holz und Glas oder Luxusartikel aller Art transportieren. Darüber hinaus wurde der Transit von Düngemitteln Restriktionen unterworfen und eine Blockade der Lieferungen von Zement, Kohle, Erdöl und Mineralölprodukten angekündigt. Damit setzt das baltische EU-Mitglied die von der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen gegen Moskau wegen des Einmarschs in der Ukraine durch (siehe vergangene Ausgabe).

Der Kreml reagierte hierauf unter anderem mit einer diplomatischen Note, in der es heißt, dass Russland „sich das Recht vorbehält, zum Schutz seiner nationalen Interessen zu handeln, wenn der Gütertransit zwischen der Oblast Kaliningrad und dem Rest der Russischen Föderation über Litauen nicht in naher Zukunft vollständig wiederhergestellt wird“. Gleichzeitig erklang in der russischen Öffentlichkeit der Ruf nach der gewaltsamen Schaffung eines „Korridors“ zu der Exklave an der Ostsee. Das wiederum alarmiert nun die NATO, die sehr wohl weiß, wo die russische Armee zuschlagen könnte, wenn es so weit käme.

### „Achillesferse der NATO“

Dieser neuralgische Punkt ist die Suwalki-Lücke, benannt nach der gleichnamigen Stadt im Nordosten Polens. Die Lücke verläuft über 65,4 Kilometer Luftlinie zwischen dem Königsberger Gebiet und Weißrussland und stellt die einzige Landverbindung zwischen den drei baltischen Staaten und den übrigen NATO- und EU-Staaten dar. Deshalb gilt sie auch als „Achillesferse der NATO“. Aus dieser geopolitisch brisanten Lage resultiert die 2016 beschlossene Beistandsinitiative NATO Enhanced Forward Presence (eFP). In deren Verlauf wurden vier multinationale Kampfverbände mit insgesamt fast 5000 Mann auf beiden Seiten der Lücke im Baltikum und Polen stationiert. Dieses Engagement soll nun angesichts der aktuellen Entwicklungen noch deutlich verstärkt werden.

Auslöser der eFP-Initiative war nicht zuletzt eine brisante Studie der US-amerikanischen Denkfabrik RAND Corporation, an der auch der frühere Alliierte Oberkommandierende in Europa, Wesley Clark, mitgewirkt hatte. Die gelangte zu dem Schluss, dass die NATO die Lücke im Falle eines russischen Angriffs nur 36 bis 60 Stunden lang verteidigen könne, dann seien alle drei baltischen Hauptstädte besetzt und das Baltikum zur Exklave des nordatlantischen Bündnisses geworden, dessen Verteidigung angesichts der russischen Überlegenheit bei konventionellen Waffen unmöglich wäre.

Daran ändern aber auch die vier NATO-Kampfverbände nichts, wie eine weitere Studie von Anfang 2021 zeigt, für die das Center for European Policy Analysis in Washington sowie der ehemalige Chef der US-Landstreitkräfte in Europa,

Generalleutnant Benjamin Hodges, verantwortlich zeichneten. Diesem Papier zufolge dürfte es ausnehmend schwierig sein, im Kriegsfall weitere Truppen an die Front in der Suwalki-Lücke zu werfen und mit Nachschub zu versorgen. Das liege an der mangelhaften Infrastruktur vor Ort. Und Transporte über Schweden und die Ostsee wären zwar möglich, würden aber „drei bis vier Wochen Verzögerung“ bedeuten.

### Russischer Angriff unwahrscheinlich

Allerdings ist ein russischer Angriff im Bereich der Suwalki-Lücke derzeit wenig wahrscheinlich. Zum Ersten sind Putins Truppen in der Ukraine gebunden und dort mehr als genug beansprucht. Zum Zweiten müsste der weißrussische Diktator Alexander Lukaschenko so unklug sein, dem russischen Vormarsch in Rich-

tung des Dreiländerecks Polen-Litauen-Weißrussland zuzustimmen, obwohl ihm daraus nur Nachteile zu erwachsen drohen. Zum Dritten kann Russland die litauische Blockade ohne größeren Aufwand dadurch umgehen, dass es die Bannware auf dem Seeweg nach Königsberg bringt. Die hierfür nötigen Schiffe stehen bereit.

Und nicht zuletzt verfügen die Russen, viertens, über ein sehr wirksames Mittel, Litauen – wie bereits offen angedroht – „leiden“ zu lassen, ohne die NATO militärisch herauszufordern: Das baltische Land hat sich auf Druck der EU dafür entschieden, sein Kernkraftwerk Ignalina abzuschalten und den geplanten Nachfolger in Visaginas nicht in Betrieb zu nehmen. Deshalb hängt es nach wie vor über das BREL-Ringsystem am nordwestrussischen Stromnetz. Das könnte Moskau jederzeit ändern, Vilnius nicht.



Jahrelang von untergeordneter Bedeutung, heute ein Landstrich von höchster militärischer Brisanz: Suwalki-Korridor

Foto: pa

ZIMA 2020

## Ein Manöver zeigt eklatante Schwächen auf

Anfang Februar 2021 berichteten einige polnische Nachrichtenportale wie „Interia“ oder „Wiadomości w Onet“ über das kurz zuvor durchgeführte Militärmanöver „Zima 2020“. In dessen Verlauf war ein russischer Überraschungsangriff im Bereich der Suwalki-Lücke zwischen den beiden Dreiländerecks Litauen-Polen-Weißrussland und Litauen-Polen-Königsberger Gebiet simuliert worden. Dabei hatte sich gezeigt, dass es gepanzerten russischen Verbänden gelingen kann, die Lücke von beiden Seiten aus aufzurollen und die Landverbindung zwischen Polen und dem Baltikum zu kappen.

Aber es kam noch schlimmer: Anders als in den bisherigen NATO-Planungen vorgesehen, rückten die russischen Streitkräfte danach nicht in Litauen, Estland und Lettland ein, sondern setzten zu einem großen Vorstoß in Richtung Westen an, womit sie einen Albtraum Polens wahr machten.

Die Truppen Warschaws reagierten hierauf mit keinem strategischen Rückzug, obwohl klar war, dass die NATO-Verbündeten etwa einen Monat benötigen würden, um größere Verbände nach Polen zu verlegen. Allerdings misslang der verzweifelte Versuch der Verteidigung Ostpolens unter massiven Verlusten. Das resultierte unter anderem aus dem Chaos auf Seiten der Verteidiger, die den Berichten über das Ausmaß und die Geschwindigkeit des feindlichen Vormarsches misstrauten. Somit erreichten die Russen bereits am Tag Fünf des virtuellen Konfliktes die Weichsel-Linie, nachdem sie 24 Stunden zuvor Warschau eingekreist und sämtliche strategisch wichtige Häfen an der Ostsee besetzt hatten. Damit war der Krieg faktisch zu Ende und Polen musste seine Kapitulation erklären.

Dieses Szenario sorgte für einen Schock bei den Verantwortlichen und in der Öffentlichkeit: Das Debakel sei diesmal „noch schlimmer als 1939“ ausgefallen. Tatsächlich hatte die deutsche Wehrmacht zu Beginn des Zweiten Weltkrieges lediglich 19 Tage benötigt, um die polnische Hauptstadt einzukesseln. W.K.

### KRISENHERD BALTIKUM

## Hintergründe eines Konflikts

Erst als die EU den ungehinderten russischen Transit durch Litauen anerkannte, akzeptierte Russland die Grenze zu Litauen

Litauen ist seit dem 29. März 2004 Mitglied der NATO und gehört darüber hinaus seit dem 1. Mai des Jahres der Europäischen Union an. Durch Russlands Exklave Königsberger Gebiet existiert eine 266 Kilometer lange russisch-litauische Grenze. Deren Verlauf wurde nach jahrelangem Tauziehen im Oktober 1997 in einem Vertrag festgelegt, den der litauische Präsident Algirdas Brazauskas und dessen russischer Amtskollege Boris Jelzin unterzeichneten. Dieser trat 2003 in Kraft und spielte eine ganz zentrale Rolle, als es um den EU- und NATO-Beitritt Litauens ging.

Die Ratifizierung des Grenzabkommens durch Moskau erfolgte erst, als die EU diplomatisch verklausuliert Russland

den ungehinderten Zugang zum Königsberger Gebiet über litauisches Territorium garantierte. Die Garantie erfolgte mit der Verabschiedung der „Gemeinsamen Erklärung der Russischen Föderation und der Europäischen Union zum Transit zwischen der Oblast Kaliningrad und dem übrigen Territorium der Russischen Föderation“. Am 11. November 2002 wurde sie in Brüssel unterzeichnet.

### Souveränität gegen Transitrechte

In diesem Papier heißt es unter Punkt 1: „Die Vertragsparteien erkennen die einzigartige Stellung der Oblast Kaliningrad als Teil der Russischen Föderation an, das durch andere Staaten vom übrigen Terri-

torium der Föderation getrennt ist. In diesem Zusammenhang vereinbaren die Parteien, zum Zwecke der Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der EU besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die Bedenken beider Parteien im Zusammenhang mit dem künftigen Transit von Personen und Gütern zwischen dem Oblast Kaliningrad und anderen Regionen auszuräumen und ihre Zusammenarbeit zur Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung des Gebiets als Ganzes zu intensivieren.“

Andererseits wurde aber auch vereinbart, dass Litauen die volle Souveränität über die Transitstrecke besitzt. Trotz-

Aus Moskauer Sicht gefährdet Litauen mit der Behinderung des russischen Transits die Sicherheit seiner Grenzen

dem stellen manche russische Politiker und Medien nun die Grenzen Litauens in Frage, weil das baltische Land die EU-Sanktionen gegen Moskau durch seine Teil-Blockade des Zugangs nach Königsberg durchsetzt. Es sei doch ganz offensichtlich, dass ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der Anerkennung der litauischen Grenzen durch Russland und der Frage der Erreichbarkeit der Exklave über litauisches Territorium bestehe. Deshalb, so etwa der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitrij Rogosin, habe sich Litauen mit seiner nunmehrigen Vorgehensweise „nicht nur ins Bein, sondern auch in den Kopf geschossen“. W.K.

# Geopolitische Schicksalstage

Sind die westlichen Demokratien für die Konflikte der Gegenwart gewappnet? Wer auf jüngste globale Entwicklungen schaut, kann dies bezweifeln. Statt rationalem Denken bestimmen moralischer Hochmut und Halbherzigkeit allzu oft das Handeln

VON HERFRIED MÜNKLER

**M**it der Vorstellung, wir seien in eine Art von Neuauflage des Kalten Krieges hineingeraten, ist auch die Selbstbezeichnung „der Westen“ wieder aufgetaucht.

Tatsächlich sind einige Elemente der neuen Konfrontation den Konstellationen von 1949 bis 1989 ähnlich, etwa dass Moskau und Washington erneut die ausschlaggebende Rolle in dem Konflikt spielen. Bei genauerer Betrachtung überwiegen jedoch die Unterschiede: Was man früher die „Dritte Welt“ genannt hat spielt inzwischen politisch wie wirtschaftlich eine sehr viel wichtigere Rolle, und auch die Zusammensetzung des als „Osten“ und „Westen“ Bezeichneten hat sich erheblich verändert: Viele der ehemaligen Ostblock-Staaten sind heute Mitglieder der NATO, und Russland ist an Fläche wie Bevölkerung kleiner, als es die alte Sowjetunion war.

## Unterschiede zum Kalten Krieg

Andererseits ist Russland ein sehr viel aggressiver Akteur als die einstige UdSSR, die – zumindest in ihrer späten Phase – politisch weithin saturiert war, während Russland seit Jahren als revisionistische Macht auftritt. Vor allem aber ist an die Stelle der kurzen direkten Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt, die im Wesentlichen auf Deutschland beschränkt war, während beide Blöcke sonst durch neutrale Staaten getrennt waren, eine ununterbrochene Konfrontationslinie vom nördlichen Finnland bis zum Schwarzen Meer getreten. Das ist politisch wie strategisch eine grundlegend andere Konstellation, als es die des Kalten Krieges war.

Die Europa betreffenden Unterschiede scheinen auf eine ressourcenmäßig stärkere Position „des Westens“ bei einem erhöhten Konfrontationsrisiko hinauszulaufen. Aber nach den jetzt zu Ende gegangenen zwei bis drei Jahrzehnten der Globalisierung lassen sich die Räume der Konfrontation nicht mehr von solchen der friedlichen Koexistenz trennen, wie das im Kalten Krieg der Fall war. Russland und China agieren als enge Verbündete, wobei Russland zunehmend in die Position eines Juniorpartners hineingerät, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht, während China als globaler Akteur mit starken maritimen Ambitionen auftritt, was in den Zeiten des Kalten Krieges nicht der Fall war. Die USA jedenfalls sehen China als den eigentlichen Konkurrenten um die globale Hegemonie an, während die auf Russland als den großen Regelbrecher und militärischen Angreifer fixierten Europäer die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Reich der Mitte weiterhin pflegen wollen.

„Der Westen“ hat also keine gemeinsame Vorstellung davon, wer die hauptsächliche Bedrohung von Frieden und Wohlstand ist: Russland oder China. Die USA, die sich nach der Beendigung der jugoslawischen Zerfallskriege aus der europäischen Sicherheitspolitik stark zurückgezogen hatten, sind seit Russlands Angriff auf die Ukraine wieder hierher zurückgekehrt. Aber es ist auch klar, dass sie Europa und Russland als einen lästigen Nebenkriegsschauplatz und Ostasien mitsamt dem pazifischen Raum als für die Konstellationen des 21. Jahrhunderts entscheidend ansehen. Deshalb werden die Europäer auf längere Sicht den Russen gegenüber auf sich allein gestellt sein.

## Veränderte globale Gewichtungen

Und unter diesen Umständen stellt sich das Ressourcenverhältnis nicht mehr so günstig dar, wie es beim Blick auf den Seitenwechsel der Mittel- und Osteuropäer erschienen ist. Die Gleichsetzung der jetzigen Konstellationen mit denen des Kalten Krieges ist eine



Wenn Moral auf Realpolitik trifft: Nach dem Beginn des Ukrainekriegs waren sich viele Politiker und Bürger im Westen einig darin, künftig auf russische Energielieferungen zu verzichten. Inzwischen greift die Erkenntnis um sich, dass die gegenseitigen Abhängigkeiten weitaus größer sind als es viele lange Zeit wahrhaben wollten  
Foto: imago/illuPics

Krücke der politischen Orientierung, über die man leicht stolpern und stürzen kann. Vor-sicht ist angezeigt.

Diese beginnt bei der Aufladung von Himmelsrichtungen mit politischer Bedeutung. Die Formel vom Ost-West-Konflikt war ein Synonym für den Kalten Krieg, wobei die Blickrichtungen von Europa aus festgelegt wurden, was auch für den „globalen Süden“ galt, wo damals im Übrigen die geopolitisch folgenreichsten Veränderungen stattfanden – beginnend beim Zerfall der europäischen Kolonialreiche und kulminierend in einem auf der Verfügung über Rohstoffe und Energiereserven beruhenden Machtbewusstsein der arabisch-islamischen Welt, das die welt-politischen Gewichtungen veränderte.

## Ende der westlichen Werte-Hegemonie

Heute ist das Ringen um die Unterstützung, beziehungsweise zumindest die wohlwollende Neutralität der rohstoffreichen Länder des „globalen Südens“ im Kräftemessen zwischen den Demokratien Europas und Nordamerikas sowie den autoritären Regimen Russlands und Chinas von allergrößter Bedeutung. Dass dieses Ringen längst in Gang ist, zeigt die Einladung von Kanzler Scholz an die Präsidenten Indonesiens, Indiens, Südafrikas, Senegals und Argentiniens, als Gäste zum G7-Treffen nach Elmau zu kommen. Dabei ging und geht es darum, sie auf die eigene Seite zu ziehen oder doch zu verhindern, dass sie sich der Gegenseite anschließen. Wahrscheinlich war von der politischen Symbolik her der Besuch der Fünf aus dem Süden wichtiger als die Einigkeitserkundung der Sieben aus dem Norden.

Der Konflikt, von dem der Ukrainekrieg nur ein Teil ist, wenn auch der gefährlichste und blutigste, ist eine globale Auseinandersetzung, und die muss als solche geführt werden. Wer jetzt nur auf die Ukraine schaut, sieht zu wenig, um die geopolitischen Veränderungen der jüngsten Zeit wirklich zu begreifen.

Die Zeit, da die westlichen Werte ob ihres universalen Geltungsanspruchs auch global

durchgesetzt werden sollten – und konnten –, ist vorbei. Der Rückzug aus Afghanistan war das Eingeständnis, dass man mit der Wertedurchsetzung in aller Welt überfordert war. Das war und bleibt die eigentliche Botschaft der Bilder vom desaströsen Abzug auf dem Kabuler Flughafen und des unzulänglich durchgeführten Versuchs, die afghanischen Helfer in den Westen mitzunehmen.

Der Westen hat die Geltung seiner Werte auf den eigenen Raum beschränkt. Und er hat, wie gerade die Europäische Union ein ums andere Mal erfahren muss, große Mühe damit, ihnen wenigstens in seinem Eigenraum Geltung zu verschaffen. In anderen Räumen gelten andere – oder auch gar keine – Werte, und diese Pluralität der Wertordnungen ist Bestandteil einer pluralen Mächteordnung, die die Politik der nächsten Jahrzehnte prägen wird. Das zu akzeptieren ist eine Grundvoraussetzung für das politische Überleben der liberalen Demokratien westlichen Typs. Eine wertebasierte Außenpolitik ist damit zwar nicht unmöglich geworden, muss aber klüger betrieben als bloß pausbäckig verkündet werden. Je schneller die deutsche Politik etwa das begreift, desto eher wird sie in der Lage sein, ihre eigenen Interessen zu vertreten und zur Geltung zu bringen.

## Halbherziges Handeln und moralischer Hochmut

Das Desaster einer selbstsuggestiven Werteorientierung ohne hinreichende strategische Analyse zeigt sich zurzeit am Scheitern der von EU und USA gegenüber Russland verhängten wirtschaftlichen Sanktionen, die bislang nicht zur Einschränkung der russischen Angriffsfähigkeit geführt haben. Stattdessen haben sie die europäische Wirtschaft durch die als Reaktion darauf verfügbaren Einschränkungen der russischen Gaslieferungen in arge Bedrängnis gebracht, wobei die Folgen dessen für den politischen Willen der europäischen Bevölkerungen zur finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine zurzeit noch gar nicht absehbar sind.

Die Wirtschaftssanktionen waren von Anfang an zweierlei: ein Versuch, ohne die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine auf den russischen Präsidenten Putin Druck auszuüben, um ihn zur Einstellung seiner Angriffsoperationen gegen die Ukraine zu zwingen, und zugleich Ausdruck eines westlichen Überlegenheitsbewusstseins, als Hüter der Regeln und Werte auftreten zu können, ohne mit einem Gegenhandeln des Sanktionierten rechnen zu müssen. Kurzum: Man hat sich als Erzieher zum Guten und Richtigen gesehen, der einen ungezogenen Schüler zur Raison bringt, anstatt von einer strategischen Konfrontation auszugehen, in der beide Seiten die ihnen verfügbaren Optionen einsetzen werden. Aber gleichzeitig hat man sich bei den eigenen Möglichkeiten durch die nukleare Eskalationsdrohung Russlands ins Bockshorn jagen lassen.

Das Selbstbild, der Hüter des Rechts zu sein, ohne sich zu vergewissern, welche Instrumente bei der Rechtsdurchsetzung zur Verfügung stehen, beziehungsweise ob man bereit und in der Lage ist, diese auch einzusetzen, haben den Westen in eine unterlegene Position gegenüber Russland gebracht. Halbherzigkeit in Verbindung mit moralischem Hochmut sind politisch schlechte Ratgeber.

## Rückkehr zu strategischem Denken

Die liberalen Demokratien müssen wieder lernen, strategisch zu denken und zu handeln, wenn sie sich in der Auseinandersetzung mit den autoritären Regimen Russlands und Chinas behaupten wollen. Der oberste Grundsatz einer entsprechenden *Grand Strategy* lautet dabei, dass man die autoritären Systeme nicht mit den eigenen westlichen Wertvorstellungen traktieren sollte, sondern die Unterschiede in deren Interessen analysiert, um durch entsprechende Angebote dafür zu sorgen, dass sie zueinander auf Abstand bleiben und ein gewisses Misstrauen gegeneinander hegen. Russland ist ein autoritär-autokratisches, China ein autoritär-technokratisches Regime, und dementsprechend ist die politische Problemwahrnehmung in beiden Regimen auch unterschiedlich grundiert.

Das könnte ein Ansatzpunkt strategischen Gegenhandelns sein, freilich einer, der langfristig angelegt ist. Dabei wird es nicht darauf ankommen, dass EU und USA immer einer Meinung sind und zu denselben Maßnahmen in der Konfrontation mit dem Autoritären greifen, aber die dabei verfolgten Strategien müssen sich schon so aufeinander abstimmen, dass sie auf dasselbe Ziel gerichtet sind. Was einstmals „der Westen“ war, wird in Zukunft nämlich dreigliedrig auftreten: als EU, als USA und als Verbund der liberaldemokratischen Staaten im indopazifischen Raum, von Japan bis Australien und Neuseeland sowie in den Indischen Ozean hinein. Die USA werden der Organisator dieses Verbundes sein, wie sie das bereits in der NATO sind. Aber die Europäer müssen selbstständige Handlungsfähigkeit aufbauen, um als eigenständiger Akteur auftreten zu können und nicht bloß das sicherheitspolitische Mündel der USA zu sein.

Gipfeltreffen wie die jüngsten von G7 in Elmau und NATO in Madrid sind Symbolisierungen dieses Verbundes. Die operative Politik wird jedoch jenseits solcher Gipfeltreffen gemacht – wenn es gut läuft. Ansonsten scheidet „der Westen“.

● Prof. Dr. Herfried Münkler war bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Büchern gehören „Die Deutschen und ihre Mythen“ (2008) und „Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918“ (2013, beide Rowohlt) sowie „Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“ (Edition Körber-Stiftung 2015). 2021 erschien „Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch“ (Rowohlt).  
[www.rowohlt.de](http://www.rowohlt.de)

In anderen Räumen gelten andere – oder auch gar keine – Werte, und diese Pluralität der Wertordnungen ist Bestandteil einer pluralen Mächteordnung, die die Politik der nächsten Jahrzehnte prägen wird

## ● MELDUNGEN

## Steigerung um 92 Prozent

**Brüssel** – Vom 1. Januar bis zum 14. Juni wurden in der EU 339.984 Asylerstanträge registriert. Das entspricht einer Steigerung von 92 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Zahlen finden sich in einem geheimen Bericht der europäischen Asyagentur European Union Agency for Asylum (EUAA) an die EU-Kommission, den die „Welt am Sonntag“ publik gemacht hat. Die meisten Asylbewerber kamen dabei aus Afghanistan mit 42.900, Syrien mit 34.900 und Venezuela mit 22.900. Mehr als jeder Fünfte der Neuanrücklinge suchte in der Bundesrepublik Asyl. Nicht mit eingerechnet sind die zahlreichen Syrer, die zuvor schon mehrere Jahre in Griechenland gelebt hatten und nun nach Deutschland gekommen sind, seit eine geringere soziale Absicherung in anderen EU-Staaten hierzulande ebenfalls als Asylgrund gilt. Ebenso fehlen die Ukrainer in der Statistik, denn diese müssen kein Asylverfahren durchlaufen. W.K.

## Eklatanter Unterschied

**Berlin/Langen** – Statistisch gesehen hat im vergangenen Jahr jede 69. Verabreichung von Corona-Vakzinen zu derart gravierenden Nebenwirkungen oder Komplikationen geführt, dass sich der Geimpfte veranlasst sah, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies geht aus der detaillierten Aufstellung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) „Impfnebenwirkungen Covid-19“ vom 16. Juni hervor, die in Beantwortung einer entsprechenden Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert vom 21. März entstand. Laut dem Papier erfolgten 2021 insgesamt 2.487.526 Arztbesuche im Zusammenhang mit Beschwerden nach Corona-Impfungen. Dem stehen nur 244.576 „Verdachtsfälle einer Nebenwirkung“ gegenüber, die das Paul-Ehrlich-Institut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel in Langen bis zum 31. Dezember 2021 aufgelistet hat. W.K.

## Kooperation gegen Betrug

**Bochum/Bukarest** – Die Staatsanwaltschaft Bochum hat vorletzten Dienstag gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Dortmund und mit Unterstützung der rumänischen Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einen Haftbefehl und 44 Durchsuchungsbeschlüsse in Deutschland und Rumänien vollstreckt. Hintergrund sind Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des organisierten unrechtmäßigen Bezuges von Kindergeld und Sozialleistungen. Die Hauptbeschuldigten stehen im Verdacht, Familien aus dem Osten Rumäniens durch Täuschung oder Zwang nach Deutschland gebracht und dort für sie Kindergeld und Harz-IV-Leistungen beantragt zu haben. Nach Auszahlung der Sozialleistungen sollen die Beschuldigten die Familien zurück nach Rumänien gebracht und die Zahlungen für sich selbst vereinnahmt haben. Die Ermittler gehen derzeit von einem Schaden in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro aus. N.H.



Bei der Vorstellung des Jahresberichts „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021“ vorletzten Dienstag in der Bundespressekonferenz: Benjamin Steinitz und Felix Klein  
Foto: imago images/IPON

## ANTISEMITISMUS

## Wenn es um Palästina geht, kommt Gewalt ins Spiel

Bundesverband RIAS legt Jahresbericht 2021 vor – Vor allem zwei Entwicklungen haben laut dem Verband das Gesamtbild geprägt

VON PETER ENTINGER

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) hat in seinem Jahresbericht für 2021 2738 erfasste antisemitische Vorfälle aufgelistet. Das sind im Schnitt mehr als sieben pro Tag. Darüber hinaus wird von einer großen Dunkelziffer ausgegangen. Etwa die Hälfte der Vorfälle, die bei den insgesamt acht Meldestellen eingegangen sind, sei „keiner klaren Ideologie“ zuzuordnen.

RIAS-Vorstand Benjamin Steinitz und der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Felix Klein ließen die Gelegenheit nicht aus, darauf hinzuweisen,

dass es sich auch bei diesen Vorfällen um Rechtsextremismus handeln könnte. „Ganz klar den Rechten“ zuzuordnen seien 17 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr mit 1957 Vorfällen bedeuten die aktuellen Zahlen einen Anstieg um 40 Prozent. Dieser ist laut RIAS aber zum Teil auf eine veränderte Datengrundlage zurückzuführen. So nahmen 2021 drei neue Meldestellen ihre Arbeit auf. „Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Arbeit dieser Meldestellen mehr Vorfälle aus den jeweiligen Regionen bekannt wurden“, sagte Steinitz.

## Corona-Proteste

Das Gesamtbild der antisemitischen Vorfälle 2021 ist seiner Einschätzung nach

vor allem von zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen dauerten auch 2021 die Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie an. „Diese Corona-Proteste waren vor allem für Menschen aus einem verschwörungsideologischen Spektrum vielfach ein Anlass für antisemitische Äußerungen oder Handlungen“, sagte Steinitz. Hierbei zeigt sich allerdings, wie schwierig eine genaue Zuordnung ist. So gab es vereinzelte Meldungen, in denen das Tragen eines „Judensterns“ bei Anti-Corona-Demonstrationen angezeigt wurde. Dies sei nicht zwingend Beleg einer rechtsextremen Einstellung, allerdings handele es sich dabei möglicherweise um eine strafbare Relativierung des Holocaust. Hierzu zählt auch

die auf Transparenten zu lesende Parole „Impfen macht frei“. In Mannheim wurde im August zudem eine Schmiererei an einer Straßenbahnhaltestelle gemeldet, die lautete: „Cov-19 Lüge von Juden. Widerstand oder Tod“. Die RIAS spricht hierbei von „Schoa-relativierenden Selbstviktimsierungen“. Dazu gehören insbesondere Gleichsetzungen von nicht gegen Corona geimpften Personen mit Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Fast ausnahmslos alle dieser antisemitischen Vorfälle spielten sich allerdings auf einer verbalen Ebene ab.

## Nahostkonflikt

Ganz anders sieht es aus, wenn es um den Konflikt zwischen Israel und Palästina geht. Die Raketenangriffe der Hamas und anderer islamischer Terrorgruppierungen sowie die militärische Reaktion Israels auf diese Angriffe im Mai 2021 seien vielfach Anlass für antisemitische Beleidigungen, Bedrohungen oder gar Gewalttaten gegen Juden gewesen. In Hamburg wurde im September 2021 ein jüdischer Teilnehmer einer Mahnwache für Israel und gegen Antisemitismus von einem Passanten als „Hurensohn“ beleidigt und geschlagen. In Berlin drängten im Oktober drei Jugendliche einen Mann, „Free Palestine“ zu rufen. Nachdem sich der Mann geweigert hatte, fügten sie ihm mit Tritten und Schlägen lebensbedrohliche Verletzungen zu.

Auch jüdische Gemeinden waren von Fällen extremer Gewalt betroffen. In Berlin wurde im August bei Reinigungsarbeiten an einem jüdischen Gemeindehaus festgestellt, dass ein Fenster mit einer Gewehr- oder Pistolenkugel durchschossen worden war. In Mannheim und in Bonn wurden die Synagogen mit Steinen beworfen.

Wie stark der Palästina-Konflikt die Statistik beeinflusst, zeigt sich auch daran, dass der Mai des vergangenen Jahres der meldeintensivste Monat war. Dazu zählen auch 14 Versammlungen, auf denen RIAS Berlin antisemitische Inhalte feststellte – von kleineren Kundgebungen bis hin zu großen Demonstrationen mit bis zu 3500 Teilnehmern. Insbesondere am Wochenende 14./15. Mai sei es zu antisemitischer Gewalt, aber auch zu Mordaufrufen gegen Israelis und Juden gekommen. Vielfach wurde Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Immerhin – auch das sagte Steinitz – seien insgesamt die meisten Meldungen „niedrigschwellig“ gewesen, es blieb also bei anonymen Beleidigungen. Die beiden Kontexte Corona und Palästina würden aber belegen, dass insbesondere Juden in Deutschland im Zuge antisemitischer Vorfälle immer wieder für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, mit denen sie nichts zu tun hätten.

## BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

## BfV-Vizepräsidenten und Immigranten

Nach Selen wurde mit Badenberg nun auch der zweite Stellvertreterposten mit einem Einwanderer besetzt

Das dem Bundesministerium des Innern und für Heimat unterstehende Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wird in der Öffentlichkeit in aller Regel durch seinen Präsidenten Thomas Haldenwang repräsentiert. Der 62-jährige Jurist, der am 15. November 2018 die Nachfolge des geschassten Hans-Georg Maaßen antrat, ist quasi das Gesicht des deutschen Inlandsgeheimdienstes und allgemein bekannt. Sehr viel weniger im Fokus der Aufmerksamkeit stehen dahingegen Haldenwangs zwei Stellvertreter Sinan Selen und Felor Badenberg.

Selen wurde 1972 in Istanbul geboren und ist seit dem 21. Januar 2019 Vizepräsident des BfV. Die Ernennung resultierte vorrangig daraus, dass Selen in der Vergangenheit maßgeblich an der Dingfest-

machung islamischer Terroristen mitgewirkt hatte.

Am 15. Juni dieses Jahres trat Felor Badenberg als erste Vizepräsidentin des BfV an die Seite Selen. Sie folgte auf Michael Niemeier, der in den Ruhestand wechselte. Badenberg, deren Mädchename nicht bekannt ist, kam 1975 in der iranischen Hauptstadt Teheran zur Welt und zog im Alter von zwölf Jahren mit ihren Eltern nach Köln. 1997 begann sie dort ein Studium der Rechtswissenschaften und promovierte schließlich 2006 mit der Dissertation „Das Recht des Kindes auf Kenntnis der eigenen Abstammung unter Berücksichtigung der Problematik der anonymen Geburt“.

Kurz darauf wurde Badenberg beim Bundesamt für Verfassungsschutz als Re-

ferentin in der Abteilung Auslandsbezogener Extremismus eingestellt. Ab 2008 übernahm sie als Referatsleiterin diverse Aufgaben in der Personalverwaltung und im Präsidialbereich. Damit oblag es der Juristin auch, die Berichte zu schreiben, die Maaßen an Abgeordnete und Politiker weitergab. Späterhin reüssierte Badenberg als Referatsgruppenleiterin in der Abteilung Spionageabwehr und als erste Chefin der neuen Abteilung Cyberabwehr, bis ihr im Januar 2020 die Leitung der Abteilung Rechtsextremismus und rechtsextremistischer Terrorismus übertragen wurde, obwohl sie bis dahin nicht als Expertin auf diesen Gebieten in Erscheinung getreten war.

Nachfolgend engagierte sich Badenberg insbesondere im Kampf gegen die Al-

ternative für Deutschland. So war sie maßgeblich an dem Prozess vor dem Verwaltungsgericht Köln beteiligt, den das BfV am 8. März 2022 mit dem Ergebnis gewann, dass der Verfassungsschutz nun die gesamte AfD als rechtsextremistischen „Verdachtsfall“ einstufen und beobachten darf. Eine ganz entscheidende Rolle spielte in dem Verfahren das rund eintausend Seiten starke Gutachten des Inlandsgeheimdienstes über die Partei, das unter Badenbergs Leitung verfasst wurde. In Würdigung dieser Aktivitäten meinte Haldenwang anlässlich der Beförderung der Juristin durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), sie bringe „ideale Voraussetzungen mit, um in der dynamischen Sicherheitslage die neuen Führungsaufgaben zu erfüllen“. Wolfgang Kaufmann

## INNERE SICHERHEIT

# Dienstsiegel massenhaft gestohlen

Kriminelle brechen seit Jahren in Ämter und sogar Polizeiwachen ein – Siegel sind heiß begehrt

VON NORMAN HANERT

Berlin gilt als eine Einbrecher-Hochburg. Im Schnitt registriert die Polizei in der Hauptstadt jedes Jahr rund 12.000 Einbrüche. Die Kriminellen machen nicht einmal vor Behörden und sogar Polizeidienststellen halt. Solche Einbrüche, aber auch schlechte Verwaltungsorganisation und Schusseligkeit von Beamten haben dazu geführt, dass mittlerweile eine erstaunlich große Zahl von amtlichen Stempeln sowie sogar Kinderreisepässe und vorläufige Personalausweise „in Verlust geraten“ sind, wie es im Amtsdeutsch heißt.

Wie aus einer Antwort der Berliner Landesregierung auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Harald Laatsch (AfD) hervorgeht, sind von den Verlusten seit 2016 mehrere Senatsverwaltungen, aber auch die Bezirke mit ihren Bürgerämtern, Sozialämtern und Standesämtern betroffen. Selbst ein Dienstsiegel mit der Aufschrift „Veterinär- und Lebensmittelaufsicht“ führt der Senat in seiner Antwort auf. Auffallend oft sind in den vergangenen Jahren Dienststempel durch Einbrüche in Berliner Schulen verschwunden.

## „Missbrauch Tür und Tor geöffnet“

Ein Einbruch in ein Dienstgebäude hat auch dazu geführt, dass die Aufzählung verschwundener Dienstsiegel durch den Senat im Fall des Berliner Bezirksamts Mitte besonders umfangreich ausfiel. Bei dem schon länger bekannten Verbrechen zwischen dem 6. und dem 7. August 2016 ließen die Kriminellen knapp 50 Dienstsiegel des Bürgeramts Wedding in der Osloer Straße mitgehen.

Im Zuge des Einbruchs verschwanden zudem diverse Dokumente des Bürgeramtes wie Kinderreisepässe, vorläufige Personalausweise und Anwohnerkarten. Laut der Senatsantwort konnte in diesem Einbruchfall eine tatverdächtige Person ermittelt werden. Der Ermittlungsvorgang wurde am 16. März 2021 an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Länger fiel auch die Aufstellung des Senats zum Bezirk Pankow aus. Dort waren in vier Fällen Dienstsiegel „nach Langzeiterkrankung oder Tod der Dienstkraft nicht auffindbar“. Bei einem weiteren Fall in Pankow gibt es einen unbestä-



Besonders im Fokus der Kriminellen: Reisepässe

Foto: imago/imagebroker

tigten Diebstahlsverdacht. Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf haben ein oder mehrere Täter bei einem nächtlichen Einbruch gleich einen ganzen Tresor mitgenommen. „Täter und Siegel konnten nicht gefunden werden“, so die Senatsverwaltung für Inneres. Auch zum Diebstahl eines Dienstsiegels im Bezirksamt Reinickendorf heißt es in der Senatsaufstellung: „Es erfolgte eine Anzeige, die Ermittlungen wurden eingestellt.“

Laatsch warnt vor den möglichen Folgen, wenn in Berliner Behörden immer wieder Dienststempel „in Verlust geraten“: „Es ist erschreckend, dass mit diesen wichtigen offiziellen Legitimationszeichen offenbar sehr nachlässig umgegangen wird. Dem Missbrauch durch Unbefugte ist dadurch Tür und Tor geöffnet.“ Tatsächlich sind die Dienstsiegel in der Unterwelt äußerst heiß begehrt. Kriminelle erhalten mit den Behördenstempeln nämlich die Möglichkeit, gefälschte Ausweise und Dokumente täuschend echt aussehen zu lassen.

Neben Bürgerämtern und Schulen gehen Diebe in der deutschen Hauptstadt auch verblüffend oft sogar in Polizeidienststellen auf Beutezug. Wie eine Anfrage des Abgeordneten Frank Balzer (CDU) zutage förderte, wurden in den Jahren seit 2019 eine ganze Reihe von Diebstählen in Polizeigebäuden oder auf den Grundstücken der Polizei angezeigt. Betroffen waren neben kleineren Polizeiwachen auch das große Polizeigelände mit der Ausbildungsakademie in Spandau und selbst das Landeskriminalamt (LKA) am Tempelhofer Damm. Mitgehen ließen die Diebe alles nur Mögliche, von Süßigkeiten über Ausweise und Uniformen bis hin zu Fahrrädern.

## Einbruch in Zolllager aufgeklärt

Die Berliner Polizei konnte nicht einmal verhindern, dass ihr ein Auto entwendet wurde. Von einem besonders dreisten Einbruch war Anfang 2020 das Berliner Hauptzollamt betroffen. Zwischen dem 23. und dem 26. Januar 2020 waren die Täter zunächst auf das Dach der Lagerhal-

le des Zolls in der Gehrenseestraße in Berlin-Hohenschönhausen geklettert. Anschließend seilte sich einer der Ganoven durch eine Dachluke aus 15 Metern Höhe ab und öffnete von innen die Rolltore der Halle. Damit war für die Bande der Weg frei, um mit einem gemieteten Lkw in die Lagerhalle zu fahren.

Die Beute in der Asservatenstelle des Zolls war reichlich. Neben 5,2 Millionen Zigaretten nahmen die Diebe 8,6 Tonnen unverzollten Shisha-Tabak mit, den der Zoll beschlagnahmt hatte. Anders als bei den gestohlenen Dienstsiegeln waren die Ermittler in diesem Fall bei der Suche nach den Tätern erfolgreich. Eine Sonderkommission des Zollfahndungsamtes Berlin-Brandenburg und das Berliner Landeskriminalamt hatten einen verdeckten Ermittler eingesetzt, der sich in der Unterwelt als Kaufinteressent für den Shisha-Tabak ausgab. Inzwischen hat das Berliner Landgericht wegen des Einbruchs im Hauptzollamt sieben Mitglieder einer rumänisch-moldauischen Bande zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

## ILA BERLIN AIR SHOW

# Stark geschrumpft nach Corona-Zwangspause

ILA in Schönefeld: Halb so viele Besucher und Aussteller – Russen und Chinesen gar nicht mehr dabei

Nachdem die weltbekannte Flugschau 2020 ausgefallen war, feierte die Luftfahrtmesse ILA in Schönefeld bei Berlin Ende Juni ihr Comeback. Es wurden zwar nur 72.000 Besucher gezählt, das lag aber daran, dass die Zahl vom Veranstalter begrenzt worden war. Mittwoch bis Freitag war für die Fachbesucher reserviert, die normalen Flug-Interessierten konnten am Sonnabend und Sonntag die Veranstaltung besuchen.

Die Zahl der Aussteller war mit 550 nur noch halb so groß wie bei der vorigen Ausgabe 2018. Besucher strömten nicht einmal halb so viele zur Messe wie 2018. Damals kamen 180.000 Menschen. Zudem ist die Messe durch die Inbetriebnahme des BER räumlich eingeschränkt worden.

Russische Aussteller waren dieses Mal gar nicht erst eingeladen worden.

Auch die chinesische Fliegerei wäre vielleicht von Interesse gewesen. Aus Brasilien suchte man den Hersteller Empresa Brasileira de Aeromautice S.A. gleichfalls vergeblich. Im Bereich der Militärfliegerei waren „Saab“ mit dem „Gripen“-Jet und Dassault mit der „Rafale“ nicht präsent. Aus Europa wurde lediglich der multinationale Abfangjäger „Eurofighter“ gezeigt.

## Auch weniger Vorführungen

Dafür bekamen die US-Amerikaner Gelegenheit, ihre Kampfflugzeuge potentiellen Kunden zu präsentieren. Die schon sehr alte Konstruktion Lockheed Martin C-130J „Hercules“ und der Transporter Boeing C-17 „Globemaster III“ wurden präsentiert. Die auch nicht mehr neuen Hubschrauber Boeing CH-47F „Chinook“, Sikorsky CH-53K „King Stallion“, Sikorsky

UH-60A „Black Hawk“ bewarben sich in Schönefeld um einen Anteil aus dem „Sondervermögen“ für die deutsche Bundeswehr.

An US-Kampffjets waren die betagten Boeing F-15E „Eagle“ und Lockheed Martin F-16 „Fighting Falcon“ zu sehen. Natürlich durfte auch die neue Lockheed Martin F-35A „Lightning II“ nicht fehlen, von der das Bundesverteidigungsministerium gerade 35 Exemplare bestellt hat. Airbus stellte fünf seiner Passagier- und Transportmaschinen aus. Beachtenswert war auch das viermotorige Riesenflugzeug Airbus A 380, das in den Farben von Emirates Airlines gezeigt wurde. Rund 60 Fluggeräte aller Größen und Kategorien konnten bewundert werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz eröffnete die ILA mit den Worten: „Sie machen uns Lust auf die Zukunft des Fliegens – klima-

neutral, geräuscharm und hochinnovativ.“ Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) ließen sich die Gelegenheit nicht nehmen, öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten.

Viele „normale“ Zuschauer bedauerten indes die Einschränkung der Flugvorführungen. ILA-Sprecherin Britta Wolters äußerte Verständnis für die Enttäuschung: „Wir sehen, dass die Vorführungen gerade für das Privatpublikum natürlich immer ein Highlight sind ... Wir bemühen uns auch, das auf jeden Fall anzubieten. Aber wir müssen schauen, dass das auch in Zukunft mit dem Flugverkehr am BER zusammenpasst.“ Die nächste ILA ist vom 5. bis 9. Juni 2024 in Schönefeld geplant.

Frank Bücker

## KOLUMNE

# Klima-Extremisten

VON VERA LENGSELD

Als ich am Morgen in Richtung A 100, der Stadtautobahn, aus Berlin herausfuhr, sah ich auf der gegenüberliegenden Seite einen endlos erscheinenden Stau von Autos, mit denen ihre Besitzer offenbar in die Stadt zur Arbeit fahren wollten. Ich wunderte mich, denn eine Baustelle hatte ich nicht gesehen. Ich höre Klassik-Radio, deshalb kam keine Meldung darüber in den Nachrichten.

Erst am Ziel erfuhr ich, dass sich wieder sogenannte Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ auf verschiedenen Ausfahrten der Stadtautobahn festgeklebt hatten. Nach Polizeiangaben waren es weniger als zehn Personen, die stundenlang den Verkehr lahmlegten, Menschen daran hinderten, ihre Arbeitsstellen zu erreichen, Notarztwagen und Lieferfahrzeuge festsetzten und hohe Kosten verursachten. In der vorangegangenen Woche hatte es bereits vier solcher Blockaden und zusätzlich Schmierereien mit schwarzer Farbe am Kanzleramt gegeben.

Die Klima-Extremisten wollen damit von Bundeskanzler Scholz einen Stopp der Ölbohrungen in der Nordsee erzwingen. In Zeiten, da die Bevölkerung bereits jeden Tag auf Heizungsausfall, Stromsperrungen und Duschverzicht eingestimmt wird, weil unsere Energieversorgung täglich unsicherer wird, wollen diese Wohlstandskids, die von ihren Eltern zur Schule und zum Ballett gefahren wurden, die glauben, Strom käme aus der Steckdose, Geld aus dem Automaten und Klamotten materialisierten sich im H&M oder COS, auch die letzten Versuche, eigene Ressourcen für die Energieerzeugung zu erschließen, stoppen.

Die Politik wird die Geister, die sie gerufen hat, nicht mehr los. Die „Letzte Generation“ hört seit ihrer Kindheit pausenlos Weltuntergangsdrohungen. Sie weiß nicht, dass sie die Katastrophe, die sie befürchtet, selbst herbeiführt, nicht für das Klima, sondern für die Gesellschaft.

## MELDUNG

# Pflicht ignoriert

Potsdam – Obwohl seit dem März dieses Jahres eine einrichtungsbezogene Corona-Impfpflicht gilt, sind in Brandenburg mindestens 7774 Ärzte, Schwestern und Pfleger dieser Verpflichtung nicht nachgekommen. Wie Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) im Potsdamer Landtag mitteilte, entspricht dies 6,9 Prozent aller Pflegebeschäftigten und 8,2 Prozent des Krankenhauspersonals. Da ein Landkreis und auch die Stadt Potsdam nur unvollständige Angaben gemeldet haben, könnte die Zahl noch höher liegen. Laut Nonnemacher ist für keine Person mit „unklarem Impfstatus“ bisher ein Betretungs- oder Beschäftigungsverbot ausgesprochen worden. Für das Land Berlin hatte eine Anfrage des Abgeordneten Lars Dürsther (SPD) ergeben, dass mit Stand vom 19. Mai mehr als 7800 Mitarbeiter von Krankenhäusern, Pflegeheimen, Rettungsdiensten oder Arztpraxen keine vollständige Corona-Impfung hatten oder keinen Nachweis vorlegen konnten. N.H.

## ● MELDUNGEN

## Ecstasy auf NATO-Basis

Brüssel – Auf einem belgischen Militärstützpunkt, auf dem auch Atomwaffen der NATO deponiert sind, haben örtliche Polizeibeamte mit Unterstützung von Experten der Bundespolizei und des Zivilschutzes ein heimliches Labor zur Herstellung der synthetischen Droge Ecstasy ausgehoben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft der Provinz Limburg handelt es sich um den Militärflugplatz Kleine-Brogel im Norden Belgiens. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, sind bei den Ermittlungen auf dem Stützpunkt zwei Verdächtige festgenommen worden, die inzwischen wieder auf freiem Fuß sind. Beide Personen sollen nicht im Dienst des belgischen Verteidigungsministeriums stehen. Die Basis Kleine-Brogel wird außer von den belgischen Luftstreitkräften auch von der US-Luftwaffe genutzt. Wie Drogenfahnder berichten, nutzen Kriminelle häufig die an die Niederlande angrenzende Provinz Limburg als Standort für Drogenlabore und Rauschgiftlager. N.H.

## Finanzkrise wie 2008 erwartet

Washington – Durch die Zinserhöhungen seitens der US-Notenbank Federal Reserve System bahnt sich in den Vereinigten Staaten eine ähnlich schwere Immobilien- und Finanzkrise wie 2008/09 an. Die Hypothekenzinsen stiegen mittlerweile auf fast sechs Prozent, weswegen der durchschnittliche Haus- oder Wohnungskäufer in den USA bereits um die 2500 US-Dollar pro Monat für die Abzahlungen aufbringen muss. Das ist eine faktische Verdopplung gegenüber dem Zeitraum von 2015 bis 2017, welche mehrere Auswirkungen hat. Zum einen ging die Nachfrage nach Immobilien stark zurück. Zum anderen gibt es einen deutlichen Preisrutsch. Außerdem nehmen die Zahlungsausfälle seitens der Kreditnehmer zu, wodurch es bald zu einer Welle von Zwangsversteigerungen zu Preisen unter dem üblichen Marktniveau kommen wird. Das wiederum dürfte die Banken erschüttern, weil deren Sicherheiten deutlich an Wert verloren haben. W.K.

## Tote Delfine im Meer

Odessa – Infolge der Kampfhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in den Gewässern des Schwarzen Meeres sollen 3000 Delfine verendet sein. Dies teilte der Forschungsdirektor des Tusli-Lagunen-Nationalparks bei Odessa, Iwan Rusew, mit. Die an den Küsten der Ukraine sowie Bulgariens, Rumäniens und der Türkei angeschwemmten Tiere seien Bomben- oder Minenexplosionen zum Opfer gefallen. Zudem habe der verstärkte Einsatz von Sonartechnik zu Schäden an den empfindlichen Unterwassernavigationsystemen der Delfine geführt. Deswegen könnten sie keine Fische mehr fangen und verhungerten. Rusew verwies auch auf die Gefahren durch auslaufenden Treibstoff oder giftige Chemikalien. Die Angaben des ukrainischen Wissenschaftlers wurden von türkischen Experten bestätigt. Derzeit sollen noch rund 250.000 Delfine im Schwarzen Meer leben. W.K.

## GROSSBRITANNIEN

## Schottlands Linke sucht die Konfrontation

Die „nationalistische“ SNP plant ein zweites Referendum – könnte sich damit aber eine blutige Nase holen

VON CLAUDIA HANSEN

Es ist ein riskantes Manöver, das Nicola Sturgeon anstrebt: Die „First Minister“, also Ministerpräsidentin von Schottland, hat ein Datum für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum angekündigt. Am 19. Oktober 2023 soll „Indyref2“ stattfinden. Die Chefin der Scottish National Party (SNP) will es nochmal wissen. Die Ankündigung kam unerwartet. Im Edinburgher Parlamentsviertel Holyrood habe sie damit „Schockwellen“ ausgelöst, schreibt die Londoner Wirtschaftszeitung „Financial Times“. Das konservative Magazin „Spectator“ hingegen nennt es trocken „Sturgeons Bluff“. Denn vieles spricht dafür, dass der Schachzug nur eine Finte ist.

Denn die schottische Regionalregierung besitzt gar nicht die rechtliche Kompetenz, ein Referendum auszurufen, das

die Verfassung ändern würde. Dies kann nur das britische Parlament in Westminster. Wahrscheinlich wird Sturgeons Vorstoß daher am britischen Supreme Court scheitern. Doch wird sie dann versuchen, dies in einen taktischen Vorteil umzubiegen. „Falls sie blockiert werden, ist das ein Sieg für sie, weil sie das als Beleg ansehen werden, dass Schottlands Demokratie nicht respektiert wird“, meint der Politikprofessor John Curtice von der Strathclyde Universität in Glasgow.

Viele verweisen darauf, dass es komplizierter ist. Laut Umfragen will eine deutliche Mehrheit der Schotten derzeit gar kein neues Referendum. 2014, beim ersten Anlauf, scheiterten die SPN-Unabhängigkeitsbefürworter klar. 55 Prozent der Wähler stimmten gegen die Abtrennung vom Vereinigten Königreich. Damals wurde dieses Referendum von allen Seiten als bindendes Votum „für eine Generation“

akzeptiert. Nun will Sturgeon aber schon neun Jahre später wieder neu wählen lassen. Sie verweist darauf, dass der 2020/21 vollzogene Brexit die Lage geändert habe. Die Schotten hatten 2016 mehrheitlich gegen den Brexit gestimmt.

Die „nationalistische“, linksgerichtete SNP ist dezidiert europhil und möchte zurück in die EU, wie auch die in Edinburgh regierenden Grünen. Doch aktuelle Umfragen zeigen, dass auch heute eine Mehrheit der rund fünf Millionen Schotten, wenn auch eine knappere, sich nicht vom Königreich abtrennen will. Vermutlich würde Sturgeon ein neues Referendum wieder verlieren.

## Unabsehbare Folgen

Die praktischen Folgen einer Unabhängigkeit wären in vielen Bereichen negativ. Der „Spectator“ und andere betonen etwa die finanzielle Abhängigkeit Schottlands

von England. Im vergangenen Jahr hatte die Regierung in Edinburgh ein Staatsdefizit von 22 Prozent der Wirtschaftsleistung, die Region ist chronisch defizitär und profitiert von milliarden schweren Fiskaltransfers aus London. Ein unabhängiges Schottland müsste die Lücke schmerzhaft durch einen „Sado-Sparkurs“ schließen, so der „Spectator“, dessen Chefredakteur selbst aus den Highlands stammt. Zudem müsste Schottland, wenn es in die EU wollte, eine Zollgrenze zu England errichten, das der Haupthandelspartner ist. Wirtschaftspolitisch sind die SNP-Rezepte unklar. Die mit den Grünen koalierende Partei will so schnell wie möglich weg von fossilen Energieträgern – aber im Nordosten Schottlands hängen rund 100.000 Arbeitsplätze an der Öl- und Gas-Förderindustrie.

Seit 2007, also schon 15 Jahre, regiert die SNP in Schottland. Sie ist geschickt darin, für alle Probleme und Defizite London verantwortlich zu machen. Aber die SNP-Regierung kann in vielen Bereichen frei schalten und ihre Resultate sind kläglich. Der konservative „Telegraph“ nennt Schottland sogar – überspitzt – einen „Failed State“ (gescheiterten Staat). Beispielsweise sind die sozialen Probleme erheblich. Die Zahl der Drogentoten ist viermal höher als in anderen europäischen Ländern. In Wirtschafts- und Bildungsrankings liegt Schottland stets hinter England. Die SNP ist zudem gespalten in einen traditionalistischen und einen links-woken Flügel. Die Jüngeren forcieren Transgender-Themen, während die ältere Generation lieber in Robert-the-Bruce-Dudelsackromantik schwelgt.

Sturgeons Schachzug soll vor allem die eigene Anhängerschaft der Unabhängigkeitsfans beruhigen, die ungeduldig ist und Druck macht. Sie spielt damit aber auch dem wegen zahlreicher Skandale angeschlagenen Premier Boris Johnson in die Hände, der seine Tories motivieren kann mit dem Schreckgespenst eines zerfallenden Königreichs. Schon warnt der Premier vor einer „Chaos-Koalition“ zwischen SNP und Labour. Er setzt damit Labour unter Druck. Parteichef Keir Starmer hat sich eiligst von der SNP distanziert. Alles in allem sieht es nicht so aus, dass die SNP-Vision eines unabhängigen Schottlands schon bald Realität werden könnte.



Will ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit von London: Schottlands Premierministerin Nicola Sturgeon

Foto: pa

## KORRUPTION

## Warum Ministerpräsident Kiril Petkow weg musste

Vor seinem Sturz hatte Bulgariens Regierungschef einen groß angelegten Schmuggel aufgedeckt

Bulgariens erst seit dem 13. Dezember vergangenen Jahres amtierender Ministerpräsident Kiril Petkow ist seit einem erfolgreichen Misstrauensantrag der zur Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei (EVP) gehörenden ehemaligen Regierungspartei GERB, der von drei weiteren Parteien unterstützt wurde, nur noch geschäftsführend im Amt. Die Abstimmung beendete die Bemühungen der Regierung Petkow, die Korruption in Bulgarien zu bekämpfen, das von Transparency International als der korrupteste Staat in der EU eingestuft wird, und stürzt das Land nach Jahren von Politikstillstand erneut in politische Instabilität.

123 von 240 Abgeordneten stimmten am 22. Juni gegen die Regierung Petkow, darunter Abgeordnete der GERB, der türkisch-islamischen Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), der Partei „Es gibt ein solches Volk“ (ITN), die bis zum 8. Ju-

ni Mitglied der Regierungskoalition war, und der der EU und dem Westen kritisch gegenüberstehenden Partei „Wiederkehr“. Petkow machte seinen von 2017 bis 2021 amtierenden Vorgänger Bojko Borisow, das in den USA auf der Schwarzen Liste stehende DPS-Mitglied Delyan Peevski, den ITN-Vorsitzenden Slawi Trifonow und die russische Botschafterin in Bulgarien, Eleonora Mitrofanowa, für seinen Sturz verantwortlich.

Außerhalb des Parlaments skandierten die Anhänger von Petkows Koalition während und nach der Abstimmung „Mafia raus“. Präsident Rumens Radew wird nun wohl Petkows Plattform „Wir setzen den Wandel fort“ (PP) einen neuen Regierungsauftrag erteilen. Scheitert Petkow, muss Radew die zweitgrößte Partei im Parlament, GERB, mit der Regierungsbildung beauftragen. Die Partei könnte theoretisch eine Mehrheit erlangen, müsste

aber eine Koalition mit der EU- und NATO-kritischen Vazrazhdane, der nationalistischen und EU-skeptischen ITN und der in erster Linie die Interessen der türkischen Minderheit vertretenden DPS eingehen. Die Türkenpartei, wie sie auch genannt wird, ist zu einem Synonym für Korruption und undurchsichtige Geschäfte zwischen Politikern und umstrittenen Geschäftsleuten geworden.

Ausgelöst wurde der unerwartete und überraschende Sturz der Regierung Petkow durch die Aufdeckung eines offenbar jahrelang funktionierenden Systems von Drogenschmuggel über die EU-Außengrenze Bulgariens zur Türkei. Deshalb hatte Bulgariens Finanzminister Assen Wassilew am 14. Juni seinen deutschen Amtskollegen Christian Lindner gebeten, Zollexperten aus Deutschland nach Bulgarien zu schicken, um die Korruption am Grenzübergang Kapitan Andreewo –

Kapikule, dem meistbefahrenen Straßengrenzübergang an einer EU-Außengrenze, zu beseitigen.

Petkow hatte kurz zuvor aufgedeckt, dass es keine Pflanzenschutzkontrollen für Lebensmittel gibt, die über Kapitan Andreewo eingeführt werden. Ein privates Unternehmen, Evrolab 2011, war jahrelang für die Kontrolle zuständig, und Petkow beschloss, sich vor Ort ein Bild davon zu machen, wie die Kontrollen durchgeführt werden, nachdem Gerüchte über Korruption aufgekommen waren. Bei Petkows Kontrolle waren die Kameras, die die Inspektionen aufzeichnen sollten, ausgeschaltet, und es fanden keine Kontrollen statt. Daraufhin entzog die Regierung Evrolab 2011 die Betriebslaubnis. Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Aufdeckung des Schmuggels und dem Regierungssturz ist offensichtlich, als dass man von Zufall reden könnte. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

**K**urz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, noch Ende Februar, verbreitete Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Zuversicht, Deutschland könne komplett auf russisches Gas verzichten.

Die Möglichkeit, dass Deutschland genug Gas und genug Rohstoffe ohne Lieferungen aus Russland bekomme, sei gegeben. Inzwischen verdichten sich die Zeichen, dass Habecks Plan zur Abkoppelung Deutschlands von russischen Energielieferungen möglicherweise schon im Herbst in einer Versorgungskrise endet. „Die vielen Risiken drohen sich zu materialisieren, die Chancen schwinden“, so die Einschätzung der „Wirtschaftswoche“ zu den Plänen Habecks. Bereits seit Mitte Juni kommen in Greifswald, dem bundesdeutschen Endpunkt von Nord Stream 1 nur noch 40 Prozent der sonst üblichen Gasmenge an.

### „Länger andauernde politische Wartung“

Laut russischen Angaben fehlen aufgrund der Sanktionen notwendige Ersatzteile für eine Reparatur. Ab dem 11. Juli stehen bei der Ostseepipeline zudem auch noch die jährlichen Wartungsarbeiten an. Allerdings warnen nun immer mehr Beobachter, dass nicht nur bis zum 25. Juli, dem angekündigten Ende der Arbeiten, der Gashahn zubleibt, sondern dauerhaft. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sagte beispielsweise, die Frage sei, ob aus der bevorstehenden regulären Wartung der Gaspipeline „eine länger andauernde politische Wartung wird“. Tatsächlich stellt sich die Frage, warum der Kreml mit der Einstellung seiner Lieferungen warten soll, bis Habecks Vorbereitungen zur Abkoppelung von Russland abgeschlossen sind.

Obwohl der Bundeswirtschaftsminister immer neue Verordnungen und Notfallpläne präsentiert, hat sich die Versorgungslage Deutschlands bislang nicht verbessert, seit der Grünen-Politiker im Februar erklärte, Deutschland komme auch ohne Russland zurecht. Habecks Plan fußt bislang auf der Annahme, dass Russland weiterhin vertragstreu liefert, damit die Gasspeicher für den kommenden Winter gefüllt werden können. Anfang Juli waren die Großspeicher in Deutschland laut Angaben des Verbands Gas Infrastructure Europe zu knapp 60 Prozent gefüllt. Der Bundestag hat in seinem Gasspeichergesetz als Ziel vorgegeben, die Speicher bis zum 1. Oktober mindestens bis zu 80 Prozent zu füllen.

Anfang November soll ein Speicherstand von 90 Prozent erreicht sein. Selbst damit ist die Versorgung für den kommenden Winter aber keineswegs gesichert.



Wie wird der Füllstand zum Beginn der Heizperiode sein? Gasspeicher der Stadtwerke Kiel in Kiel-Rönne

### ENERGIEVERSORGUNG

## Die Tücken von Habecks Abkopplungsplänen

Weniger Gas aus Russland, wichtige LNG-Anlage in den USA abgebrannt, Ersatz nur schwer zu beschaffen – Deutsche werden auf Engpässe vorbereitet

Nach Schätzung des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, decken Deutschlands Gasspeicher bei einem durchschnittlichen Winter nämlich nur den Verbrauch von zweieinhalb Monaten ab. Nötig sind deshalb zusätzliche Kapazitäten, falls im Winter die Lieferungen von russischem Pipelinegas fehlen. Kommt kein Gas nach, werden die deutschen Speicher zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt leer sein, nämlich im Februar 2023. Besonders groß ist die Deckungslücke auch im Oktober, wenn üblicherweise der Gasbedarf ansteigt. Bei einem Lieferstopp würde Deutschland dann bereits mit unvollständig gefüllten Speichern in die Heizsaison starten.

Kalkül Habecks war es, die russischen Lieferungen durch Flüssiggas aus anderen Weltregionen zu ersetzen. Dazu hatte die Bundesregierung schon sehr frühzeitig

vier schwimmende LNG-Terminals gemietet, die den Import von Flüssiggas ermöglichen sollten. Inzwischen zeichnet sich ab, dass lediglich eines dieser Spezialschiffe, die für Wilhelmshaven vorgesehene „Hoegh Esperanza“, bis zum Jahreswechsel an das Ferngasnetz angeschlossen werden kann. Unklar ist zudem, wie es gelingen soll, die gesamte russische Liefermenge kurzfristig zu ersetzen.

### Bislang nur vage Zusagen

Aus Katar brachte der Bundeswirtschaftsminister Ende März zudem lediglich eine vage Zusage für langfristige Lieferbeziehungen mit. Ein erster Langfrist-Liefervertrag für US-Flüssiggas, den der Versorger EnBW kürzlich abgeschlossen hat, sieht einen Lieferbeginn ab 2026 vor.

Die Alternative, der kurzfristige Kauf von verflüssigtem Erdgas (LNG), das

nicht durch Langfristverträge gebunden ist, hängt entscheidend vom Preis ab: „Wenn die Preise hier höher sind als in Asien, fahren die Schiffe hierher, sonst nicht“, so der Volkswirt Johannes Mayer von Österreichs Regulierungsbehörde E-Control.

Inzwischen hat auch noch ein Brand in einer der größten LNG-Produktionsstätten an der texanischen Golfküste bei Quintana den Versuchen, sich von russischen Lieferungen abzukoppeln, einen schweren Dämpfer verpasst. Die Anlage steht für ein Fünftel aller LNG-Exporte der USA. Mitte Juni teilte der Betreiber Freemont LNG mit, dass bis mindestens September keine Tankschiffe mit gekühltem Flüssiggas mehr über den Atlantik fahren können. Energieexperten beziffern den Verlust für Europa auf bis zu fünf Millionen Tonnen LNG.

### SOLARBRANCHE

## „Kein Standort ist so verletzlich wie Deutschland“

Der Notfallplan Gas versetzt Familienunternehmen mit hohem Energieverbrauch in Panik

Seit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die zweite Eskalationsstufe im Notfallplan Gas ausgerufen hat, wächst in der deutschen Industrie die Sorge, durch weiter steigende Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Europas größter Produzent von Solarglas, die Glasmanufaktur Brandenburg, warnt vor einem Stopp der Produktion mit schweren Folgen für die Solarbranche. Das Unternehmen im Süden Brandenburgs produziert nach eigenen Angaben täglich 300 Tonnen Glas für Photovoltaik und Solarthermie. Der Gasverbrauch des Unternehmens liegt bei 420.000 Kilowattstunden Gas täglich. Wie der Sender rbb berichtet, sind für das Unternehmen die Energiepreise seit Februar um 120 Prozent gestiegen. Diese Kostenerhöhung lässt sich

nicht auf die Kunden umlegen, da diese solche Preise nicht bezahlen würden, so der Geschäftsführer der Glasmanufaktur, Nicco Succolowksy.

Die Bundesnetzagentur habe ihm geraten, er solle sich darauf vorbereiten, die Schmelzwanne der Glasmanufaktur im Ernstfall innerhalb von 30 Tagen herunterzufahren. Die Auswirkungen eines Herunterfahrens wären allerdings so weitreichend, dass das Unternehmen auf eine Ausnahmegenehmigung hofft. Das Unternehmen in der Lausitz ist mittlerweile der einzige Solarglasproduzent in Europa: „Wir reißen die ganze Solarindustrie mit. Es gibt keinen Lieferanten mehr von Solarglas“, so Produktionsleiter Karsten Zeisig. Das Herunterfahren der Schmelzwanne käme einer „Katastrophe“ gleich: „Ist die

Wanne kalt, dauert es 18 Monate, sie wieder anzufahren.“

Der Spezialglashersteller ist mit seinem Versorgungsproblem kein Einzelfall. Die Stiftung für Familienunternehmen wies Ende Juni darauf hin, dass „kein Standort bei Energie so verletzlich wie Deutschland“ ist. Schon bisher war das Land beim Strom eine Hochpreisinsel. Zu diesem Wettbewerbsnachteil für die hiesigen Unternehmen treten nun noch hohe Importrisiken bei Energie. Als Folge wird das Land gerade für energieintensive Branchen als Standort sehr unattraktiv, so die Stiftung Familienunternehmen. Die Stiftung hatte das ZEW Mannheim – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung mit einer Untersuchung beauftragt, bei der die Folgen eines Gas-Embargos

oder eines russischen Lieferstopps abgeschätzt werden sollten. Der Vergleich von 16 EU-Ländern sowie der USA, Kanada, Japan, Großbritannien und der Schweiz ergab, dass sich die Preiseffekte der Energiekrise bei Strom und Gas bislang weitgehend auf europäische Standorte beschränken. In Europa sind es Deutschland und die Niederlande, die sich immer stärker zu einer „Hochpreisinsel“ entwickeln.

Sollte es zu einer Eskalation der Energiekrise kommen, dann sind laut dem ZEW Mannheim Italien und Deutschland im G7-Vergleich besonders verwundbar. Als Branchen mit den höchsten Risiken bei einer Versorgungskrise identifizierten die Studienautoren die Metallindustrie, die chemische Industrie sowie die Herstellung von Papier und Pappe. Hermann Müller

### ● MELDUNGEN

## Stromkrise in Frankreich

Paris – Frankreich wird bei der Stromversorgung möglicherweise für einige Jahre nicht auf alle 56 Reaktoren in seinen Kernkraftwerken zurückgreifen können. Wegen routinemäßigen Wartungsarbeiten stehen derzeit 29 Reaktoren des staatlichen Versorgers Electricité de France nicht für die Stromproduktion zur Verfügung. Wie die „Financial Times“ berichtet, müssen zwölf Reaktoren der jüngeren Baureihe wegen Reparaturarbeiten sogar mehrere Jahre vom Netz genommen werden. An diesen Reaktoren wurden neben anderen Mängeln auch schwere Korrosionsprobleme festgestellt. Laut einem Bericht der „New York Times“ wird Frankreich angesichts dieser Entwicklung als Stromexporteur nach Großbritannien und in andere EU-Ländern ausfallen und sich darauf einstellen müssen, im kommenden Winter selbst zum Stromimporteur zu werden. Frankreich könnten sogar Notabschaltungen von Stromverbrauchern, sogenannte Lastenabwürfe, bevorstehen. N.H.

## Sri Lanka droht der Kollaps

Sri Lanka – Der südasiatische Inselstaat Sri Lanka steht vor dem wirtschaftlichen und sozialen Kollaps. Das musste der neue Premierminister Ranil Wickremesinghe von der liberal-konservativen United National Party (UNP) eingestehen, der sich seit dem 12. Mai im Amt befindet: Es gebe nicht mehr genügend Lebensmittel, Benzin, Gas und Strom, um den Bedarf des Landes zu decken. Dass aktuell kein Öl importiert werden könne, liege daran, dass die nationale Ölgesellschaft Ceylon Petroleum Corporation (CPC) total überschuldet sei. Die Folge hieraus ist ein vorerst auf 14 Tage befristetes Verbot des Verkaufs von Benzin an Privatpersonen. Außerdem soll der Strompreis bald um 800 Prozent steigen. Angesichts dieser Misere kommt es nun zunehmend zu Protesten, die das Militär neuerdings unter Einsatz von Schusswaffen niederschlägt. Jetzt sollen Indien, Japan und China sowie auch die USA Sri Lanka finanziell retten. W.K.

## Tesla verliert Milliarden

Austin – Wie der Chef des US-amerikanischen Elektroautoherstellers Tesla, Elon Musk, in einer Video-Konferenz mit dem Aktionärsverband Tesla Owners of Silicon Valley mitteilte, droht dem Konzern möglicherweise die Insolvenz. Insbesondere hätten sich die beiden neuen Fabriken in Grünheide bei Berlin und Austin (Texas) als „gigantische Geldverbrennungsofen“ erwiesen. An beiden Standorten verliere Tesla momentan Milliarden von Dollar, was keineswegs nur auf die zuvor einkalkulierten hohen Anlaufkosten zurückgehe. Vielmehr machten sich nun auch die gravierenden Lieferkettenprobleme in der Autoindustrie bemerkbar, welche aus den Corona-Lockdowns in China resultierten. Diese seien ein „absoluter Albtraum“ und würden wohl weiter anhalten: „Wir haben es noch nicht hinter uns“, sagte der Konzernchef dazu wörtlich. Zuvor war bereits von einem Stellenabbau bei Tesla im Umfang von bis zu 3,5 Prozent die Rede gewesen. W.K.

## ANALYSE

# Kasachstan geht auf Distanz zu Moskau

BODO BOST

Kasachstans Präsident Kassym-Schomart Tokajew war wegen des Boykotts aller wirtschaftlich führenden Staaten beim Sankt Petersburger Wirtschaftsforum unerwartet zum Stargast geworden und durfte neben Russlands Präsidenten Wladimir Putin auf dem Podium Platz nehmen. Als die Leiterin des russischen Auslandsfernsehprogramms RT, Margarita Simonjan, den Kasachen nach der Rechtmäßigkeit dessen, was der Kreml als „Sondereinsatz“ in der Ukraine bezeichnet, fragte, antwortete der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen: „Es gibt unterschiedliche Meinungen dazu.“

Tokajew sprach diplomatisch verschönert über das Völkerrecht, die UN-Charta und die Geltung des Rechts auf territoriale Integrität und Selbstbestimmung. Während Putin neben ihm saß und sein Gesicht verzog, sagte Tokajew: „Wenn das Recht auf Selbstbestimmung weltweit umgesetzt wird, wird es statt der 193 Staaten, die derzeit UN-Mitglieder sind, über 600 Nationen geben. Das wäre natürlich ein Chaos.“

Dann sagte er mit einem für Asiaten typischen, nur angedeuteten Lächeln etwas, das die postsowjetische „strategische Partnerschaft“ Kasachstans mit Russland zu erschüttern schien: „Deswegen werden wir Taiwan, den Kosovo, Südossetien und Abchasien nicht anerkennen.“ Und er fügte hinzu: „Das gleiche Prinzip sollte auch auf die quasi-staatlichen Gebiete angewandt werden, die unserer Ansicht nach Lugansk und Donezk sind.“ Der Kreml hatte deren Unabhängigkeit am 22. Februar, zwei Tage vor dem Einmarsch in die Ukraine, anerkannt und damit das Signal zum jetzigen Krieg gesetzt.

## Starke russische Minderheit

Der Duma-Abgeordnete Konstantin Zatulins sagte kurz darauf, Tokajew habe Putin „herausgefordert“, und er deutete an, dass Moskau in die nördlichen Regionen Kasachstans wieder einmarschieren könnte, in denen es eine große russische Minderheit gibt: „Es gibt viele Städte mit überwiegend russischer Bevölkerung, die wenig mit dem zu tun haben, was man früher Kasachstan

nannte“, sagte Zatulins gegenüber Radio Moskau. Auch Kyrill I., als Patriarch von Moskau und der ganzen Rus Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche, hält Teile Nordkasachstans für „russische Erde“. Zatulins Kommentar war nicht das erste Mal, dass sich ein russischer Politiker zu diesem Thema äußerte.

Viele in der Ukraine sahen in Tokajews Rede dagegen eine sehr mutige Aussage, die den „Untergang“ des von Moskau angeführten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Blocks in der ehemaligen UdSSR, zu dem neben Kasachstan nur noch Weißrussland, Armenien und Kirgisien gehören, bedeuten könnte. Noch im Januar hatte Putin Soldaten dieses postsowjetischen Militärbündnisses nach Kasachstan geschickt, um angesichts von Massendemonstrationen Tokajews Herrschaft zu retten. Dank russischer Unterstützung konnte sich Tokajew im Januar aus dem Schatten seines Vorgängers Nursultan Nasarbajew befreien. Es ist erstaunlich, dass bei Zatulins Drohungen dieser „Freundschaftsdienst“ nicht erwähnt wurde.

## Wink nach China

Die mehrheitlich von Muslimen bewohnte Republik Kasachstan, in der die turksprachigen Kasachen nur etwas mehr als sechs Zehntel der Einwohner stellen, liegt strategisch bedeutend zwischen Russland, China und Afghanistan. In einigen Teilen des Landes stellen Russen, Usbeken oder Uiguren die Bevölkerungsmehrheit.

Kenner des Landes bezweifeln, dass Tokajew das Lager gewechselt hat. Ein Indikator wird sein, wie sich sein Land im Wirtschaftskrieg zwischen Russland und den USA mit deren Verbündeten verhalten wird. Kasachstan ist reich an Rohstoffen. Tokajews Bemerkung hinsichtlich Taiwans spricht dafür, dass er versucht, sich in Richtung China zu positionieren, auch um kein Opfer westlicher Sanktionen zu werden. Neben Weißrussland galt bislang Kasachstan als engster Verbündeter Russlands unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Allerdings sieht unter Letzteren nicht nur Aserbaidschan in Russlands verfahrenere Position im Ukraine-Konflikt eine günstige Chance, um auf Distanz zu Putin zu gehen.



Kämpfen mit den Folgen ihrer Entscheidungen: Wirtschaftsminister Habeck und Kanzler Scholz

## LEITARTIKEL

# Selbstgewählter Niedergang

RENÉ NEHRING

Es sind wahrlich schicksalhafte Tage. Vier Monate nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ruft Wirtschaftsminister Robert Habeck den „Gasnotstand“ aus und stellt die Deutschen auf harte Einschnitte in der Energieversorgung ein. Bundeskanzler Olaf Scholz nennt unterdessen die mit der Knappheit verbundenen steigenden Kosten für Öl und Gas „sozialen Sprengstoff“ und weist nebenbei die Bundesbürger darauf hin, dass die Inflation zum Dauerproblem werde. Parallel dazu droht im Zuge des Streits um den russischen Transitzugang zum Königsberger Gebiet durch Litauen hindurch eine Ausweitung des militärischen Konflikts auch auf NATO-Territorium (siehe auch Seite 2).

Eine derart ernste Lage verlangt nach nüchterner Analyse und einer unideologischen Suche nach Auswegen. Dazu gehört das Eingeständnis, dass offensichtlich die bei Ausbruch des Krieges beschlossenen Sanktionen gegen Russland – zumindest bislang – Moskau weitaus weniger geschadet haben als den westlichen Staaten.

Dazu gehört aber auch das Eingeständnis, dass die skizzierten sowie weitere Probleme hausgemacht sind. Es war die bewusste Entscheidung Deutschlands und

seiner Bündnispartner, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine mit den Russen zu brechen und in Form eines umfangreichen Sanktionspaketes mit ihnen in einen Wirtschaftskrieg einzutreten – ohne die Folgen für die eigenen Bürger und Unternehmen zu bedenken. Dazu gehörte ja nicht nur die Gefährdung russischer Rohstofflieferungen, sondern auch der Verzicht, russische Märkte mit westlichen Waren zu beliefern, wodurch westliche Unternehmen massive Umsatzeinbußen erleiden. Es war auch eine Entscheidung des Westens (US-Präsident Joe Biden verkündete die Nachricht in Washington anstelle des neben ihm stehenden Bundeskanzlers), die faktisch fertige Erdgasleitung NordStream 2 auf Eis zu legen.

## Ideologische Engstirnigkeit

Dabei hätte es auch andere Wege gegeben, der Ukraine beizustehen, zum Beispiel die Aufrechterhaltung der guten Wirtschaftsbeziehungen zu Russland (wodurch Moskau ein Partner geblieben wäre und noch immer Gesprächskanäle bestanden hätten) – und die gleichzeitige Lieferung von schweren Waffen an Kiew. Durch die Entscheidung für die Sanktionen aber und den gleichzeitigen Verzicht auf die erbetteten Waffenlieferungen wurde weder den Ukrainern nachhaltig geholfen noch den Russen ernsthaft geschadet.

Auch dass wir überhaupt in eine derart große Abhängigkeit von Russland in Sachen Energielieferungen geraten sind, ist eine Folge eigener Politik, insbesondere der deutschen. Niemand hat zum Beispiel die Bundesregierungen der vergangenen 25 Jahre gezwungen, nahezu gleichzeitig aus Kernenergie, Kohle und Erdöl auszusteuigen und stattdessen ausschließlich auf die Erneuerbaren Energien zu setzen – und für eine Übergangszeit Gas als grundlastfähigen Energieträger auszubauen.

In all dem und weiteren Punkten folgten die westlichen Nationen – beileibe nicht nur Deutschland – einem immer wiederkehrenden Muster. Im trügerischen Gefühl einer längst verloren gegangenen technischen und zivilisatorischen Überlegenheit verfolgen sie ideologische Lieblingsprojekte wie den Kampf gegen den Klimawandel, für die Energiewende, Gender-Mainstreaming oder Wokeness – und übersehen dabei, dass einst rückständige Nationen, denen all das egal ist, zunehmend an ihnen vorbeiziehen.

Grün sein muss man sich leisten können, lautete einst eine Kritik an den Grünen. Ein Spruch, der sich heute auch auf die anderen ideologischen Projekte übertragen ließe. Die Frage ist, wie lange es braucht, bis sich hierzulande die Einsicht durchsetzt, dass wir uns diese Projekte nicht mehr leisten können.

## PORTRÄT

# Charmanter Boss der Bosse

Die erste Konzertierte Aktion von Politik und Tarifparteien, die Wirtschaftsminister Karl Schiller 1967 ins Leben rief, endete zehn Jahre später kläglich in einer Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Der jetzigen Konzertierte Aktion wurde schon im Vorfeld wenig zugeutraut, nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz von den Gewerkschaften verlangt hatte, zugunsten von Einmalzahlungen für die Arbeitnehmer auf Lohnerhöhungsrunden zu verzichten.

Rainer Dulger dürfte diese Forderung gut gefallen. Der Arbeitgeberpräsident ist neben Scholz und der seit Mai amtierenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi, einer der drei Köpfe, die das Land mit gesamtgesellschaftlichem solidarischen Handeln aus der durch den Ukrainekrieg ausgelösten größten Energie- und Wirtschaftskrise seit den 1970er Jahren führen soll.

Als Dulger im November 2020 Nachfolger von Ingo Kramer als Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wurde, nahm kaum jemand Notiz davon. Mitten in der Corona-Krise waren die Nachrichten voll mit Meldungen zum Lockdown.

Die Pandemie hat auch das Heidelberger Familienunternehmen ProMinet gebeutelt, dem er als Sohn des Firmengründers Viktor Dulger mit vorsteht. Dort

werden Dosierpumpen und Techniken zur Wasseraufbereitung gefertigt, für die Material aus dem Ausland benötigt wird. Die aktuell von den Gewerkschaften unterstützten Streiks der deutschen Hafenarbeiter werden die Lieferketten-Engpässe auch für seine Firma nur verstärken.

Insofern kommt die Konzertierte Aktion für den 58-Jährigen wie gerufen – sofern er auf ein Einlenken von Fahimi hofft. Als parteiloser Verbandspolitiker, der nach seiner Promotion in Ingenieurwissenschaften erst Vorsitzender von Südwestmetall, dann von Gesamtmetall und schließlich der Baden-Württembergischen Arbeitgeberverbände war, verfügt er über viel Verhandlungsgeschick. Mit einem Erfolg der Konzertierte Aktion könnte Dulger ebenso machtvoll werden wie seine namhaften Vorgänger Dieter Hundt, Klaus Murmann, Otto Esser oder Hanns Martin Schleyer.



Arbeitgeberpräsident: Dulger

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF333 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

# Besorgter Blick auf die „Zukunft Polens“

Kunsthalle München präsentiert mit „Stille Rebellen“ Kunstwerke des polnischen Symbolismus – Thema Krieg ist dabei allgegenwärtig

VON NORBERT MATERN

Jahrelang hatte man in der Münchener Kunsthalle auf die Ausstellung „Stille Rebellen“ hingearbeitet. Besuche haben die Ausstellungsmacher in den Osten geführt, seine Kultur zu erforschen, um wieder einen bedeutenden Teil davon in Deutschland bekannt zu machen. Denn kein deutsches Museum besitzt auch nur ein einziges Bild des polnischen Symbolismus um 1900.

„Als ich vor etwa zehn Jahren zum ersten Mal Polen besuchte, war ich überwältigt von der einzigartigen Qualität der Werke von Künstlerinnen und Künstlern des Jungen Polen“, sagt Roger Diederer, Direktor der Münchner Kunsthalle. Jetzt hat man für „Stille Rebellen“ noch bis zum 7. August insgesamt 130 Gemälde von 30 Künstlern aus den Nationalmuseen Posen, Krakau und Warschau sowie aus Breslau, Stettin, Thorn und Wilna an die Isar geholt. „Und plötzlich haben wir, während wir auf die Kunst schauen, einen Krieg mitten in Europa, müssen uns Sorgen um die Erhaltung der Kunstschatze in der Ukraine machen und erleben, wie Polen vor bisher ungeahnten Herausforderungen steht“, sorgt sich Diederer.

Die Kirche, der Adel und die Kunst waren es vor allem, durch welche die polnische Identität, das Gefühl zu einem gemeinsamen Volk und Staat zu gehören, während der drei politischen Teilungen zwischen 1772 und 1918 aufrechterhalten wurde. In einer Nation ohne Staat stifteten junge Künstler mit ihren Gemälden, was Polen politisch fehlte. Polen war von der europäischen Landkarte verschwunden, nachdem Preußen, Russland und das Habsburgerreich das Land unter sich aufgeteilt hatten.

Von der Hochblüte polnischer Kultur sieht der Besucher der in Zusammenarbeit mit dem Adam-Mickiewicz-Institut entwickelten Ausstellung mit zehn Kapiteln zuerst historische Gemälde der renommiertesten Dozenten in Warschau und Krakau wie Jan Matejko (1838–1893), dem



Niedergeschlagener Narr: Jan Matejkos Gemälde „Staćczyk“ (1862)

Foto: Nationalmuseum in Warschau

nationalistischen Krakauer Malerfürsten, nach dem die dortige Akademie benannt ist, Wojciech Gerson (1831–1901) und Leon Wyczolkowski (1852–1936). Er und Matejko stellen einen München-Bezug her, denn sie studierten je zwei Jahre an der Königlichen Kunstakademie an der Isar.

## Die „Preußische Huldigung“

Wer nun Matejko bekannteste Werke, die „Schlacht bei Grunwald“ (Tannenberg), also den polnischen Sieg über den Deutschen Ritterorden 1410, oder die „Preußische Huldigung“ von Hochmeister Albrecht von Brandenburg, den Lehnseid 1525 vor seinem Onkel König Sigismund, erwartet hat, wird enttäuscht.

Stattdessen gibt es zum Ausstellungsauftritt gleich zweimal Polens Symboli-

gur, den rotgewandeten, historisch verbürgten Hofnarren Stańczyk (zirka 1480 bis zirka 1560) als ersten, niedergeschlagenen Kasper. Matejko zeigt ihn während eines Balls der Königin Bona, als er die Nachricht vom polnischen Verlust von Smolensk an das russische Großfürstentum Moskau 1514 erhalten hat.

Staćczyk Sorge sich, heißt es, um die „Zukunft Polens“. Dass Matejko dem Narren Stańczyk seine eigenen Gesichtszüge verlieh, prägte hier das prototypische Bild vom polnischen Künstler als tragischer Denker und strenger Richter über die Geschichtsläufe. Der besorgte Blick wird noch deutlicher im zweiten Bild des Narren von Leon Wyczolkowski: Stańczyk verbirgt erschüttert sein Gesicht mit der linken Hand.

Neben Landschafts- und volkstümlichen Gemälden, die von europäischem Einfluss zeugen, sind Gemälde mit christlichen Motiven zu sehen. Vlastimil Hofman (1881–1970) bildete mit „Die Beichte“, in der Christus selbst einem ärmlich gekleideten Mann seine Sünden vergibt, „Madonna mit Star“ und mehreren Madonnen im Mutter-Kind-Schema volkstümliche Anschauung. Leon Wyczolkowski malte „Christus am Ölberg“, Jacek Malczewski das Triptychon „Christus in Emmaus“. Für eine Reihe von Mitgliedern des „Jungen Polen“ war die Volksreligiosität ein Beispiel für die lebendige Kraft der Tradition.

Nach Porträts und Künstlerelbstbildnissen beeindruckt Stanislaw Przybyszewski Gemälde „Nackte Seele“: Kunst

sollte das Leben der Seele in all ihren Äußerungen nachbilden, unabhängig davon, ob sie gut oder böse, hässlich oder schön sind. Abschließend folgen Märchenfiguren wie die der Polonia.

## Freier Sessel für den Botschafter

Personifikationen der polnischen Nationalität sind dargestellt mit dem „Schwanenkenden, aber nicht sinkenden Schiff“ von Ferdynand Ruszczyk (1870–1936) und mit Wyczolkowskis „Ritter inmitten von Blumen“, der zum Befreiungskampf aufruft. Fast in die Gegenwart zurück führen zum Schluss Jacek Malczewski mit dem Triptychon „Sklaverei-Krieg-Freiheit“ und Edward Okun mit „Wir und der Krieg“.

Zu Beginn der Ausstellung gibt es eine große Karte, auf der gut verständlich die Teilungsgebiete zu sehen sind. Polen als Nationalstaat ist nicht eingezeichnet. Man hätte darauf hinweisen können, dass es eine große Macht gab, welche die Auflösung Polens bis 1918 nicht anerkannte: das Osmanische Reich. Bei offiziellen Ereignissen in Istanbul blieb ein Sessel frei. Bei der Begrüßung der Staatsgäste rief der Protokollchef: „Seine Exzellenz, der polnische Botschafter ist noch unterwegs.“ Was die Ausstellung angeht, ist anzumerken, dass alle Städtenamen der Leihgeber auf Deutsch gehalten sind.

Im Umfeld der Ausstellung gibt es zahlreiche Vorträge, sogar einen für Familien mit Babys, Kinder- und Jugendprogramme sowie „Kulinarik trifft Kunst“. Die Münchner Philharmoniker geben ein Konzert mit Werken polnischer Komponisten, und vor dem Generalkonsulat der Republik Polen ist eine Fotoausstellung des Komponisten und Bergsteigers Mieczyslaw Karłowicz zu sehen. In den Ferien gibt es außerdem ein Kinder-Begleitheft und Kinderführungen.

● **Stille Rebellen** läuft bis 7. August in der Kunsthalle München, Theatinerstraße 8, geöffnet täglich 10 bis 20 Uhr. Der Katalog vom Hirmer-Verlag mit 299 Seiten kostet 35 Euro. Internet: [www.kunsthalle-muc.de](http://www.kunsthalle-muc.de)

## KUNSTRÜCKGABEN

# Der Aderlass in den Berliner Museen

Stiftung Preußischer Kulturbesitz trennt sich von vielen Objekten, denen der Makel kolonialer Kunst anhaftet

Die Preußenstiftung SPK scheint in Geberlaune zu sein. Gleich mehrere Rückgabeaktionen von Kunstwerken, die sich in ihrem Besitz befinden, hat sie in den vergangenen Tagen veranlasst. Dabei handelt es sich in erster Linie um Kunst aus den ethnologischen Sammlungen, also das, was in vielfachen Fällen als „koloniale Raubkunst“ bezeichnet wird und was auf politischen Druck hin an die Ursprungsländer restituiert werden soll.

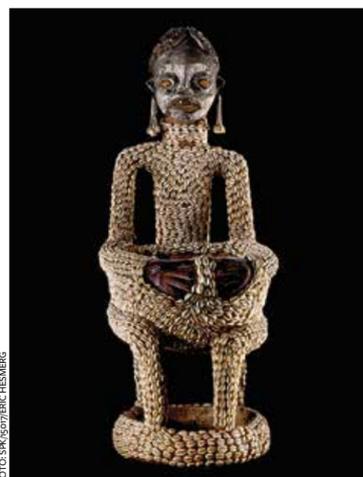
Kamerun darf sich auf die Rückgabe der Ngonso-Figur freuen. Dabei handelt es sich um eine etwa einen Meter hohe Holzfigur, deren Körper mit Kaurischnecken bedeckt ist. Die bislang eher unscheinbare und als „Palmweinbehälter“ bezeichnete Skulptur – sie hält eine Schale auf dem Schoß – kam erst durch eine Aktivistin des Kameruner Stammes der Nso in die Diskussion. Sylvie Njobati, die Ngonso als Gründergöttin ihres Stammes bezeichnet, vertritt dabei eine Initiative, welche die Figur „zurück nach Hause“ holen will. Das ist ihr nun geglückt.

Zwar wurde festgestellt, dass Ngonso nicht durch Plünderung im Rahmen von Kriegshandlungen aus Kumbo, der Hauptstadt des Königreichs Nso, entfernt wurde. Doch auch ohne konkrete Kampfhandlungen sei der Erwerb durch den preußischen Kolonialoffizier Curt von Pavel „Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse und struktureller, kolonialer Gewalt“ gewesen, wie die SPK verlautbaren ließ. Daher sei eine Rückgabe gerechtfertigt.

Auch mit Namibia und Tansania hat die SPK Vereinbarungen getroffen, Kunstwerke aus dem Ethnologischen Museum zurückzuführen. So gehen 23 Objekte, darunter historische Alltagsgegenstände, Schmuck, Werkzeuge und Mode, nach Namibia. Mit Tansania beschloss man eine Rückführung einer Reihe von Objekten, die als Kriegsbeute aus dem Maji-Maji-Krieg und weiterer Kriege seit der Kolonialeroberung identifiziert wurden.

Zur Eröffnung des neuen Ostflügels des Humboldt Forums am 17. September soll sich eine Ausstellung der kritischen

Betrachtung der Tansania-Sammlung widmen und deren kolonialzeitliche Kontexte beleuchten. Damit hat man das Problem gelöst, wie man diese Ausstellungs-



Gründergöttin der Nso: die Ngonso

räume demnächst bespielen soll, ohne dabei politisch anzuecken und sich Kritik über angebliche koloniale Raubkunst anhören zu müssen.

Das betrifft auch die über 500 Berliner Benin-Bronzen, über die die PAZ bereits berichtet hatte und die praktisch als Leihgabe Nigerias im Ostflügel des Humboldt Forums ausgestellt werden, ehe auch sie restituiert werden sollen. Der Stiftungsrat der SPK unter Vorsitz von Kulturstaaatsministerin Claudia Roth (Grüne) hat beschlossen, demnächst mit Nigeria eine Eigentumsübertragung auszuhandeln. Ohne diese abzuwarten, hat die SPK bereits zwei Bronzen kürzlich ausgehändigt.

Doch der Aderlass geht weiter: So hat man zwei graphische Werke aus dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin an die Erben des Chemnitzer Bankiers Carl Heumann restituiert, die er als Jude während des Nationalsozialismus veräußern musste. Man darf gespannt sein, auf was man in Berlin demnächst noch alles verzichten will. H. Tews

## ● MELDUNGEN

### Holländer im Barberini

**Potsdam** – Vom 8. Juli bis zum 22. Oktober 2023 zeigt das Museum Barberini die Ausstellung „Wolken und Licht. Impressionismus in Holland“. Nach der Schau über russische Impressionisten richtet das Museum erneut den Blick darauf, wie Anregungen der impressionistischen Landschaftsmaler Frankreichs durch Künstler in anderen Ländern aufgegriffen wurden. *tws*

### Neue Chefin im Kollwitz-Haus

**Köln** – Mit „Der neue Simplicitas – Satire für die Bonner Republik“ präsentiert Katharina Koselleck bis 3. Oktober ihre erste Ausstellung als neue Direktorin des Kölner Käthe-Kollwitz-Museums. Die Kunsthistorikerin löste Hannelore Fischer ab, die das Haus zuvor 32 Jahre lang geleitet hatte. *tws*

## MANUEL NORIEGA

Vom  
Kriegssieger  
verurteilt

Vor 30 Jahren, am 10. Juli 1992, wurde Manuel Noriega von den Eroberern seines Landes zu 40 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Dass Sieger über Besiegte zu Gericht sitzen, ist inzwischen zur Regel geworden. Aber dass ein Bundesrichter der USA Noriega den Status eines Kriegsgefangenen zubilligte in einer Zeit, in der es eher normal ist, den Kriegsgegner zu kriminalisieren, vor ein eigenes Gericht zu schleifen und dort abzuurteilen, ist schon bemerkenswert.

Wegen guter Führung wurde das Strafmaß später auf 17 Jahre verkürzt. Die USA konnten sich diese Großzügigkeit problemlos leisten, weil Noriega nun nicht etwa in Freiheit kam, sondern an die französischen Verbündeten in Europa ausgeliefert wurde. 2010 wurde er an Frankreich überstellt. Seinem Wunsche folgend wurde er im darauffolgenden Jahr an Panama ausgeliefert. Dort saß er bis 2017 ein. Dann wurde die Strafe wegen eines Tumors, an dem er noch im selben Jahr starb, in Hausarrest umgewandelt.

Dabei hatte Noriega einmal als Günstling der USA angefangen. Während seines Aufstiegs in den Streitkräften Panamas arbeitete er eng mit der CIA zusammen, auf deren Gehaltsliste er mindestens zehn Jahre stand.

Dann drohte Noriega jedoch zu selbstständig zu werden. Das heutige Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC) in Columbus, Georgia, saß damals noch als „School of the Americas“ (SOA) am Panamakanal. Washington musste damals fürchten, dass Panamas Einverständnis nicht verlängert wird. Zudem sollte der Auftrag zum Ausbau des Panamakanals an japanische Bauunternehmen gehen statt an die US-amerikanische Bechtel Corporation.

Washington entschloss sich schließlich zum Angriffskrieg. Wenn andere Großmächte einen Regime Change in der Nachbarschaft versuchen, mag man von „Zeitenwende“ sprechen, bei den USA ist es eher die Regel. Erst wenige Jahre zuvor, 1983, hatten die USA Grenada militärisch überfallen. 113 Menschenleben hatte der US-amerikanische Angriffskrieg gegen Grenada gekostet. Noriega warnte zwar: „Wir sind kein Grenada“, aber es half nichts.

Am 20. Dezember 1989 begann der US-amerikanische Überfall auf Panama. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) schlug sich analog zur Europäischen Union im Ukrainekrieg auf die Seite des Angegriffenen. Die OAS forderte die Vereinten Nationen auf, die USA zum Abzug zu zwingen. Die EU hingegen forderte damals kein Ende der Aggression. Vielmehr verhinderten dessen Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat, Frankreich und Großbritannien, im Schulterschluss mit dem Aggressor dessen Verurteilung.

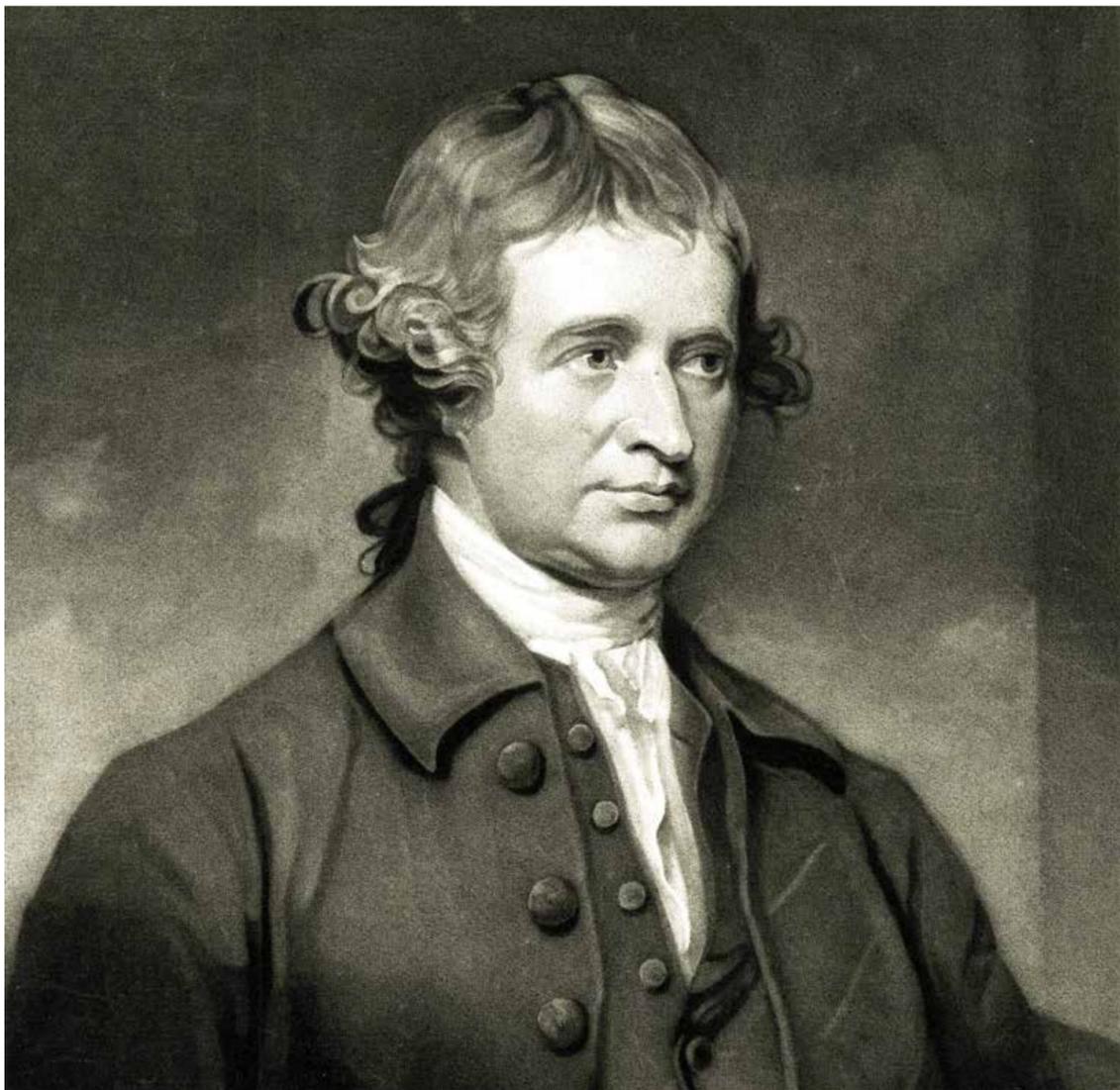
Die USA sprachen bei ihrem Überfall, immerhin der größten Luftlandoperation seit dem Zweiten Weltkrieg, nicht von einer „militärischen Sonderoperation“, sondern eher noch euphemistischer von einer „Operation Just Cause“. Am 3. Januar 1990 hatte der Aggressor obsiegt. 23 Angreifer sowie 234 bis 314 Verteidiger kostete der Krieg das Leben. Daneben mussten 500 panamaische Zivilisten, so eine UN-Schätzung, für die „gerechte Sache“ sterben.

Manuel Ruoff

## KONSERVATISMUS

Reform ja,  
Umsturz nein

Vor 225 Jahren starb Edmund Burke. Der irisch-britische Politiker und Publizist setzte auf Kontinuitäten, generationenübergreifende Gemeinschaft und Institutionen als organische Gebilde aus eigenem Recht



Gilt als geistiger Vater des Konservatismus: Edmund Burke

Foto: imago images/agefotostock

VON ERIK LOMMATZSCH

**M**arkant wusste der als geistiger Vater des Konservatismus geltende Edmund Burke zu formulieren, etwa mit der Klarstellung: „Wenn wir unser Vaterland lieben sollen, muss unser Vaterland lebenswürdig sein.“ Dürfte dieser Satz allgemeine Zustimmung finden, so polarisierte Burke mit seinem Schaffen insgesamt sehr stark. Seine Schriften, vor allem die „Betrachtungen über die Französische Revolution“, sind bis in unsere Tage wegweisend für das konservative Denken.

Über Jahrzehnte betätigte er sich in der politischen Praxis, von überragender Bedeutung ist allerdings sein publizistisches Werk. Hier flossen Erfahrungen ein, konkrete Ereignisse waren jeweils Entstehungsanlass seiner politischen Texte.

In einer umfassenden systematisch-theoretischen Abhandlung hat Burke seine Vorstellungen nicht dargelegt. Das dürfte dazu beigetragen haben, dass sich später nicht wenige fälschlich auf ihn beriefen, „dass seine Zitate Fassaden schmückten, hinter denen ein ihm fremder Geist hauste“, so der Politologe Karl Graf Ballestrem.

Burke wurde am 29. Januar 1729 in Dublin als Sohn eines protestantischen Anwalts geboren, Irland unterstand zu dieser Zeit der britischen Krone. Er studierte in seiner Heimatstadt, gilt aber vor allem als Autodidakt. Eine in London aufgenommene juristische Ausbildung brach er ab.

## Kurzbiographien



**Charles Watson-Wentworth, 2. Marquess of Rockingham** gehörte wie Burke dem Lager der Whigs an. Premier war er 1765 und 1766 sowie 1782.



**Georg III.** war ab 1760 britischer König sowie erst Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg und ab dem Wiener Kongress König von Hannover. Er starb 1820.



**Warren Hastings** wurde nach Burkes Anklage vor dem Unterhaus ab 1788 im Westminsterpalast der Prozess gemacht. 1795 wurde er freigesprochen.

Bereits mit seiner ersten Schrift, einer Satire auf Ansichten und Stil des 1751 verstorbenen Schriftstellers und Tory-Politikers Henry St. John Bolingbroke, erlangte er große Bekanntheit. Seine zweite Veröffentlichung „Philosophische Untersuchungen über den Ursprung unserer Ideen vom Erhabenen und Schönen“ von 1756 fand auch im Ausland große Beachtung, in Deutschland namentlich durch Johann Gottfried Herder und Immanuel Kant. Ab 1758 fungierte Burke als Herausgeber und Autor des „Annual Register“, eines politischen Jahrbuchs.

## Publizist und Redner

Er arbeitete für den Sekretär des Vizekönigs von Irland und war 1765/66 selbst Sekretär des britischen Premierministers

Charles Watson-Wentworth, 2. Marquess of Rockingham. Letzterer blieb Burke auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt verbunden, Burke seinerseits verteidigte Watson-Wentworth publizistisch.

Über fast drei Jahrzehnte, von 1766 bis 1794 war Burke Mitglied des britischen Unterhauses. Dort zählte er zu den liberalen Whigs und nicht zu den konservativen Torys. Als herausragender Redner profiliert, wandte er sich gegen Versuche König Georgs III., den Einfluss der Abgeordneten zu beschneiden. Bekannt wurde seine Bristol-Rede von 1774 über die Souveränität des Parlaments. Burke kritisierte die britische Kolonialpolitik in Nordamerika und in Indien, den von dort inzwischen abberufenen Generalgouverneur Warren Hastings klagte er 1786 an,

tyrannisch und erpresserisch gehandelt zu haben.

## Bei den Whigs statt bei den Torys

Eine politische Stellung über sein Mandat hinaus hatte Burke, abgesehen von einer kurzen Episode als Generalzahlmeister der britischen Armee im Jahr 1782, nicht mehr erlangt. Das Ende seines Lebens war geprägt von intensiven publizistischen Auseinandersetzungen. Am 9. Juli 1797 ist er auf seinem Landsitz in Beaconsfield gestorben.

Mit seinen 1790 erschienenen „Betrachtungen über die Französische Revolution“ hatte er großes Aufsehen erregt. In dieser, seiner bekanntesten Schrift wandte er sich gegen den erst im Jahr zuvor mit dem sogenannten Sturm auf die Bastille begonnenen Umsturz, der später in der Terrorherrschaft des „Wohlfahrtsausschusses“ gipfeln sollte. Burke vertrat mit seiner dezidierten Ablehnung dieser Revolution auch in Großbritannien eine Minderheitenmeinung, viele Whigs wandten sich von ihm ab. Der Essay, der in Form eines – sehr umfangreichen – Briefes an einen „Gentleman in Paris“ verfasst ist, wird als Hauptwerk seiner politischen Publizistik angesehen. Weit über die konkreten Bezüge zu den Vorgängen in Frankreich hinaus zeigte er hier seine grundsätzlichen Vorstellungen auf. Eine deutsche Übersetzung lag bereits 1793 vor. Besorgt hatte sie der nachmalige Metternich-Berater Friedrich von Gentz.

Wie der Historiker Hans-Christof Kraus herausgearbeitet hat, lassen sich vier Grundlinien erkennen, die für Burke in seinen „Betrachtungen“ den Orientierungsrahmen darstellen. So versteht dieser, erstens, politische Institutionen und Verfassungen als historisch gewachsene, organische Gebilde aus eigenem Recht. Veränderungen sollten nur in äußersten Notlagen vorgenommen werden, durch behutsame Reformen. Und auch dann gilt: „Ich möchte die Ausbesserungen so genau, als es nur möglich wäre, im Stil des alten Gebäudes vornehmen.“ Evolution ist ihm ein wesentliches Stichwort. Die Notwendigkeit von Reformen an sich bestreitet Burke, bei aller notwendigen Kontinuität, nicht, eine gänzliche Abschaffung der Institutionen ist für ihn jedoch indiskutabel.

Zweitens sieht Burke in den bewährten Institutionen und Traditionen die gesammelte Erfahrung früherer Generationen, auf die man sich stützen sollte. Einen abstrakt konstruierten, rein rational geschaffenen Staatsaufbau hält er nicht für möglich. Unverständlich sei, dass ein Mensch „sein Vaterland wie ein Stück weißes Papier ansieht, worauf er kritzeln kann, was ihm beliebt“.

Drittens hält Burke unter bestimmten Umständen Revolutionen für berechtigt. Allerdings nur, um Fehler rückgängig zu machen. Dies sieht er bei der Französischen Revolution nicht gegeben, im Gegensatz zur englischen „Glorious Revolution“ von 1688/89, die den absolutistischen Bestrebungen der Stuart-Könige dauerhaft einen Riegel vorschob und damit die nach Burkes Auffassung rechtmäßige Ordnung wieder herstellte.

Als vierte Grundlinie benennt Kraus die zeitlich übergreifenden Verbindungen. Die Zwecke eines staatlichen Zusammenschlusses seien, so Burke, nicht in einer Generation zu erreichen, daher „wird daraus eine Gemeinschaft zwischen denen, welche leben, denen, welche gelebt haben, und denen, welche noch leben sollen“. Nation ist für Burke auch Abstammungsgemeinschaft.

Hinter allem steht der Gedanke einer göttlichen Weltordnung. Die menschliche Natur ist nach Burke unvollkommen, die Menschen sind ungleich. Burke plädierte für Gewaltenteilung als Garantie der Freiheit und machte sich für eine ständische Gliederung der Gesellschaft stark. Der Staat war ihm alles andere als ein reiner Zweckverband, er war ihm „eine Gemeinschaft in allem, was wissenschaftlich, in allem, was schön, in allem, was schätzbar und gut und göttlich im Menschen ist“.

VON HEIDRUN BUDDE

Staatssicherheit, Polizei, Strafvollzug, Funktionäre der SED und der Gewerkschaft, „Hausbuchbeauftragte“ in den Wohngebieten – sie alle waren willfähige Helfer des SED-Regimes. Einige taten es aus Überzeugung, aber viele um des eigenen Vorteils willen.

Die Aufnahme in den Personenkreis der politischen Gehilfen war nicht vordergründig von der fachlichen Eignung abhängig. Der Öffentlichkeit blieb völlig verborgen, nach welchen Kriterien über den Zugang zu bestimmten Berufen wie beispielsweise dem des Volkspolizisten entschieden wurde. Die Geheimniskrämerei um diese Entscheidung suggerierte denjenigen, die in den Kreis aufgenommen wurden, einen besonderen, herausgehobenen Status.

Am 1. Januar 1977 erließ Innenminister Friedrich Dickel eine „Einstellungsordnung“ als „Vertrauliche Verschlusssache I 030544“. Er machte intern klar, welche Bewerbungen in seinem Kompetenzbereich, zu dem Polizei, Strafvollzug und Feuerwehr gehörten, keine Chance auf Erfolg hatten: „Eine Einstellung kann nicht vorgenommen werden, wenn der Bewerber persönliche Verbindungen bzw. Kontakte zu Bürgern oder Einrichtungen der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin unterhält.“

#### Gnadenloser militärischer Drill

Zu jedem Bewerber wurde ohne dessen Wissen und Zustimmung ein interner „Ermittlungsbericht“ gefertigt, für den nicht nur seine Person überprüft wurde, sondern auch Informationen zur „politischen Aktivität ... des Ehepartners bzw. der (des) Verlobten, der Kinder, der Eltern, der Geschwister, der Schwiegereltern und der Geschwister des Ehepartners“ einzuholen waren. Heimliche Ermittlungen zur „Treue und Verbundenheit zur Arbeiter- und Bauernmacht, zum Familienleben, zur Freizeitgestaltung, besondere Interessen, Verhalten im Wohngebiet, Einschätzung der Personen, mit denen der Bewerber besonders engen Umgang hat ... Kontakte der im gleichen Haushalt lebenden Personen zu Personen bzw. Einrichtungen in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ waren für den Zugang zu diesen Berufen entscheidend.

Wer in den Kreis dieser politischen Auslese aufgenommen wurde, der kam in eine Struktur, in der Geheimhaltung und Gehorsam das oberste Prinzip waren. Jeder durfte nur so viel wissen, wie für seine Aufgabe erforderlich war, und was erwartet wurde, ist in einer „Geheimen Verschlusssache I 020847“ des Innenministers vom 1. Dezember 1977 so zu lesen: „Durch die Erfüllung ihres Klassenauftrages leisten die Angehörigen ... ihren Beitrag für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ... Das erfordert die weitere Erhöhung der Wirksamkeit des Dienstes. Dazu sind die revolutionäre Wachsamkeit, unbedingte Befehlstreue und die militärische Disziplin und Ordnung weiter zu erhöhen, die politisch-ideologische Arbeit aufgabenbezogen, differenziert und ununterbrochen zu führen.“

Was „militärische Disziplin“ beispielsweise für Mitarbeiter des Strafvollzugs konkret bedeutete, ergibt sich aus einer Innendienstordnung vom 17. Juni 1976, in der deutlich wird, dass diese Mitarbeiter keine Dienstaufträge, sondern „Befehle“ bekamen, die sie „widerspruchslos, initiativreich und termingemäß“ auszuführen hatten. Mündliche Befehle waren mit den Worten „Zu Befehl“ zu bestätigen und der Wortlaut des Befehls zu wiederholen.

Mit ausgesprochener Gründlichkeit regelte der Innenminister die militärische Grußpflicht: „Die Ehrenbezeugung ist entsprechend den Bestimmungen der Exerzierordnung zu erweisen.“ Mitarbeiter des Strafvollzugs hatten sich grundsätzlich gegenseitig militärisch zu grüßen.

Zu den Ausnahmen, in denen eine Grußpflicht unangebracht war, hieß es:



Selbst der zuständige Minister trug Uniform: Innenminister Friedrich Dickel (stehend) in der Volkspolizeischule in Basdorf

DDR

## Zucht und Ordnung im Zuchthaus

Wie die Militarisierung von Staat und Gesellschaft auch die Strafvollzugsbeamten erreichte

„Die Ehrenbezeugung ist nicht zu geben: in Diensträumen mit Besucherverkehr, in Anwesenheit zugelassener, vorläufig festgenommener oder verhafteter Personen ... beim Gesang von Arbeiterkampfliedern ... von Kraft- und Radfahrern während der Fahrt, in öffentlichen Verkehrsmitteln ... in sanitären Anlagen, bei der Esseneinnahme.“

Das stark ausgeprägte Hierarchiedenken zeigt sich in den Vorschriften: „Muß ein Angehöriger des Organs SV (Strafvollzug) in Gegenwart höherer Vorgesetzter oder Dienststranghöherer angesprochen werden, ist der höchste Vorgesetzte/Dienststranghöhere um Erlaubnis zu bitten ... Ein Vorgesetzter/Dienststranghöhere ist links zu begleiten. Mehrere Begleiter gehen links und rechts neben dem zu Begleitenden.“

#### „Arrest bis zu fünf Tagen“

Diese Vorgaben des Innenministers Dickel zeigen deutlich auf, dass er in seinem Kompetenzbereich einen gnadenlosen militärischen Drill praktizierte. Begehrte jemand auf und verweigerte den bedingungslosen Gehorsam, so erwartete ihn ein perfides Bestrafungssystem, geregelt in der Ordnung Nr. 62/76 „Disziplinarordnung“ vom 17. Juni 1976: „Bei offenem Ungehorsam oder Widerstand der Unterstellten hat der Vorgesetzte, notfalls unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen, im Rahmen dieser Ordnung die

militärische Disziplin und innere Ordnung wiederherzustellen.“

In der Aufzählung der „Disziplinarstrafen“ fällt besonders der „Arrest bis zu fünf Tagen“ für Wachtmeister und Offiziere des Strafvollzugs (bis Dienstgrad Hauptmann) auf. Das bedeutet, diese Personen konnten nun selbst eingesperrt werden, ohne gerichtliche Verurteilung und ohne eingeräumtes Rechtsmittel. In einer Anlage 4 der Vorschrift wurde der Ablauf der Inhaftierung sehr genau geregelt. „Arreststrafen ... werden in Arrestzellen vollzogen ... Der Diensthabende, der den Arrestanten übernimmt, hat ... die bei der Einlieferung noch vorhandenen Dienst- bzw. persönlichen Dokumente, Zahlungsmittel sowie Gegenstände des persönlichen Bedarfs (Wasch-, Rasier-, Schuhputz- und Nähzeug, Eßbesteck u. a.) außer der Bekleidung vom Arrestanten zu übernehmen ... Partei- und FDJ-Dokumente, Ehe- oder Verlobungsring, Taschen- oder Armbanduhr, Taschentuch und Kamm sind dem Arrestanten zu belassen.“

Am 23. Juni 1982 erließ der Innenminister eine einheitliche „Disziplinarordnung der Organe des MdI (Ministerium des Innern)“ als Dienstvorschrift Nr. 63/82, aus der sich ergibt, dass auch für Volkspolizisten und Angehörige der Feuerwehr eine Arreststrafe bis zu fünf Tagen möglich war. Die Durchführung des Arrestes wurde um diese Vorgabe ergänzt: „Dem Arrestanten sind Weisungen sowie Literatur, die der

Unterstützung der politischen Aus- und Weiterbildung dienen, zugänglich zu machen ... Die Besuchsgenehmigung ist nur bei Notwendigkeit den nächsten Angehörigen (Eltern oder Ehefrau) zu erteilen.“

Das Ziel dieses menschenverachtenden Umgangs war die Zerstörung des Selbstwertgefühls der politischen Gehilfen, um aus ihnen willige „Werkzeuge“ zu machen. Wer das nicht ertragen konnte und sich gar dem „Klassenfeind“ zuwandte, der bekam die ganze Härte des Regimes zu spüren.

Bis 1987 gab es in der DDR die Todesstrafe. Werner Teske, ein ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit, war der letzte Verurteilte, an dem diese Strafe vollzogen wurde. Die Namen der zum Tode Verurteilten sind bekannt, doch wie viele Bürger, auch politische Gehilfen, aus Verzweiflung über ihre ausweglose Situation ihrem Leben selbst ein Ende setzten, wurde zu DDR-Zeiten verschwiegen. Heute belegen Nachforschungen, dass es von 1952 bis 1990 über 204.000 Suizide gab, eine Rate, die europaweit Spitze ist. Es waren Todesurteile durch die eigene Hand, weil die Menschen keinen anderen Ausweg mehr sahen, diesem Regime zu entkommen.

● **Dr. Heidrun Budde** (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock.

ZEBRASTREIFEN

## Die ersten zwölf gab es in München

Vor 70 Jahren, am 8. Juli 1952, wurden in der Neuhauser und elf weiteren Straßen der bayerischen Landeshauptstadt die ersten historisch gesicherten Zebrastrassen auf die Fahrbahn gemalt. Im darauffolgenden Jahr wurde erstmals nach dem Krieg die Straßenverkehrsordnung von 1938 novelliert und bei der Gelegenheit die „Dickstrichkette“ bundesweit eingeführt.

1954 führte in Hamburg die Polizei in Kooperation mit dem „Hamburger Abendblatt“ eine „Verkehrserziehungswoche“ durch, mit dem Ziel den Autofahrern Respekt vor dem Zebrastrassen und den damit verbundenen Rechten für die Fußgänger zu vermitteln. Wer vor der sogenannten Fußgängerbrücke anhält, bekam eine Plakette mit der Darstellung eines Zebras und der Aufschrift „Zeichen eines besonders rücksichtsvollen Autofahrers“. Dieses ist eine Erklärung für die Entstehung des Begriffes „Zebrastrassen“.

Trotzdem mangelte es lange am nötigen Respekt der Autofahrer vor dem Zebrastrassen. Von 1955 bis 1964 stieg die Zahl der Unfälle mit Personenschäden auf Dickstrichketten im bevölkerungsreichsten Bundesland von 85.650 auf 98.000. 1963 klagte der Berliner „Tagesspiegel“: „Warum sind nicht wenigstens diese Übergänge neutrales Gebiet in dem brutalen Jeder-gegen-jeden, das auf Deutschlands Straßen unausrottbar scheint?“

Im darauffolgenden Jahr wurden mit der sogenannten Lex Zebra die Rechte der Fußgänger gegenüber den Autofahrern erweitert. Bis dahin hatten Letztere nur für solche Fußgänger zu halten, die sich bereits auf dem Zebrastrassen befanden. Seit 1964 hat sich der Autofahrer grundsätzlich einem Zebrastrassen in gemäßigter Geschwindigkeit zu nähern und bereits anzuhalten, wenn sich Personen dem Fußgängerüberweg nähern. Außerdem darf auf Dickstrassenketten nicht überholt und bis zu fünf Meter vor dem Überweg weder gehalten noch



Sorgt für Sicherheit: Zebrastrassen

geparkt werden. Der Vorrang für Fußgänger scheint gewirkt zu haben. 2009 gab es in Deutschland noch 5500 Unfälle auf Zebrastrassen. Der Zebrastrassen als Schutzraum des Fußgängers auf der Fahrbahn scheint vom Gros der Verkehrsteilnehmer verinnerlicht und akzeptiert.

Bereits vor 1952 hatte der Verkehr eine Dimension angenommen, welche die Einrichtung geschützter Straßenübergänge für Fußgänger sinnvoll, wenn nicht notwendig erscheinen ließ. So gab es beispielsweise 1948 in London Versuche mit markierten Übergängen. Diese Markierungen soll der damals im Verkehrsministerium arbeitende spätere Premier James Callaghan „zebra crossing“ genannt haben. Eingang ins internationale Recht fand der Fußgänger privilegierende Übergang 1949 mit dem Genfer Protokoll über Straßenverkehrszeichen. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

**G**laubt man den Historikern, gab es mehr als 200 Gründe für den Kollaps des Römischen Reiches, darunter Apathie, Bleivergiftung, Charakterlosigkeit, Despotismus, Entgötterung, Feinschmeckerei, Gladiatorenwesen, Hybris, Inflation, Kulturneurose, Lethargie, Malaria, Nivellierung der Kultur, Orientalisierung, Prostitution, Quecksilbervergiftung, Rekrutenmangel, Sittenverfall, Traurigkeit, Überalterung, Verpöbelung, Wehrdienstverweigerung und Zentralismus. Dabei war das dergestalt geschwächte Imperium Romanum keineswegs das einzige Imperium der Geschichte: Ein solch ausgedehntes Reich zu errichten, ist zwar eine politisch-kulturelle und militärische Leistung ersten Ranges, gelang aber auch zahlreichen nichtlateinischen Völkern beziehungsweise Herrschern.

Als erstes Imperium der Geschichte gilt das durch Sargon von Akkad im 3. Jahrtausend v. Chr. geschaffene Großreich, das sich über Syrien und Mesopotamien erstreckte. Dem folgten rund drei Dutzend weitere altorientalische, antike, mittelalterliche, neuzeitliche sowie außereuropäische Imperien, darunter die Reiche der Babylonier und Assyrer, das Persische Reich, Urartu und das Reich der Hethiter, das Pharaonen-Reich, das Attische Seeimperium, das Reich Alexanders des Großen, die Reiche der Parther, Sassaniden und Byzantiner, diverse arabisch-islamische Großreiche und die Imperien der indischen Großmoguln, chinesischen Kaiser und osmanischen Sultane, das spanische Weltreich, das Britische Empire sowie das Großreich der Zaren, welches dann die Sowjets erbten.

#### Eine Reihe von Gemeinsamkeiten

All diese Gebilde hatten bestimmte gemeinsame Merkmale, obwohl sie durch verschiedene Herrschaftsformen geprägt waren: Es gab keinen formellen Gründungsakt wie bei den Nationalstaaten und häufig auch keine exakt definierten Grenzen, sondern lediglich die Tendenz zur permanenten Ausdehnung.

Andererseits entstanden Imperien nicht nur durch militärische Expansion. Gleichermassen Bedeutsamkeit erlangte die kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit. Des Weiteren waren Großreiche zumeist multiethnisch und multireligiös verfasst, wobei die Eliten aber ein erhebliches Sendungsbewusstsein entwickelten, wenn es um die Durchsetzung ihrer Leitkultur ging.

Ebenso besaßen Imperien stets ein starkes politisches Zentrum, das sowohl den Herrschaftsanspruch im Inneren durchsetzte als auch die Abwehr gegen äußere Bedrohungen organisierte. Und dennoch kollabierten die Imperien der Vergangenheit letztlich allesamt nach ei-



Einst mächtig, jetzt gedemütigt: Im Jahre 455 plünderten die Wandalen unter ihrem legendären König Geiserich Rom (Darstellung aus dem 19. Jahrhundert) Foto: Karl Bryullov

#### WELTGESCHICHTE

## Vom Glanz und Untergang der großen Imperien

Ob das Perserreich, das Imperium Romanum oder das Britische Empire: Jedes dieser gigantischen Staatsgebilde fiel irgendwann in sich zusammen. Warum eigentlich? Es gibt etliche Parallelen

ner mehr oder minder langen Zeit des Bestehens, wobei es sich empfiehlt, bei der Ursachenforschung etwas tiefgründiger vorzugehen.

So muss zunächst zwischen äußeren und inneren Faktoren unterschieden werden. Zu den Letzteren zählten beispielsweise Aufstände und Palastrevolten. Diese resultierten oft aus Willkür, Tyrannei und Unfähigkeit der Herrscher oder aus Machenschaften degenerierter Eliten. Manchmal sorgte der plötzliche Tod einer starken Führungspersönlichkeit für politische Instabilität. Oder es verschwanden Feinde von der Bildfläche, deren Existenz bisher integrierend gewirkt hatte. Nachteilig waren zudem Traditionsbrüche, die zur Entfremdung zwischen den einzelnen sozialen Gruppen führten.

Hinzu kamen in vielen Fällen zentrifugale Bestrebungen an der Peripherie eines Imperiums oder in einzelnen Regionen, beispielsweise durch Separatisten oder

Nationalbewegungen in heterogenen Vielvölkerreichen. Diese lösten nicht selten Flächenbrände aus, welche am Ende das ganze Reich erfassten. Imperien, die auch Kolonien besaßen, zerfielen zudem oft sehr schnell, wenn sich die überseeischen Gebiete vom Mutterland lossagten.

#### Selbst ein Sieg kann Unheil bringen

Und dann wäre da noch die „Imperiale Überdehnung“: Wenn ein Großreich seine materiellen und personellen Ressourcen an zahllosen Orten zugleich einsetzen will oder muss beziehungsweise ungehemmt weiter zu expandieren versucht, kann das zu einer Überbeanspruchung führen, die dann den Niedergang des Imperiums einleitet. So wie im Falle des Britischen Empire, das zeitweise ein Viertel der Landfläche der Erde umfasste.

Dazu kommen die äußeren Faktoren. Viele Imperien kollabierten aufgrund von militärischen Niederlagen gegen konkur-

rierende Großmächte. Im Falle des Aztekenreiches wurde der Untergang noch dadurch befördert, dass die relativ kleine Gruppe von Spaniern diverse Krankheiten nach Mexiko einschleppte, welche die Widerstandskraft der Azteken schwächten.

Anderen Imperien wiederum gerieten Umweltereignisse zum Verhängnis. Beispielsweise brach gleich das erste Großreich der Weltgeschichte, welches durch Sargon von Akkad zur Mitte des 24. Jahrhunderts v. Chr. begründet worden war, nach nur 150 Jahren zusammen, weil es unter einer langanhaltenden Dürre litt. Die daraus resultierenden Missernten erschwerten die Versorgung der Armee und führten zu geringeren Staatseinnahmen. Da bedurfte es nur noch einiger Aufstände in der Provinz sowie der Invasion der Gutäer und das Reich von Akkad verschwand.

Der Einfall von Fremdvölkern, die selbst noch keine Imperien beziehungsweise Hochkulturen hervorgebracht hat-

ten und deshalb als „Barbaren“ galten, aber dennoch über das nötige militärische Potential verfügten, war auch sonst ein häufiger Grund für den Zerfall von Imperien. Eindringlinge der verschiedensten Art besiegelten unter anderem das Schicksal der Großreiche der Babylonier, Hethiter und Urartäer sowie des Imperium Romanum und des Byzantinischen Reichs.

All dies ist eine Warnung an die Adresse der derzeit noch existierenden De-facto-Imperien der USA, Russlands und Chinas sowie auch der Europäischen Union, sofern man Letztere – wie manche Politikwissenschaftler es tun – als „Postmodernes Imperium“ einstuft: Am Ende imperialer Ambitionen stand bislang stets der Kollaps. Was besonders für den Fall galt, dass ein Imperium unüberlegt Krieg führte. Dann konnten selbst Siege zum Zusammenbruch führen, wie das Beispiel des Britischen Empire nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt.

#### ERNÄHRUNG

## Agrarpolitiker müssen umdenken

Die Folgen des Ukrainekriegs werfen alte Konzepte über den Haufen – Es gilt, Hungersnöte in armen Ländern zu verhindern

Als Folge des Ukrainekriegs wird eine Hungerkrise in vielen armen Ländern der Welt befürchtet, da Russland wochenlang die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine verhindert hat. Ein Großteil des für den Export bestimmten Getreides liegt im Schwarzmeerhafen Odessa. Es wird befürchtet, dass die blockierte Menge bis zum Herbst auf 75 Millionen Tonnen anwachsen könnte. Mit der Aufhebung der Blockade verknüpfte der Kreml die Forderung, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen von den daran beteiligten Ländern aufgehoben werden.

Auch in Deutschland wird eine Erhöhung der Produktion durch eine veränderte Flächennutzung angestrebt, um

mehr Getreide für den Weltmarkt zu produzieren. In der Diskussion stehen allerdings neue Verordnungen der EU-Agrarreform, die dieser Zielrichtung im Wege stehen. Ab Herbst 2022 sollen Landwirte vier Prozent ihrer Flächen nicht mehr beackern und einsäen, um EU-Direktzahlungen zu erhalten.

Der Deutsche Bauernbund (DB) fordert eine Verschiebung und eine flexiblere Anwendung von EU-Vorgaben zu Brachflächen und zum Wechsel von Anbaupflanzen. Wie der DB ist auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unzufrieden mit der seit Anfang des Jahres geltenden verschärften Düngemittelverordnung auf Grundlage der so-

nannten Roten Liste. Um das Problem der durch Nährstoff-Überschüsse belasteten Gewässer in den Griff zu bekommen, schlägt die AbL stattdessen die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips vor: Zu viele Tiere werden in einigen Regionen Deutschlands auf viel zu kleiner Fläche gehalten.

#### Biosprit „aus der Zeit gefallen“

Einen Umbau der Tierhaltung mit dem Ziel deutlich verringerter Stückzahlen will auch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne). Dafür soll es eine Anschubfinanzierung geben. Özdemirs Ziel ist eine „zukunfts-feste, naturverträgliche“ Landwirtschaft. Er warnt davor,

den Krieg in der Ukraine für Lobby-Interessen zu missbrauchen. Im Namen der aktuell gefährdeten Ernährungssicherung werben Politiker und Lobbyisten in Brüssel und Berlin für einen weitgehenden Verzicht auf den Natur- und Umweltschutz in der Landwirtschaft.

Die Umweltverbände wollen hingegen verhindern, dass der Ökolandbau wegen einer möglichen globalen Nahrungsmittelknappheit ausgebremst wird. Mit der Parole „Lebensmittel gehören auf den Teller statt in den Tank“ prangert die Deutsche Umwelthilfe den „ausufernden Flächenfraß“ durch Monokulturen für Agrosprit an. Dieser sei ein großes Problem für Klima, Natur und Nahrungsmittelsi-

cherheit. Noch immer subventioniert die EU die Produktion von sogenannten Bio-Kraftstoffen, was bislang als wichtiger Beitrag zur Energiewende propagiert wurde. In Deutschland wachsen auf mehr als 1,2 Millionen Hektar Getreide und Ölpflanzen für die Biospritproduktion.

Nachdem Greenpeace die Verwendung von Kraftstoffen aus Ackerpflanzen als „umweltpolitischen Unsinn“ bezeichnet hat, machen jetzt auch die Grünen eine verspätete Kehrtwende. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat bekannt, dass der große Einsatz von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen für die Tanks von Autos „aus der Zeit gefallen“ sei und beendet werden müsse. Dagmar Jestrzemska



## SOMMERFEST IN HOHENSTEIN

# Kultur im Hitzekessel

Nach zweijähriger Pause lud der VdGEM ins Freilichtmuseum ein – Deutsche Minderheit zeigte ihr Können

VON UWE HAHNKAMP

Nach zweijähriger Pandemie-Pause kehrte der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren VdGEM mit dem Sommerfest der Deutschen Minderheit ins Freilichtmuseum in Hohenstein zurück, das schon früher Veranstaltungsort dafür war – und erwischte am 25. Juni einen richtig sommerlich heißen Tag.

Nach historischen Aufzeichnungen und Berichten war Ostpreußen nicht gerade eine besonders heiße Gegend. Es gehörte früher zu den kältesten Regionen des Landes. „Da im Freilichtmuseum in Hohenstein das Amphitheater nicht überdacht ist, habe ich bei der Ankündigung den Mitgliedern der Vereine empfohlen, einen Schirm mitzunehmen“, erklärte der VdGEM-Vorsitzende Heinrich Hoch. Ursprünglich als Schutz gegen Regen gedacht, wurden am 25. Juni die wenigen Schirme, die in Hohenstein zu sehen waren, zum Schutz gegen die Sonne, die während des gesamten Festes vom wolkenlosen Himmel strahlte.

### Suche nach Schatten

Wer keinen Schirm dabei hatte, suchte sich einen Platz im Schatten. Stephan Grigat, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), merkte in seinem Grußwort humorvoll an: „Ostpreußen lebt – auch wenn es heute in den Schatten flüchtet.“ Er selber saß nach seinem kurzen Auftritt auf der schattigen Bühne unter einem Schirm in den ostpreußischen Farben Schwarz und Weiß mit der Aufschrift „In Ostpreußen geht die Sonne auf“.

Auch wenn die Kühle der Bühne verlockend war, fassten sich die Gäste in ihren Reden kurz. Birgit von Hellfeld vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig lobte die dreißigjährige Tradition der Minderheit als Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland in Europa. Sie ist im Konsulat für Fragen der Deutschen Minderheit zuständig und freute sich daher auf zahlreiche



Aus Heilsberg angereist: Das Kinderensemble „Perła Warmii“ führte traditionelle Tänze in Trachten auf

Foto: U.H.

Gespräche beim Sommerfest. Wie wichtig Europa für die Deutsche Minderheit der Region ist, brachte sie mit der Europahymne und dem Ostpreußenlied zur Eröffnung des Sommerfests zum Ausdruck.

Jarosław Słoma, der Vorsitzende der Minderheitenkommission beim Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren, griff das in seiner Ansprache ebenfalls auf. Mit den Worten „Es gibt Menschen, die dieses geeinte Europa untergraben wollen. Gerade im Blick auf den Krieg in der Ukraine machen sie sich damit zu Handlangern Putins“, plädierte er für ein starkes Europa.

### Starke Stimmen aus der Region – und der Ukraine

Die Themen des Friedens und der Ukraine zogen sich durch die gesamte Veranstaltung. Ob beim ökumenischen Gottesdienst, bei der Wahl des Lieds „Ein bisschen Frieden“ oder durch die Anwesenheit einer Gruppe der ukrainischen Minderheit und von Flüchtlingen aus der

Ukraine. Besonderer Gast des Sommerfestes war mit Marynka Prytula eine junge ukrainische Sängerin aus der umkämpften Stadt Saporischschja im Süden des Landes. Sie hatte zuletzt das Festival „Die Ukraine vereint die Welt“ in Thorn gegen mehr als 100 weitere Künstler für sich entschieden und überzeugte auch auf der Bühne in Hohenstein. Eine zweite starke Stimme war die von Magdalena Lobert aus Schönbrück bei Allenstein, die die Zuhörer mit dem Lied „Farbenspiel des Lichts“ aus dem Film „Pocahontas“ in ihren Bann zog.

Trotz des kurzfristigen krankheitsbedingten Ausfalls zweier Gruppen präsentierte die Deutsche Minderheit ihre Kultur und ihr Können stark. Die Chöre der deutschen Gesellschaften in Neidenburg, Lötzen und Heilsberg trotzten der Hitze ebenso wie die Jugendtanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein. Auch Wiktorija und Monika Krzenzek aus Lindenort bei Ortelsburg bewiesen diesmal in Soloauftritten, wie gut sie singen können. Er-

gänzt wurde das Programm durch die Kindergruppe des Tanzensembles „Perła Warmii“ aus Heilsberg, das eng mit der dortigen deutschen Gesellschaft „Warmia“ verbunden ist. Sie präsentierte Tänze aus der Gegend von Lowitsch und aus Kujawien mit den dazu gehörenden Trachten. Und wie immer, ununterbrochen jedes Jahr seit 30 Jahren, sorgten gegen Ende die Gäste von der LO aus Mecklenburg-Vorpommern unter Leitung von Manfred Schukat und Friedhelm Schülke für gute Stimmung.

Alles in allem war es ein gelungener Nachmittag für die Deutsche Minderheit im südlichen Ostpreußen – mit ein klein wenig zu viel Sonne.

Das Sommerfest der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren wurde mit Mitteln des polnischen Ministeriums für Inneres und Verwaltung, vom Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig und vom Marschallamt der Woiwodschaft Ermland-Masuren organisiert.

## KÖNIGSBERG

# Festival auf dem Kneiphof

Die erste öffentliche Veranstaltung nach der Lockerung der Corona-Beschränkungen im späten Frühjahr war das „Food and Music Festival“ vor dem Königsberger Dom. Besucher konnten die Gerichte anderer Völker probieren sowie die Auftritte von Musikgruppen, Rockbands und eines Kinderorchesters miterleben.

Die Organisatoren versprachen, den Kneiphof in ein Musikzentrum mit Auftritten von Straßenmusikern zu verwandeln. Auf dem Kleinen Domplatz gab es eine Oldtimer-Ausstellung mit Fahrzeugen aus den 1930er und 1970er Jahren.

Vor den Augen der Besucher wurden allerlei leckere Gerichte über offenem Feuer zubereitet: Garnelen und Stint, Weißwürste und Meeräschen, Fleisch und Muscheln. Keine der nationalen kulinarischen Traditionen wurde ausgelassen: koreanisches Pylase und armenische Dolma, usbekisches Pilaw und thailändisches Eis, syrisches Baklava und tschechisches Trdelnik, Burger, Quesadillas und Pfannkuchen, neue Käsesorten und Wurstwaren von Bauern wurden angeboten.

Für Kinder gab es ein Extra-Programm. Dutzende von Wettbewerben und Arbeitsgruppen warteten auf die Kleinen. Die Kinder konnten jeden Tag etwas Neues lernen: Seifenherstellung, Puppenbasteln, Schmuckherstellung, Lebkuchenhausmalerei und vieles mehr. Die Erwachsenen hielten mit den Kleinen mit und nahmen mit Begeisterung am Schauspiel- und Zumba-Unterricht teil.

Jurij Tschernyschew



Auf dem Kneiphoffest: Stand mit armenischen Spezialitäten Foto: J.T.

## ALLENSTEIN

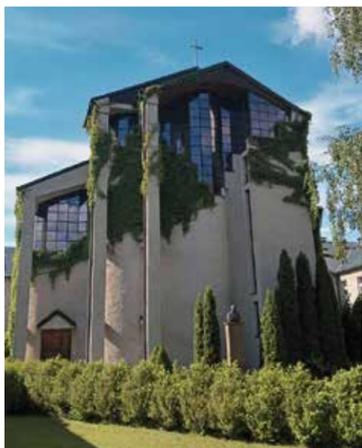
# Erstmals seit über 70 Jahren keine Priesterweihe

Krise in der katholischen Kirche im südlichen Ostpreußen – Der aktuelle Nachwuchsjahrgang erreichte nicht einmal das Diakonat

In diesem Jahr werden im Priesterseminar in Allenstein keine Priester geweiht. Dass sich keine Kandidaten melden, um das Weihesakrament zu erhalten, verzeichnete man das letzte Mal kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1949 und 1950.

Die Krisensituation für die katholische Kirche im südlichen Ostpreußen wurde im Mai vom Rektor des Theologischen Seminars Hosianum, dem Priester Hubert Tryk, in einem Brief angekündigt, der in den Kirchen der Erzdiözese Ermland verlesen wurde: „Leider wird in diesem Jahr der wichtigste Moment im Leben des ganzen Seminars, nämlich die Priesterweihe, nicht stattfinden. In der Regel wurde das Sakrament den Diakonen, das heißt den Absolventen des sechsten Jahres, am letzten Sonnabend des Monats Mai überreicht. Leider hat der aktuelle Jahrgang nicht einmal das Diakonat erreicht. Von mehreren

Kandidaten, die sich vor sechs Jahren beworben haben, ist kein einziger übrig ge-



Katholische Kirche

Foto: D.K.

blieben“, schrieb Tryk. „Es scheint, dass der Rückgang der Priesterberufungen in den letzten Jahren nicht ein Zeichen für Gottes Geiz ist, sondern ein Zeichen für eine Krise der berufenen Menschen, die aus verschiedenen Gründen dem Ruf Gottes nicht folgen. Vielleicht sind sie nicht einmal in der Lage, diesen Ruf zu hören, und oft fehlt ihnen der Mut, sich zu einem solch radikalen Schritt zu entschließen, der darin besteht, ihr Leben zu opfern, indem sie zum Beispiel ihre Familie aufgeben“, heißt es in dem Schreiben.

Der Rektor des Priesterseminars versucht zugleich, die Krise zu lösen, indem er in seinem Brief junge Männer zu einem seelsorgerischen Gespräch ermutigt, das dazu beitragen sollte, Zweifel zu zerstreuen und eine Berufung zu erkennen. Viele derjenigen, die in die Ausbil-

dungsstätten für Geistliche eintreten, ziehen sich jedoch vom priesterlichen Dienst zurück. Derzeit werden beispielsweise am Priesterseminar in Allenstein nur 14 Seminaristen ausgebildet.

### Die Zahl junger Gläubiger sinkt

Der Grund für den Rückgang der Zahl der angehenden Priester ist in der sinkenden Zahl der Gläubigen unter den jungen Erwachsenen und der Überprüfung beziehungsweise Bestimmung der Lebensziele durch die potentiell Interessierten zu sehen. Die rückläufige Berufungsstatistik wird auch durch die Skandale im Klerus, den nicht eingehaltenen Zölibat, die von den Medien aufgedeckten und jahrelang vertuschten Fälle von Pädophilie, die Missbräuche in der kirchlichen Hierarchie und ganz allgemein die mangelnde Transparenz beeinflusst.

Dies verstärkt das Misstrauen gegenüber kirchlichen Institutionen in der Republik Polen und die Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche. Daran ändert auch die Autorität des Papstes nichts, der wegen seiner Haltung zum Ukrainekrieg ebenfalls in die Kritik geraten ist.

Die Glaubenskrise hat nicht nur das Priesterseminar in Allenstein erreicht, der Mangel an Berufungen betrifft die gesamte Republik Polen. Im Jahr 2020 gab es nur jeweils einen Bewerber für die Seminare in Drohiczyn, Gnesen und Sosnowitz, und niemand bewarb sich für das Seminar in Schweidnitz. Die fortschreitende Säkularisierung der Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nur manchmal oder gar nicht Gottesdienste besuchen und sich immer seltener als praktizierende Katholiken bezeichnen. Dawid Kazański

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Krewald, Gertrud, geb. Kalinowski, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Kelch, Lotte, geb. Mellenthin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juli

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Gebhardt, Alice, geb. von Raven, aus Neidenburg, am 5. Juli  
 Pyrags, Heinz, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 9. Juli  
 Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Boehnert, Gertrud, geb. Kraffzik, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 10. Juli  
 Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. Juli  
 Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli  
 Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli  
 Schellig, Martha, geb. Sawitzki, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Juli  
 Timm, Eva, geb. Motzkau, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 14. Juli

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoffmann, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juli  
 Lullies, Meta, geb. Beckert, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli  
 Preuss, Erich, aus Alt Bolitten, Kreis Mohrunen, am 12. Juli  
 Wyda, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 12. Juli

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Bandilla, Ingeburg, geb. Karzyski, aus Milussen, Kreis Lyck, am 8. Juli  
 Blümel, Irmgard, geb. Link, aus Schugsten, Kreis Fischhausen, am 8. Juli  
 Bojarzin, Bruno, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli  
 Dempki, Christel, geb. Pillath, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Juli  
 Hundsdörfer, Helmut, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli

Jordan, Charlotte, geb. Reuter, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 14. Juli

Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli

Ostrowski, Helene, geb. Schaak, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 10. Juli

Reinelt, Hildegard, geb. Hübner, aus Treuburg, am 10. Juli

Richter, Inge, geb. Jäschke, aus Mohrunen, am 11. Juli

Tupeit, Irmgard, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Juli

Weber, Christel, geb. Laupsien, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 12. Juli

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Ambrosius, Erich, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 14. Juli

Baethcke, Gerda, geb. Petereit, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

Beyenbach, Inge, geb. Ohlemeyer, aus Lyck, Hindenburgstraße 54a, am 11. Juli

Creuzer, Jutta, aus Königsberg, am 12. Juli

Drott, Maria, geb. Goldmann, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli

Herold, Gotthold, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

Klimmek, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli

Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Kragening, Sigrid, geb. Poppeck, aus Berglinden, Kreis Lötzen, am 11. Juli

Meyer, Erna, geb. Schmidt, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 2. Juli

Schmeer-Asp, Ingrid, geb. Schmeer, aus Wehlau, am 11. Juli

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. Kleppek, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli

Dzikonski, Werner, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. Juli

Engel, Traute, geb. Ritter, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli

Gehrt, Sybille, geb. Saffran, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 1. Juli

Gülich, Edith, geb. Kenzler, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli

Heinrich, Maria, geb. Rimek, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli

Heiser, Rolf, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Juli

Höckendorf, Erika, geb. Szezenski, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

Klose, Brigitte, geb. Hein, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli

Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli

Lee, Christel, geb. Schwan, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

Malso, Paul, aus Gusken, Kreis Lyck, am 11. Juli

Palloks, Martin, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

Schneider, Helga, geb. Wyludda, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. Juli

Sowa, Erika, geb. Olk, aus Rauchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

Unruh, Elfriede, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Juli

Zachrau, Elfriede, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 8. Juli

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Birkner, Brigitte, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 17. Juli

Drews, Renate, geb. Kreischatus, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 14. Juli

Gering, Ilse, geb. Dziedo, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Juli

Groß, Willi, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Grund, Elli, geb. Junga, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 8. Juli

Herzke, Irmgard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli

Koch, Erika, geb. Tulowitzki, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 9. Juli

Kulesa, Edith, geb. Michalski, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 14. Juli

Kurrat, Helmut, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Juli

Nowiński, Inge, geb. Krosta, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

Schmidt, Gerda, geb. Gronau, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 12. Juli

Tamm, Elfriede, geb. Tulodetzki, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 5. Juli

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandenburger, Günter, aus Ebenrode, am 11. Juli

Gasenzer, Else, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Kagelmacher, Hanna, aus Pillkopen, Kreis Fischhausen, am 13. Juli

Mateuszik, Günther, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 12. Juli

Moreyko, Erwin, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 11. Juli

Path, Edith, geb. Niedzwetzki, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli

Pfannschmidt, Traute, geb. Falk, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 14. Juli

Reichle, Herta, geb. Olbrisch, aus Regeln, Kreis Lyck, am 11. Juli

Rick, Ursula, geb. Maczey, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Juli

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Bahr, Hiltraud, geb. Danowski, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 8. Juli

Bille, Hildegard, geb. Kurbjuweit, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 14. Juli

Birkenfeld, Ursula, geb. Grunwald, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 12. Juli

Blumenscheit, Helga, geb. Raabe, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. Juli

Browatzki, Alfred, aus Himmelforth, Kreis Mohrunen, am 11. Juli

Christoffer, Heinz, aus Mohrunen, am 7. Juli

Ewert, Ruth, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 9. Juli

Gaziach, Anneliese, geb. Klosssek, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Gering, Edith, geb. Chrzan, aus Rübzahl, Kreis Lötzen, am 15. Juli

Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. Juli

Holland-Moritz, Hildegard, geb. Nadolny, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 9. Juli

Kröger, Günter, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juli

Kuhrau, Ilse, geb. Schmidtke, aus Tussainen, Kreis Tilsit, am 14. Juli

Mallunat, Ruth, geb. Mlodoch, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 14. Juli

Nowack, Siegfried, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 10. Juli

Philipp, Günter, aus Horn, Kreis Mohrunen, am 8. Juli

Rowlin, Agnes, geb. Koschorrek, aus Lyck, am 10. Juli

Schudy, Helmut, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 8. Juli

Spiridiniene, Käte, geb. Loleit, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Abramzik, Horst, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 8. Juli

Arnér, Edith, geb. Borchert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

Bahr, Elke, geb. Eggers, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Juli

Beer, Ingrid, geb. Kattoll, aus Skollwitten, Kreis Mohrunen, am 10. Juli

Bening, Dr. Brigitte, geb. Bachor, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. Juli

Bergen, Walter, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 8. Juli

Besmehn, Joachim, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 14. Juli

Gregel, Hanneliese, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 11. Juli

Hertis, Ruth, geb. Burdyna, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 10. Juli

Jurr, Gerhard, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 13. Juli

Konrad, Heinz, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juli

Lange, Brigitte, aus Lyck, am 8. Juli

Mack, Helga, aus Kolberg, Kreis Neidenburg, am 12. Juli

Mallon, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 14. Juli

Sarzio, Alfred, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 12. Juli

Sawitzki-Schleiwies, Helga, geb. Schleiwies, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 13. Juli

Trox, Ingrid, geb. Ohrt, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli

Weismann, Helga, geb. Weber, aus Neidenburg, am 11. Juli

Wolf, Gisela, geb. Furiath, aus Neidenburg, am 4. Juli

Ziehe, Hans-Werner, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 12. Juli

ANZEIGE

## Gebundene Exemplare des Ostpreußenblattes

(Jahrgänge 1969 bis 1982) kostenlos für Selbstabholer in Potsdam / OT Groß Glienicke abzugeben.

Tel.: 033201-31829

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Barkowski, Heinz, aus Neuginendorf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

Butzek, Horst, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juli

Harzig, Heidemarie, geb. Galla, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 2. Juli

Krüger, Monika, geb. Rebsdatt, aus Treuburg, am 9. Juli

Schiro, Friedhelm, aus Neidenburg, am 13. Juli

Stempel, Gudrun, geb. Weidenbach, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

Tilsner, Gerda, geb. Marrek, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Juli

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Schieber, Albert, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 8. Juli

## Dittchenbühne

**Sommerfest** mit mehr als 300 Besucher – vom Baby bis zum 90-Jährigen – fand am Sonnabend, 25. Mai, auf dem Gelände des Elmschörner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ anlässlich des 40-jährigen Bestehens dieser Einrichtung statt. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Es wurden weder Orden noch Ehrenzeichen verliehen und auch keine großen Reden geschwungen, sondern es wurde gespielt, gezaubert und gegrillt!“ Eine spezielle Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums „25 Jahre Kindergarten Storchennest“ soll am Freitag, den 2. September 2022, stattfinden.

## Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Zusendungen für die Ausgabe 29/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 29/2022 (Erstverkaufstag 22. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 12. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin  
**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
 Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



## Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Telefon (089) 23147021, Internet: www.low-bayern.de, E-Mail: stabe@low-bayern.de

## Julitermine

**Nürnberg** – Dienstag, 19. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Emil Reicke aus Ostpreußen, Stadtarchivdirektor der Stadt Nürnberg in den 1930er Jahren.

Sonnabend, 23. Juli, 14 Uhr: Fest unter der Eiche am Haus der Heimat. Zugleich wird die Erweiterung des Hauses gefeiert. Es werden mehrere Landsmannschaften und Vereine anwesend sein.

Joachim Korth



## Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

## Gemeinsames Mittagessen

**Wiesbaden** – Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr, Hof Erbenheim, Erbenheim: Sommer-Gartenfest. Wegen der Platz- und Essen-Disposition ist eine Anmeldung bis zum 13. Juli bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 504583, notwendig. Sollten Sie nach erfolgter Anmeldung am Gartenfest nicht teilnehmen, muss das bestellte Essen dennoch bezahlt werden, da wir die gemeldeten Portionen verbindlich gebucht haben. Das Gartenfest findet bei jeder Witterung statt; überdachte Bereiche stehen zur Verfügung.

1841 weiter nach Ostpreußen in den südlichen Kreis Osterode.

Dort siedelten sie zunächst auf dem Preussshof, traten später in den Dienst des Grafen von Rothenburg und konnten Mitte der 1920er Jahre Gut Koppel des Fürsten zu Dohna-Schlobitten zunächst pachten und später erwerben. Dort wuchs Brandes Vater Heinz als zweitgeborener Sohn auf, bevor er als Inspektor später als Oberinspektor von Fürst Alexander auf verschiedenen Gütern im Kreis Mohrunen tätig war – darunter Gut Köllmen mit einer bis ins mittlere 13. Jahrhundert zurückgehenden Geschichte.

Vater Heinz Brandes wurde noch 1944, gut zwei Jahre nach Geburt seines Sohnes Winfried, in die Wehrmacht eingezogen und gilt seit dem 23. Oktober 1944 als „im Kreis Schloßberg vermißt“. Ein Schicksal, das Winfried Brandes bis zu seinem Tode nicht ruhen ließ; er forschte unermüdlich nach Spuren seines Vaters.

Seine Mutter ging im Januar 1945 mit Winfried und der zwei Jahre vor ihm geborenen Schwester auf die Flucht; sie gelangten über die Mark Brandenburg und Berlin letztendlich in den Raum Hoya an der Weser, von wo es nach einigen Jahren nach Lübeck in Schleswig-Holstein ging. Das Land zwischen den Meeren wurde Winfrieds zweite Heimat; er machte zunächst auf der Schlichting Werft eine Ausbildung als Starkstrom-Schiffselektriker und ging anschließend als Freiwilliger zur Luftwaffe. Von dort wechselte er zum Heer, wurde Berufssoldat und diente bis zu seiner Zuruhesetzung im Jahre 1995 an unterschiedlichen Standorten in Schleswig-Holstein, die letzten 20 Jahre in Flensburg-Weiche.

Die Jahre nach seiner aktiven Dienstzeit widmete Winfried Brandes der ostpreußischen Familien- und Militärgeschichte sowie der Militärgeschichte „seines“ Standortes Flensburg. Er hat zahlreiche Dokumente, Broschüren und Bücher verfasst, die seinen

## Ostpreußisches Landesmuseum

„**Neue Heimat Varendorf**“ – Das Leben eines Flüchtlingskindes aus Schlesien in der Lüneburger Heide, Vortrag mit Buchvorstellung von Gerhard Scharf, Mittwoch, 13. Juli, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro.

„Neue Heimat Varendorf. Die Jahre 1946-1958“ – so lautet der Titel des Buches, das Gerhard Scharf in seinem Abendvortrag vorstellt. Varendorf ist ein kleines Dorf in der Lüneburger Heide, das für die 1945 von ihrem Hof in Schlesien vertriebene Familie Scharf und den damals sechsjährigen Gerhard für einen Neubeginn steht. Mit „Ehrgeiz und Leistungs-

willen“, so Scharf, gelang es ihm – dem Flüchtlingskind – das Trauma des Kriegsendes und die Enge der Nachkriegszeit hinter sich zu lassen. Er wird von der Flucht, dem Zusammenleben der Menschen in der Nachkriegszeit und seiner eigenen Jugendzeit als Arbeiterkind sowie Schüler erzählen und dazu Passagen aus seinem neuen Buch vorlesen.

Gerhard Scharf wurde 1939 im schlesischen Alt-Reichenau geboren. Nach Flucht und Vertreibung gelangte er mit seiner Familie nach Varendorf im Landkreis Uelzen. Nach dem Abitur am Lüneburger Johanneum stu-

dierte er auf Lehramt und leitete für 31 Jahre das Gymnasium Oedeme. Als Kommunalpolitiker engagierte er sich seit Mitte der 80er Jahre und wurde in den Rat und den Kreistag Lüneburgs gewählt. Er war zudem mehrfach Bürgermeister der Hansestadt.

Eine Anmeldung unter E-Mail: info@ol-ig.de oder Telefon (04131) 759950 ist erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38 21335 Lüneburg



## Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

## Treffen

**Oldenburg** – Mittwoch, 13. Juli, 15 Uhr, Bümmersteder Krug, Sandkruger Straße 180: gemütlicher Kaffeemittag. Teilnehmer müssen sich bei mir anmelden unter Telefon (0441) 2047676. *Gisela Borchers*



## Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

## Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

**Nachruf** – Am 31. Mai, gut sechs Wochen vor seinem 80. Geburtstag, verstarb nach schwerer Krankheit Winfried Brandes, Träger der Goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V.

Winfried Brandes entstammte einer späteren ostpreußischen Familie, die seit 1732 im Fürstentum Wolfenbüttel-Bevern nachweisbar war. Von dort wanderten seine Vorfahren Mitte des 18. Jahrhunderts in das Fürstentum Lippe-Detmold, wo zwei von ihnen als Amtmann auf Burg Sternberg in Diensten des amtierenden Fürsten standen, und

Namen unauslöschlich mit Flensburg verbinden und die in so manchem Bücherschrank stehen. Zugleich hat er sich in aufopfernder Weise um den Fortbestand der Landsmannschaft Ostpreußen verdient gemacht, neue Mitglieder gewonnen, für den Zusammenhalt gekämpft und so entscheidend zum Fortbestand der Ortsgruppe Flensburg beigetragen, diesen eigentlich bewirkt. Den Vorsitz, zunächst der Ortsgruppe Flensburg und dann später, nach dem Zusammenschluss der Ortsgruppe der Ostpreußen mit jener der Pomern, den der Vereinigten Landsmannschaften, hatte er jahrelang inne und so die Vereine entscheidend geprägt. Die Erhaltung und Pflege des Ehrenhains auf dem Flensburger Friedhof „Friedenshügel“ war ihm dabei ein großes persönliches Anliegen.

Wir haben uns von ihm am 17. Juni in der Kapelle Friedenshügel verabschiedet und ihm das letzte Geleit gegeben. Er ruht nicht weit entfernt vom Ehrenmal mit dem Stein des Ostens und den Gedenksteinen der Ostprovinzen.

Wir verneigen uns vor einem untadeligen Menschen, der als Soldat und Ostpreuße mit unermüdlicher und treuer Pflichterfüllung wirkte und so in unserem Gedächtnis verbleibt. *Michael Weber*



## Fischhausen

**Kreisvertreter:** Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heiderun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

## Treffen Seestadt Pillau e.V.

**Eckernförde** – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: 68. Pillauer Treffen in der Paten-

stadt Eckernförde. Dazu laden wir herzlich ein und freuen uns auf ein Wiedersehen.

Das Treffen beginnt am Sonnabend, 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3, Gäste sind willkommen. Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr gebucht.

Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag um 12 Uhr statt.

Ab 13:30 Uhr treffen wir uns dann wieder im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. Ein Unterhaltungsprogramm ist noch in Vorbereitung. Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. *Christina Ziegler*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin - Dienstag, 19. Juli, 13 bis 16.30 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6 (S- und U-Bahnstation Jannowitzbrücke): Sommertreffen. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Berichte aus dem Memelland und ein Bericht zum Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg. Bitte melden Sie sich aus organisatorischen Gründen bis zum Freitag, 15. Juli bei mir an.

Über Ihr Kommen freut sich Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 401 00473 (AB) oder E-Mail: hjm.berlin@t-online.de.

Kunstworkshop

Lüneburg - Sonnabend, 9. Juli, und Sonntag, 10. Juli, jeweils 11 bis 17 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum: Eine Frage der Beziehung - Bildobjekte aus Fundstücken gestalten, Anmeldung unter E-Mail: info@o-lg.de, Telefon (04131) 759950.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Neues Preußisch Eylauer Kreisblatt erschienen

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, die Frühjahrs-Ausgabe 2022 des „Preußisch Eylauer Kreisblatts“ ist erschienen und dieser Tage versandt worden. Wer es nicht bekommen hat, kann es unter obiger Adresse anfordern. Frank Steinau (der Schriftleiter) hat wieder einen bunten Strauß interessanter Beiträge zusammengestellt. Vor allem machen zwei Fluchtberichte die historische Parallele von dem fürchterlichen Ereignis, das wir heute über die Fernsehnachrichten täglich miterleben, Moskaus Krieg in der Ukraine und gegen die Ukrainer, zu unserer eigenen Geschichte sichtbar. Es ist doch immer wieder wichtig, Fluchtberichte zu veröffentlichen. Sie rufen uns in Erinnerung, was Flucht in Kriegszeiten, verbunden mit dem Verlust der Heimat, bedeutet. Welcher deutsche Politiker weist dar-

auf hin? Werden die Worte des Sprechers unserer Landsmannschaft (ebenfalls im Kreisblatt abgedruckt) gehört? Welcher Politiker, der im Zusammenhang mit der Ukraine von Völkermord spricht, erwähnt die Parallele zu 1945? Ein anderer Aspekt von Putins Krieg gegen die Ukraine wird durch den Bericht über eine eventuelle Sperrung des Transitverkehrs zur russischen Exklave Königsberg hervorgehoben: Sollte sich der Krieg dorthin ausdehnen, wäre mit einer weiteren Zerstörung deutscher Baudenkmale zu rechnen.

Lesenswert ist auch, was über den Ausbau des Straßennetzes („Brücke über den Seekanal“) berichtet wird. Ferner lesen wir - aus dem unerschöpflichen Fundus von Horst Schulz - auch, wie das Städtchen Kreuzburg entstanden ist und sich entwickelt hat.

Schließlich ergibt sich aus dem abgedruckten Rechenschaftsbericht der Kreisvertreterin, dass durch ihre geduldige Kontaktpflege gute Aussicht besteht, das Pr. Eylauer Heimatmuseum mit dem Archiv, seit Jahren sehr schwer zu erreichen, wieder in die Verdener Innenstadt zu verlegen und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Von aktueller Bedeutung ist die beigelegte Einladung zum Kreistreffen am 24. und 25. September. Bereiten Sie Ihre Teilnahme schon jetzt vor, sprechen Sie sich mit Familie und Bekannten ab und machen Sie eine Unterkunft! Die Verwaltungen von Stadt und Landkreis Verden sollen sehen, dass die Preußisch Eylauer auch nach der Corona-Pandemie zusammenhalten und sich zu ihrer Heimat be-

kennen - und wissen, dass ein Ausflug in das schöne Städtchen Verden sich lohnt. Martin Lehmann

Was ist in dem Karton?

Ein Flüchtling kann nichts wegwerfen. Alles „kann man nochmal brauchen“. Auch Schriftkram wird endlos lange aufgehoben, der nimmt ja nicht viel Platz weg. Und beim Umzug in die endlich größere Wohnung oder das lang ersehnte Eigenheim hat man nicht viel Zeit zum Aussortieren, also landet alles in Kartons - in der neuen Bleibe ist viel Platz.

Die Kartons stehen dann jahrelang im Keller oder im „Vorratsraum“ - bis einmal eine Neuordnung ansteht: Die Kinder sind ausgezogen, Besucherzimmer werden eingerichtet oder das Haus quillt einfach über. Dann sind neben alten Schränken, Matratzen, Schlitten (es gibt keinen Schnee mehr) und anderem Spielzeug, Regalen mit Kinderbüchern usw. auch die Kartons dran. Deren Inhalt ist längst vergessen: haufenweise Konto-Auszüge, Handwerker- und Ärzterechnungen, die man vorsorglich aufgehoben hatte, Urlaubspost, Weihnachtsgrüße, gar Examensarbeiten - und jede Menge Fotos, besonders Dias, zu Hunderten in den Urlauben gemacht, um die einmaligen Erlebnisse und Bekanntschaften festzuhalten, alles in Eile zusammengepackt, ohne Inhaltsverzeichnis, also durcheinander. Nichts davon kann man mehr gebrauchen, und die Kinder will man nicht unnötig belasten. Also weg damit!

Vorsicht! Es könnte Archivwürdiges dabei sein, z. B. Briefe, Fotos

und andere Dokumente aus der Kriegs- und Nachkriegszeit oder gar aus der Zeit davor. Damals wurde Vieles, das heute per Telefon oder E-Mail mitgeteilt wird, schriftlich festgehalten, häufig wurden von Briefen mit Kohlepapier Durchschriften gefertigt. Ganz wichtig sind natürlich Tagebücher oder tagebuchartige Brieffolgen. Ich erinnere mich zum Beispiel an Briefe - Stimmungsberichte - aus Ostpreußen an Verwandte in Westdeutschland aus den frühen 1940er Jahren bis 1945, Dokumente, die inzwischen leider verschwunden sind. Andererseits entdeckte und rettete ich vieles aus den Anfängen der landsmannschaftlichen Arbeit in den 50er und 60er Jahren.

Also: Bevor man einen Karton samt Inhalt in den Papiermüll gibt, sollte man sich fragen, was in dem Karton ist. Zeitdokumente gehören in die Archive - im Interesse unserer Nachfahren und einer vollständigen historischen Erinnerung. Martin Lehmann



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Sonnabend, 13. August - 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauern-den Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August - 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel, 14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Selmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

Wesel - Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

- 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwe-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'Magisch' section with a 7x7 grid and a 'So ist's richtig' section with a 10x10 grid.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in the question fields.

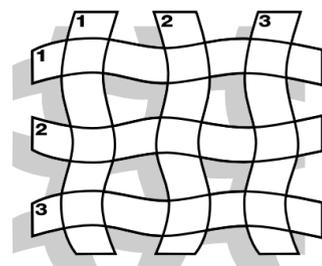
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für innere Harmonie, Eintracht.

Middle word puzzle grid with words in the middle and a 7x7 grid for the solution.

Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



- 1 Süßwasser-, Speisefisch
2 sehr bedeutend, bahnbrechend
3 Behälter

## Heimatkreisgemeinschaften

senden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2023, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2019–2023, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff

Wirkung niedergelegt. Sein Nachfolger ist Herr Theo Boomers, der Chef der Druckerei Boomers & Esser in 52511 Geilenkirchen, Anstr.10-12. Es wird gebeten, Einsendungen zur Veröffentlichung in Land an der Memel TILSITER RUNDBRIEF an jene Firma zu senden. eMail: druckerei@boomers-und-esser.de Der Ansprechpartner ist Herr Theo Boomers.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter und Erwin Feige, Stadtvertreter

gemeinschaft Tilsit, Heiner Coenen, hat sein Amt mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Sein Nachfolger ist Herr Theo Boomers, der Chef der Druckerei Boomers & Esser in 52511 Geilenkirchen, Anstr.10-12. Es wird gebeten, Einsendungen zur Veröffentlichung in Land an der Memel TILSITER RUNDBRIEF an jene Firma zu senden. eMail: druckerei@boomers-und-esser.de Der Ansprechpartner ist Herr Theo Boomers.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter und Erwin Feige, Stadtvertreter



### Tilsit-Stadt

**Stadtvertreter:** Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de



### Tilsit-Ragnit

**Kreisvertreter:** Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wristor Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

### Neue Schriftleitung

Der Schriftleiter des gemeinsamen Heimatbriefes der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit, Heiner Coenen, hat sein Amt mit sofortiger

### Neue Schriftleitung

Der Schriftleiter des gemeinsamen Heimatbriefes der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Stadt-



### Trakehner Bundesturnier

Vom **21. bis 24. Juli findet das Internationale Trakehner Bundesturnier** im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf statt. Die vorläufige Ausschreibung ist jetzt online gestellt.

Endlich können sich die Trakehner Reiter im ganzen Bundesgebiet und in den Nachbarländern wieder auf ein Bundesturnier im vollen Umfang freuen: 50 Prüfungen an vier Tagen sind in den Disziplinen Dressur, Springen und Vielseitigkeit ausgeschrieben und wie es beim „BuTu“ Tradition ist, mit großzügigen Gewinngeldern dotiert.

Die Trakehner Championate der Reitpferde, sowie der Dressur-, Spring- und Geländepferde sind die Bühne der Youngster unter dem Sattel und nach den Reitpferdechampionaten erfolgen noch vor Ort die Nominierungen für die Bundeschampionate der drei- und vierjährigen Hengste,

Stuten und Wallache. Dressur- und Springprüfungen sind mit verschiedenen Touren bis zur schweren Klasse im Angebot, und die Geländepferdeprüfungen der Klassen A\*\* und L sind wie in den Vorjahren als Qualifikationen für die Bundeschampionate ausgeschrieben. Dazu kommen Kombinierte Prüfungen der Klassen A und L für junge Vielseitigkeitspferde sowie Kombinierte Prüfungen für Junioren und Amateure. Die beliebten Mannschaftswettkämpfe der Zuchtbezirke in Dressur und Springen garantieren sportliche Stimmung mit Teamcharakter und erstmals wird am Standort in Münster-Handorf auch der beliebte Gruppengeländeritt der Generationen stattfinden.

Die Dressur- und Springprüfungen finden auf dem Gelände des Westfälischen Pferdezentrums statt, die Geländepferdeprüfungen auf dem benachbarten Platz der Westfälischen Reit- und Fahr-

schule, sodass für beste Rahmen- und Bodenbedingungen gesorgt ist. Stall- und Stallplätze sind ausreichend vorhanden, und last but not least ist der Turnierstandort verkehrsgünstig in der Nähe der Autobahn 1 gelegen. Käufliche Träume – Trakehner Elitefohlen Auktion – Der Sonnabend steht traditionell im Zeichen der Bundesturnier Elitefohlen Auktion Open Air und auch am 23. Juli suchen hier die im Vorfeld streng selektierten Spitzen des Fohlenjahrgangs 2022 – natürlich komplett überprüft und aus besten Trakehner Familien – neue Besitzer. Hier wurden schon Körsieger, Siegerstuten und Sportler für schwere Prüfungen entdeckt und die Stimmung am Sonnabend ist immer sensationell.

Die vorläufige Ausschreibung sowie weitere Informationen sind online unter Internet: [www.trakehner-verband.de](http://www.trakehner-verband.de) zu finden.

## LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN E.V.

# „Ostpreußen Landschaft – Geschichte – Kultur“

Beeindruckendes Historisches Seminar in der politischen Bildungsstätte in Helmstedt

Man kann sich bezüglich der regionalen Lage kaum einen besseren Platz als Helmstedt an der Grenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt suchen, wenn man Brücken bauen will zwischen Mittel- und Ostmittel-Europa. Helmstedt, an der früheren innerdeutschen Grenze zwischen zwei an Waffen starrenden Systemen nicht nur gelegen, sondern zur Totalüberwachung des Ost-West-Verkehrs immer stärker aufgerüstet, zeigt heute in seinem „Zonengrenz-Museum Helmstedt“ die ganze Brutalität des Kalten Krieges, der fast 40 Jahre dem Heißen Krieg folgte. Wenn heute die im Dezember 2011 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel der Europäischen Union ausgezeichnete „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ besucht werden kann, können wir mit Dankbarkeit feststellen, dass die ehemalige hochgesicherte Grenze von ihrem Schrecken fast alles verlor, bis auf die schreckliche Erinnerung. Mögen wir die Hoffnung nicht verlieren und alles dafür tun, dass neue schreckliche Grenzen und heiße Kriege ebenso eingedämmt und schnellstens befriedet werden.

Der Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Sebastian Husen, lud mit seiner Referentin Hanna Frahm, mit einem hochkarätigen, spannungsgeladenen und abwechslungsreichen Programm nach Helmstedt zum Thema „Ostpreußen: Landschaft – Geschichte – Kultur“ ein.

Der Spannungsbogen startet mit einer ungewöhnlichen Perspektive, dem „Konstrukt Heimat“, wie es sich in Musik und Brauchtum im Nachkriegsdeutschland zeigt. Josephina Strößner lässt die Zuhörer teilhaben an den Studienergebnissen ihrer Masterarbeit „Das Konstrukt <Heimat> im Nachkriegsdeutschland. Musik



Beeindruckten die Teilnehmer: (v. r.) Die Referenten in Helmstedt Prof. Dr. Siegmund R. Fröhlich, nachträglich oben rechts eingefügt, Forstmeister Hubert Geiger, Dr. Sabine Grabowski, M.A. Josephina Strößner, Lienhard Hinz, Jörn Pekrul, Dr. Wolfgang Brandes, Dr. Sebastian Husen (Seminarleitung) Foto: Günter H. Hertel

und Brauchtum ostpreußischer Vertriebenen“. Ihren durch Zeitzeugengespräche und Archivarbeit fundierten Hypothesen von Musik als sozialen, integrativen wie andererseits auch segregativen (sich abgrenzenden) Funktionen lauscht man im Wissen, dass soziale Orte für die Vertriebenen vor allem (und bis heute) Chöre, Kirchgemeinden, Singspiele, Theater und neuerdings auch Social-Media Performances sind. Mit dem eingängigen, in einfacher Tonart (F-Dur mit nur einem „b“) von Herbert Brust (1900-1968) gesetztem und 1933 uraufgeführten Oratorium „Heimat“ nach den Texten des jungen Königsberger Erich Hannighofer (1908-1945) war eine eindruckliche, die Kargheit der langsam entwickelten Ostpreußischen Kulturlandschaft wiedergebende Hymne geschaffen, die sich in die Seelen der Ostpreußen, auch und gerade der Vertriebenen, einmeißelte.

Mit dieser Musik in den Ohren wandern wir einfühlsam mit Jörn Pekrul auf den Spuren des deutschen Baumeisters und Architekten Friedrich Heitmann in Königsberg. Pekrul führt uns mit Heitmann durch Ostpreußens Architekturlandschaft in mehreren Kapiteln, zum Beispiel bis 1914 mit dem Postscheckamt auf den Hufen, dem Amts- und Landesgericht mit den bekannten zwei Wisenten, dann Königsberg im Zweiten Weltkrieg und zu Kulturzeichen, die Krieg, Flächenbombardement der Royal Airforce und die teilweise barbarische Nachkriegsberäumung überstanden haben, wie die Kirche Zur Heiligen Familie auf dem Oberhaberberg, der heutigen Spielstätte der Kaliningrader Philharmonie. Heitmanns Vermächtnis „Die Liebe höret nimmer auf“ überdauert seinen Tod, sogar in den gesammelten Bildern des sowjetlitauischen Kriegsphotografen

Povilas Karpavičius (PAZ, Ausgabe 27, 2021, Seite 17). Nun wandern wir in die unendlichen Weiten der ostpreußischen Wälder, ihre einsamen Forsthäuser, Auen, Wiesen und Seen, an denen Forstmeister Hubert Geiger die still eingekerkerten Zuschauer und -hörer teilhaben lässt. Geiger meint, dass trotz Rückschlägen durch den Krieg in der Ukraine die Enkelgeneration mehr denn je frage, wo denn der Elch zu Hause sei. In Schweden, wo man den Elchtest kennt oder in Polen, Litauen und im Königsberger Gebiet, wo der Elch zunehmend geschützt wird, füllt er den erst 1937 kreierten Namen „Elchwald“ mit Leben aus. Wenn dann ein passionierter ehemaliger Offizier der Roten Armee durch das Naturschutzgebiet Rominter Heide führe, werden für die Enkel Abenteuerlust wie friedliche Zukunftsambitionen gleichermaßen zufriedengestellt.

Der Nostalgie entgegennend, lässt der Sprecherzieher Lienhard Hinz in seiner Sprechwerkstatt Geist, Körper und Seele der zwischenzeitlich im Rondell auf- und zueinander blickenden fast 40 Teilnehmer aus fast allen Altersklassen aktiv werden durch bewusste Lippen- und Zungenaussprache der Vokale und stimmhaften Konsonanten unserer deutschen Sprache. Höhepunkt ist das Vortragen ostpreußischer Gedichte durch die gerade erlernten Sprechtechniken, die gepaart mit heimatlicher Inbrunst ihre Authentizität zum einmaligen Erlebnis machen. Linz verführt die Seminarteilnehmer in die ostpreußische Lyrik und Poesie. Bekannte und weniger bekannte Ostpreußen kommen durch die Seminarteilnehmer selbst zu Gehör: Johannes Bobrowski, Simon Dach, Ruth Geede, Johann Gottfried Herder, Arno Holz, Fritz Kudnig, Agnes Miegel, Kurt Mikoleit, Walter Scheffler alias Walter von der Laak.

„Singen auch heute mir oft in die Stille Trutzlied des Lebens, das betet und schafft. Red' ich, so redet der Heimatstadt Wille, schaff' ich, so handelt der Heimatstadt Kraft.“ (LO 1976: Scheffler in „Walter Scheffler – Leben und Werk“. Gedicht „An Königsberg“ (1924). S. 25) Nicht lexikografisch, sondern mit in der Familie aufgeschnappten Geschichtchen von Marjellen und Lorbass, entreißt Siegmund R. Fröhlich die Masurische Sprache dem Verschwinden hinter dem unbarmherzigen Mantel der Geschichte. Nach der nächtlichen zima-Schlittenfahrt (=Winter) vom Bahnhof zur großelterlichen gospodarka (Hof), immer den furchterregenden zjilk (=Wolf) im Nacken, begrüßt endlich seine bat-scha (Großmutter) ihr Enkel mit

einem köstlichen Nachtmahl. „Oma!, Oma!, Oma!“ (Ausruf für „Um Gottes Willen“) ist verstimmt. Der Listkasch (=Briefträger) bringt die Nozjiny (=gute Nachricht) zu allen Nachbarn.

Ännchen von Tharau, wer kennt es nicht? Gleichwohl zeigt Wolfgang Brandes mit den mäandrenden Verzweigungen seiner Lied-Geschichte, welch' Reichtum an Sprache, Melodie sowohl die „Anke van Tharaw öß“ als auch die Liebe bis heute bleiben, völkerverbindend und brückenbauend. Selbst Karl May gedachte ihr in „Orangen und Datteln“ 1894. Das Bauen von Brücken über Sprach-, Regional-, Kultur- und Religionsbarrieren gelingt mit grenzüberschreitenden, inter- und transdisziplinären Projekten, so wie es Sabine Grabowski mittels des von ihr initiierten deutsch-polnischen Projektes „Im Rücken der Geschichte – Verlorene Dörfer in Masuren“ und dem projektbegleitenden Doku-Film zeigt. Von der Natur bereits wiedereingehüllte Gräber rufen die aktiven Schüler und Studenten ebenso wie die Teilnehmer des Historischen Seminars zur historischen Wahrheitssuche auf, zur Vergebung und Versöhnung, damit die reiche Kulturlandschaft Ostpreußen eines Tages UNESCO-Kulturerbe würde und alle Kriegstreiber in ihre Schranken weist.

„Meine Seele summt den Ton“ noch heute. „Vergiss des Tages Streit“ möchte man laut gen Osten schreien. Günter H. Hertel

● **Univ.-Prof. Dr.-Ing. habil. Günter H. Hertel** ist Persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und Pressesprecher der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. Ein ausführlicher Bericht zu den Inhalten des Seminars wird auf der Internetseite der LO zu lesen sein. [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de)

## CHOLERA IN OSTPREUSSEN

## Rebellion gegen die Pandemie-Maßnahmen

Grenzsperrungen und Reiseverbote bei Androhung der Todesstrafe bei Zuwiderhandlung – In Königsberg kam es 1831 zum Aufstand

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen 1817 und 1923 kam es zu sechs Cholera-Pandemien, die ihren Ausgangspunkt in Asien hatten. Die zweite Welle traf dann auch Europa. In ihrem Verlauf starben solche bekannten Persönlichkeiten wie der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel sowie die preußischen Heeresreformer Carl von Clausewitz und August Graf Neidhardt von Gneisenau. In Preußen trat die bakterielle Infektionskrankheit des Darmes erstmals im Mai 1831 auf. Die Einschleppung erfolgte höchstwahrscheinlich durch Personen mit Kontakten zu den wegen des polnischen Novemberraufstandes zusammengezogenen russischen Truppen in der Nähe der ostpreußischen Grenze. Mitte Juli 1831 erreichte die Seuche Pillau und Memel sowie am 23. Juli schließlich auch Königsberg.

Zur Eindämmung der „Asiatischen Cholera“ hatte der preußische Staat zahlreiche Maßnahmen verfügt. Beispielsweise erging am 5. April ein Erlass bezüglich der Schaffung von „Sanitäts-Commissionen“ in jeder größeren Ortschaft. Dem folgten am 23. Mai Anordnungen zur Meldepflicht seitens der behandelnden Ärzte. Dazu kamen noch drastische Hygienevorschriften.

So sollten alle Erkrankten durch „Reinigungsknechte“ in Hospitäler gebracht und die Choleratoten schnell und ohne Anwesenheit der Hinterbliebenen beerdigt werden. Zudem gab es Grenzsperrungen und Reiseverbote, bei deren Missachtung sogar die Todesstrafe drohte. Gleichzeitig handelten die Behörden aber inkonsequent, indem sie die Transporte im Auftrag der russischen Armee weiter passieren ließen. Das führte zu vielfältigen Protesten. Der Direktor der Anatomischen Anstalt der Albertus-Universität Königsberg, Karl Friedrich Burdach, kritisierte ganz offen den „Unverstand“ vieler Anweisungen und meinte: „Es scheint ge-



Aus der Cholera-Pandemie von 1831 gelernt: Vor der Marienburg wurden 1905 als Vorsichtsmaßnahme gegen die Seuche Hütten auf den Flößen, die den Flößern als Unterkunft dienten, verbrannt  
Foto: SZ photo

fährlich, Verordnungen zu erlassen, von welchen vorauszusehen ist, dass sie nicht zur Ausführung kommen.“ Außerdem sagte der Mediziner „eine Gärung unter dem Volke“ voraus. Und die trat in Königsberg tatsächlich dann auch bald auf.

## Gerüchte um vergiftete Kranke

Der letzte Auslöser hierfür waren Gerüchte, dass die Ärzte keinen Finger rühren würden, um mittellose Erkrankte zu retten, oder diese gar vergifteten, weil sie vom preußischen König zwei bis drei Taler für jeden verstorbenen Armen erhiel-

ten. Ein „Beweis“ hierfür schien der Tod eines Zimmermanns aus Sackheim zu sein, der freilich nur deswegen das Zeitliche gesegnet hatte, weil er es nicht unterlassen konnte, die verordnete Einreibungstinktur auszutrinken. Als der Verstorbene am 28. Juli 1831 unter Einhaltung der geltenden Cholera-Regeln beerdigt werden sollte, entlud sich der Volkszorn gegen Ärzte und die Obrigkeit in spontanen Tumulten. Zunächst zogen mit Steinen und Knüppeln bewaffnete Haufen zum Neuen Friedhof, bevor sie dann in Richtung des Königsberger Schlosses so-

wie auf den Altstädtischen Markt vorrückten. Anschließend stürmte die eroberte Menge das Polizeigebäude und verwüstete die Wohnung des Polizeipräsidenten.

Daraufhin wurde das Militär der Garnison Königsberg alarmiert. Der Kommandeur des I. Armee-Korps, Generalleutnant Karl August Adolf von Krafft, versuchte die johlenden Aufständischen zu beruhigen, was aber ebensowenig fruchtete wie die Deeskalationsversuche des Chefs des 3. Kürassier-Regiments, Generalmajor Friedrich Freiherr von Wrangel. Den rissen die Auführer auf dem Altstädtischen

Markt um ein Haar vom Pferd, woraufhin er seinen Untergebenen den Befehl erteilte vorzurücken. Dagegen regte sich jedoch massiver Widerstand, weshalb die Soldaten das Feuer eröffneten. Aber selbst das führte nicht zum Erfolg.

## Studenten vertrieben Randalierer

In dieser explosiven Situation beschloss einige besonnene Bürger sowie rund 100 Studenten unter der Führung des Universitätsrichters Karl Eduard Grube, eigenmächtig für Ruhe und Ordnung zu sorgen: Die Gruppe bewaffnete sich mit Säbeln und Flinten und drang voll demonstrativer Entschlossenheit in das besetzte Polizeigebäude ein, wonach sie auch zahlreiche Randalierer in den übrigen Teilen der Stadt zerstreute oder festsetzte. Damit war der Königsberger Cholera-Aufstand praktisch beendet, was dazu führte, dass den Studenten höchste Anerkennung von Seiten des Staates zuteil wurde: Diese hätten freiwillig einer doppelten Gefahr getrotzt, nämlich dem „empörten Pöbel“ und der möglichen Ansteckung mit „einer furchtbaren Seuche“.

Die Volkserhebung forderte insgesamt acht Todesopfer: Während der Krawalle starben ein Student und sechs Insurgenten, zudem erlag einer der 16 schwer verwundeten Auführer später seinen Blessuren. Des weiteren zählten das Militär und die Gruppe um die Studenten 62 Verletzte. Darüber hinaus entstand ein Sachschaden von 14.660 Talern. Wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen kamen rund 500 Personen in Haft, von denen sich dann letztlich 151 vor Gericht verantworten mussten.

Die Cholerawelle von 1831 dauerte in Königsberg noch bis Ende September an. Dass sich die Krankheit am besten dadurch bekämpfen lässt, dass die Menschen den Genuss verunreinigten Trinkwassers vermeiden, fanden die britischen Mediziner John Snow und Arthur Hill Hassall leider erst 23 Jahre später heraus.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Glas verschönern wie vor hundert Jahren

Im Rahmen der Exkursionsreihe „Satelliten“ des Schlesischen Museums Görlitz stellen Künstler sich in den Orten ihres Schaffens vor

Künstler und Orte ihres Schaffens sind Stationen einer Exkursionsreihe in Niederschlesien, die vom Schlesischen Museum Görlitz im Rahmen des Projektes „Satelliten“ organisiert wird. Der Name „Satelliten“ fiel der Initiatorin dieser Reihe, Agnieszka Bormann, ein, weil die Künstler, um die es geht, meist Absolventen der Breslauer Kunstakademie sind. „Sie schwärmen aufs Land aus und wie Raumpioniere erschließen sie ihre neuen Orte, gestalten sie und ziehen andere mit“, erläutert sie. Für diese Künstler spiele die Geschichte ihrer Orte eine besondere Rolle. „Sie reflektieren, wo sie leben und wer vor ihnen dort war. Diese Auseinandersetzung mit den Umbrüchen, dem Bevölkerungsaustausch, der jahrelang verschwiegenen Vergangenheit, der Neuentdeckung und Neuerfindung der Orte – das alles lassen sie in ihr Schaffen einfließen“, betont sie.

Im höchstgelegenen Ort des Boberkatzbachgebirges, in Altenberg [Radzimowice] hat sich Marcin Zieliński niedergelassen. Der Glaskünstler, Bildhauer, Schleifer und Graveur wollte von Kindesbein an, wie sein Vater Konstanty, mit Glas arbeiten. „Mein Vater hat mich zu seinem Arbeitsplatz in die Graveurwerkstatt der Glashütte Sudety (Sudeten) mitgenommen. Das war in Rückers [Szczytina]“. Die-

se Glashütte produzierte um 1870 kunstvoll geschliffenes Kristallglas. Zieliński weist stolz auf eine Schleifmaschine, die noch von den Gründern der Glasschleiferei in Rückers, den Rohrbachs, signiert ist.

Als die alten Hütten zu kommunistischen Zeiten modernisiert wurden und viele dann nach der politischen Wende geschlossen wurden, machten sich Konstanty und Sohn Marcin auf, die Werkzeuge zu bewahren. Selbst ausgehärtete Glasfragmente aus den demontierten Öfen hatten die beiden gesammelt. „Mein Vater sagte: ‚Daraus werden wir Skulpturen schaffen‘. Und so habe ich diese schweren Glasbrocken nach Hause geschleppt. Zwei Tonnen. Das Glas stammte hauptsächlich aus den Hirschberger Optischen Werken. Dort, in der Rüstungsabteilung, wurden Visiere für russische Panzer produziert“, sagt er. „Mein Vater sagte: ‚Wenn Du es mit dem Glas ernst meinst, musst du anfangen, alte Glasbrocken zu sammeln.‘ Wir kauften die Bestände schließender Hütten auf und lagerten alles im Keller. Irgendwann hatte meine Mutter keinen Platz mehr für ihre Einmachgläser“, lacht er. Aus diesen Glasbrocken entstehen in seinem Glasatelier Skulpturen.

„Ich habe von den Besten gelernt: von meinem Vater, der wiederum bei Irena

Wędziogolska – einer Schülerin von Meister Ressler – lernte. Ressler war einer der allerbesten Graveure der 30er Jahre in Schlesien. Nach Kriegsende behielt man ihn in Breslau. Er musste erst einmal sein Können an einen Polen weitergeben. Es war Wędziogolska, der Ressler auch seine Werkstatt vermachte. Und diese Werkstatt sehen sie jetzt hier bei mir.“ In dieser findet man ausschließlich altes Werkzeug,

mit dem Graveure und Schleifer bereits vor hunderten Jahren gearbeitet haben.

Im 13 Kilometer von Altenberg entfernten Kleinhelmsdorf [Dobków] haben Krzysztof Rozpędowski und seine Ehefrau Ewelina das Gasthaus Villa Greta aus Ruinen erschaffen. Es ist eine Hommage an Krzysztofs Großmutter Margarethe, die einzige verbliebene Deutsche im Ort. Greta ist durch die Heirat mit einem Polen

nach Kriegsende nicht vertrieben worden. Sie lernte Polnisch und richtete sich so gut sie konnte in der neuen Ordnung ein.

Seit drei Jahren lebt und arbeitet auf dem Villa-Greta-Hof ein weiterer Enkel Gretas, Dawid Kowalski, aus Osnabrück. 2020 hat Kowalski aus einer Scheune eine Keramikwerkstatt geschaffen. Nun bietet er Kurse für Erwachsene und Kinder an und erzählt dabei auch die eine oder andere Anekdote über seine Oma. „Man sagte im Dorf, Greta wäre ganz besonders fromm gewesen. Ständig wollte sie beichten. Der Grund ihrer häufigen Beichtstuhlbesuche war, dass der Pfarrer im Dorf der einzige war, mit dem sie Deutsch sprechen konnte“, erzählt Kowalski. „Sie hat es nicht leicht gehabt, als einzige Deutsche im Ort“, aber sie habe aus ihrem Leben das Beste gemacht, und das versuchen ihre Enkel in der Villa Greta jetzt auch.

Zu solchen Menschen und Orten führt das Projekt „Satelliten“. Im Juli geht es ins schlesische Kummelwitz [Komorowice] und Wojslawitz [Wojslawice]. Im September dreht sich alles um Glas- und Keramikkunst zur Republik Polen gehörenden Teil der Oberlausitz. Informationen gibt es auf der Internetseite schlesisches-museum.de.

Chris W. Wagner



Arbeitet wie Graveure vor hundert Jahren: Glaskünstler Marcin Zieliński Foto:Wagner

## BLEIBENDE KUNST

## Der Bauhauskünstler Kurt Schwerdtfeger

Zwischen Höhenflug und Lehrverbot entstanden inspirierende Kunstwerke

VON MARTIN STOLZENAU

**K**urt Schwerdtfeger stammte aus dem Kreis Schlawe in Hinterpommern, wurde am Bauhaus in Weimar zum Künstler geprägt und sorgte hier mit seinen Reflektorisches Farbenlichtspielen für erstes Aufsehen. Er leitete später an der Werkstätte in Stettin die Bildhauerklasse, schuf als Bildhauer für Pommern beeindruckende Werke und wurde nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aus allen Ämtern und Museen entfernt. Erst nach dem II. Weltkrieg konnte sich Schwerdtfeger als Kunstprofessor in Niedersachsen neu etablieren und erneut deutsche Bekanntheit erreichen bis dahin, dass ihm der Deutsche Künstlerbund 1967 in Karlsruhe seine Jahresausstellung widmete. Inzwischen erlebte der Bauhauskünstler auch in Stettin mit der Aufstellung seines Vogelbrunnens und einer Ausstellung im einstigen Residenzschloss der Pommernherzöge eine beachtliche Wiederentdeckung.

Der Bauhäusler wurde am 20. Juni 1897 in Deutsch Puddiger geboren. Das ist ein Dorf im ehemaligen Kreis Schlawe in Hinterpommern an der einstigen Kleinbahnstrecke Schlawe-Pollnow-Sydow, das 1325 erstmals als Lehen eines Berndt von Heydebreck schriftlich erwähnt wurde und später bis 1945 als Gut im Besitz der Adelsfamilie von Blumenthal war. Es trägt jetzt den polnischen Namen Podgorki und gehört zur Woiwodschaft Westpommern. Schwerdtfeger gilt heute als bedeutendster Sohn des Dorfes, nahm nach dem Schulbesuch zunächst als Soldat am I. Weltkrieg teil. Er überlebte die ernüchternden Grabenkämpfe und studierte anschließend nacheinander in Königsberg und Jena Philosophie und Kunstgeschichte. Bei seinen Besuchen in Weimar erlebte er dann voller Begeisterung den künstlerischen Aufbruch des Bauhauses zu neuen



Der Vogelbrunnen im Rosengarten zu Stettin, ein ursprünglich 1928 angelegtes Rosarium in der Formsprache der klassischen Moderne. In der Nachkriegszeit lag alles brach, wurde jedoch bis 2007 wiederhergestellt. Neben derzeit über 100 verschiedenen Rosensorten findet man dort auch Skulpturen, Terrassen und eine Pergola. Der Garten liegt im Stadtteil Westend [Łękno] von Stettin

Ufern. Das war seine Welt. Deshalb wechselte Schwerdtfeger 1920 in die Bauhausstadt, bekam seine erste Orientierung unter Johannes Itten und studierte dann vor allem Bildhauerei. Bei der Auseinandersetzung mit neuen Formen und Inhalten kam es zu einem engeren Kontakt zum vier Jahre älteren Ludwig Hirschfeld-Mack, der aus Frankfurt am Main stammte und nach erster künstlerischer Unter- richtung durch Hermann Obrist sowie

Kriegseinsatz als Infanterieoffizier ab 1920 am Weimarer Bauhaus das Kunst- druckhandwerk studierte. Beide Bauhaus- studenten beschäftigten sich bald nebenbei auch mit den Vorstellungen von räumlicher Kunst und entwickelten gemeinsam Reflektorisches Farbenlichtspiele, die in- zwischen der „abstrakten filmischen Avantgarde“ zugerechnet werden.

Schwerdtfeger überzeugte auch mit seinen bildhauerischen Arbeiten und wur-

de nach dem erfolgreichen Abschluss als Bauhauskünstler 1925 von der Stettiner Werkschule für Gestaltende Arbeiten, die sich der modernen Kunst verpflichtet fühlte, als verantwortlicher Lehrer für die Bildhauerklasse übernommen. Der Bauhäusler erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen, prägte seine Schüler im Bauhausinne und schuf nebenbei zahlreiche Plastiken für Stettin, ganz Pommern und für Danzig. Er war Mitglied des Deutschen

Werkbundes, engagierte sich mit Gesin- nungsfreunden in der Künstlergruppe „Neues Pommern“ für eine moderne Kunstauffassung und erlebte dann ab 1933 die einschneidenden Veränderungen unter den Nationalsozialisten. Seine Werke wurden aus den Museen und dem öffent- lichen Raum entfernt. Dazu kam das Lehrverbot. Schon bei Kriegsbeginn wur- de der verdächtige Bauhäusler als Soldat eingezogen. Das war eine jahrelange Zä- sur. Jetzt ging es um das nackte Überle- ben. Schwerdtfeger überlebte auch seinen zweiten Krieg und wurde nach der Heim- kehr ins zivile Leben als „unbelasteter“ Künstler eingestuft. Mit seiner Bauhaus- Ausprägung und nachgewiesenen Erfol- gen in Stettin übernahm ihn die Pädagogi- sche Hochschule im niedersächsischen Alfeld bei Hildesheim als Professor für Bildende Kunst.

Schwerdtfeger erfüllte seine Lehrauf- gaben, schuf neue Plastiken im Modern- stil und engagierte sich im Deutschen Künstlerbund. Zwischendurch verfasste er auch fachwissenschaftliche Beiträge wie die Schrift „Bildende Kunst und Schu- le“. Er wurde 69 Jahre alt und starb am 8. August 1966 in Himmelsthür, einem Orts- teil von Hildesheim in Niedersachsen. Nach der ihm gewidmeten Jahresausstel- lung des Deutschen Künstlerbundes 1967 gab es weitere Ausstellungen mit seinen Arbeiten durch den Kunstverein. In Bad Salzdetfurth und dem Kunstverein in der nun polnischen Stadt Szczecin 2007. Par- allel kam es im Rosengarten des Stettiner Quistorp-Parkes zur Neuaufstellung von Schwerdtfegers Vogelbrunnen-Figuren mit den vorgestreckten Hälsen von vier Schwänen.

Schwerdtfeger schuf u.a. auch 1956 für die Gedenkstätte des Deutschen Ostens im Batterieturm in Schloss Burg die Skulptur „Flüchtlingsfamilie“. Hier fan- den zahlreiche Ostpreußen- und Pom- mern und Schlesiertreffen statt

## ZEITZEUGEN BERICHTEN

## Gastschülerin in Stargard

Kriegsereignisse zwangen zum Schulwechsel



Die Königin-Luise-Schule in Stargard vor 1945. Ihre Geschichte geht bis in das Jahr 1811 zurück. Das ursprüngliche Gebäude wurde zu klein, deshalb wurde in der Heiliggeiststraße ein neues Grundstück ge- kauft und ein Neubau errichtet, der am 20. April 1911 eingeweiht wurde. In einer erhaltenen Festschrift von 1937 kann die Geschichte nachgelesen werden.

Im Jahr 1943 nahmen die Terrorangriffe der Alliierten auf deutsche Städte gewaltig zu. Auch Stettin hatte einen besonders schweren Terrorangriff in der Nacht vom 20. zum 21. April 1943 erlebt. Im Sommer darauf wurde beschlossen, dass die unteren Klassen der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Oberschule (K.A.V) bis zur Untersekunda wegen der zunehmenden Luftgefahr nach Anklam evakuiert werden sollten. Meine Eltern entschlossen sich, mich nach Star-

gard zur Schule zu schicken. Obwohl Star- gard nur 35 Kilometer von Stettin entfernt lag, hatten die Schüler hier noch keine Ter- rorangriffe miterlebt und war 1943 eine heile, ruhige Stadt.

Stargard war nicht nur das „Rotenburg des Nordens“ und ein Eisenbahnknoten- punkt, sondern auch eine Schulstadt mit humanistischem Gymnasium, Oberlyze- um, Oberrealschule und Mittelschule. Von 1943 nach den Sommerferien bis Anfang Januar 1945 besuchte ich mit meiner Stet- tiner Klassenkameradin Jutta die Königin- Luise-Oberschule.

Im Gründungsjahr 1837 hieß diese Schule „Höhere Töchterchule“. Der Neu- bau der Königin-Luise-Oberschule war erst 1911 fertig gestellt worden. Die Schule lag im Goethepark. Der Direktor war zu meiner Zeit Dr. Nagel, sein Stellvertreter war der sehr beliebte Dr. Kroggel.

## Kriegsbedingt auch Schüler aus dem Rheinland

Die Königin-Luise-Oberschule hatte nicht nur Gastschüler aus der pommer- schen Hauptstadt, sondern auch viele aus dem Rheinland. Da auch die Mittelschule im Gebäude mit einquartiert und ein Teil des Gebäudes Lazarett war, gab es auch an dieser Schule Schichtunterricht im

wöchentlichen Wechsel. Von den Lehre- rinnen an dieser Schule habe ich die Deutschlehrerin Fräulein Prechel und die Mathematiklehrerin Frau Sendel in guter Erinnerung behalten. Fräulein Prechel gab uns den Rat: „Tut etwas für Euren Geist.“ Am Anfang der Woche versam- melten sich alle Schüler zur Andacht in der Aula.

Die Fahrerei nach Stargard war an- strengender als vorher nach Stettin. Es fuhr auch weniger Züge in diese Klein- stadt. Um 6 Uhr morgens ging es mit der Kleinbahn von Hökendorf nach Finken- walde und dort 6.45 Uhr weiter in Rich- tung Stargard. Wenn die Schule am Nach- mittag um 13:15 Uhr begann, waren die Fahr- schüler schon um 11:00 Uhr in Star- gard. Diese Schule besaß keinen Aufent- haltsraum extra für die auswärtig woh- nenden Schüler. Mit meiner Freundin Jutta habe ich mich in der Bahnhofsgast- stätte aufgehalten. Wir haben auch dort auf Marken Mittag gegessen. So manche Hausarbeit wurde hier zu Ende gebracht.

Am 10. Januar 1945 unternahm ich meine letzte Fahrt nach Stargard. Die Zü- ge waren überfüllt mit Flüchtlingen aus Ostpreußen. Der Krieg zerstörte jetzt nicht nur sinnlos, er nahm auch uns auch die Heimat. *Brigitte Kleczewsk*

## MUSIKGENUSS

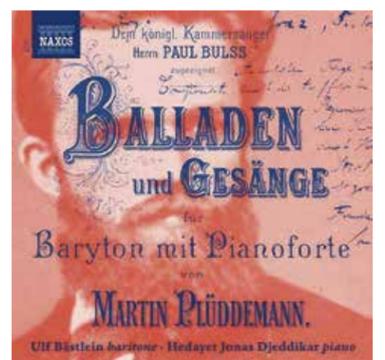
## Martin Plüddemann

Balladen und Gesänge

Die Werke des pommerischen Komponi- sten Martin Plüddemann (1854-1897) sind heute kaum noch bekannt. Der pommer- sche Reederssohn aus Kolberg war begeis- terter Anhänger der Balladenkompositio- nen von Carl Loewe und von Richard Wagners Musikdrama. In seinen eigenen Lied- und Balladenvertonungen wollte er eine Synthese zwischen den Musikstilen dieser beiden Komponisten schaffen. Zu Lebzeiten hatte er damit hin und wieder Erfolg, vermochte sich dann doch nicht durchzusetzen und geriet nach und nach in Vergessenheit.

Nun haben der Grazer Bassbariton Ulf Bästlein und der Pianist Hedayet Jonas Djeddikar insgesamt 31 Lied- und Balla- denvertonungen auf zwei CDs eingespielt und zeigen damit, wie mitreißend vieler dieser Werke noch heute sind. Die The- matik reicht von historischen Gescheh- nissen („Vineta“, „Loewes Herz“) über sagenhafte Ereignisse („Siegfrieds Schwert“, „Der Glockenguss von Bres- lau“, „Des Sängers Fluch“), fröhlich-un- beschwerten Stücken („Die Katzen und der Hausherr“, Uhlands „Graf Eberhards Weißdorn“) bis hin zu Goethe-Vertonun- gen („Ihr verblühet, süße Rosen“, „Die Legende vom Hufeisen“, „Ritter Kurts Brautfahrt“). Bästleins Bassbariton beein-

druckt mit perfekter Sicherheit in den ly- rischen wie dramatischen Stellen der Werke; Djeddikars Begleitung lässt eben- falls keine Wünsche offen. Beeindruckend auch das umfangreiche 74seitige Begleit- heft mit ausführlichen Informationen zu Plüddemanns Leben und Werk.



● Ulf Bästlein (baritone) und Hedayet Jonas Djeddikar (Piano): Balladen und Gesänge für Baryton und Pianoforte von Martin Plüddemann. 2 CDs. Naxos 8,551460-61.

# „Dieses Land hat über seine Verhältnisse gelebt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein bemerkenswerter Beitrag über E. T. A. Hoffmann. Nirgendwo sonst war zu lesen, wie global dieser Klassiker aus Königsberg ausgestrahlt hat. Danke dafür!“

**Dr. Heidrun Köhler-Strutz, Beckum**  
zum Thema: Ein Königsberger  
Universalgenie (Nr. 25)



Ausgabe Nr. 25

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## IN EINEM TEUFELSKREIS

ZU: DIE EZB HAT VOR DER INFLATION KAPITULIERT (NR. 25)

Politiker und Wirtschaftsexperten sind sich weitgehend einig in ihrer Prognose, dass der Bundesrepublik sehr harte Zeiten und möglicherweise sogar eine schwere Wirtschaftskrise bevorstehen.

Die Ursache liegt hauptsächlich im Krieg in der Ukraine und den daraus resultierenden bekannten Folgen. Aber nicht ausschließlich. Dieses Land hat viele Jahre „gut und gerne“ über seine Verhältnisse gelebt.

Im Vertrauen darauf, dass der Wohlstand unendlich sei, wurde das Tafelsilber, das eigentlich für die kommenden Generationen bestimmt war, insbesondere in Form von überbordenden Sozialleistungen, aber auch durch den Ausverkauf von zukunftsträchtigen Betrieben und des damit verbundenen Knowhows an China, verscherbelt und Investitionen in die Zukunft unterlassen.

Der Mangel an gut qualifizierten Fachkräften, vor allem im Handwerk, nimmt mittlerweile dramatische Formen an. Vor einigen Jahren verband die Regierung mit der Aufnahme von weit mehr als einer Million junger Flüchtlinge die Hoffnung, dadurch den Fachkräftemangel entgegenwirken zu können.

Aber nach rund sieben Jahren ist Ernüchterung eingetreten. Die Zuwanderung erfolgte weit überwiegend in die Sozialsysteme. Die Zivilbevölkerung hat offensichtlich noch nicht richtig verinnerlicht, vor welchen Herausforderungen dieses Land steht. Es droht ein ökonomischer „Klimawandel“ und eine langanhaltende wirtschaftliche Dürreperiode.

Deutschland steckt in einem Teufelskreis. Die seit Jahren zunehmende Arbeitsverdichtung fordert unter anderem aufgrund des Fachkräftemangels ihren Tribut in Form von steigenden Krankheitsbedingten Ausfällen.

Die bestehende Arbeit verteilt sich dadurch zusätzlich auf immer weniger Köpfe. Der Urlaub stellt für viele Arbeitnehmer nur noch eine Flucht vor dem Alltag

dar, ohne dass mit ihm die nötige Erholung einhergehen würde. Früher war nicht alles besser. Aber die Menschen richteten sich überwiegend nach dem, was ihnen an finanziellen Mitteln zur Verfügung stand.

Jeder Unternehmer weiß: Wer sparsam und vernünftig wirtschaftet, muss sich nicht ständig abmühen, dass mehr Geld hereinkommt. Das Leben könnte wesentlich entspannter gestaltet werden.

Alfred Kastner, Weiden

## ENDSPIEL GEGEN BJÖRN HÖCKE

ZU: WAR'S DAS FÜR DIE AFD?  
(NR. 25)

Einigen kritischen Aussagen des Kommentars kann ich durchaus zustimmen. Doch wenn PAZ-Chefredakteur René Nehring fragt, ob sich Bürgerliche noch in der AfD engagieren sollen, mag man zurückfragen, ob denn die CDU jetzt so verlockend ist? Die Union ist in allen Ländern auf Kurs Schwarz-Grün. Sie bietet sich den Grünen an, Merz macht jetzt sogar den Weg für eine Frauenquote frei. Das Merkel-Erbe besteht weiter fort. Eine „Alternative“ zur nach links gerückten Union ist weiterhin notwendig.

In der AfD gibt es erhebliche Probleme, und der schlechende Zuwachs an Einfluss des Lagers um Björn Höcke ist gefährlich, weil er bürgerliche Konservative abschreckt. Höcke ist für viele ein „rotes (braunes?) Tuch“ und würde die Partei im Westen so viele Prozente kosten, dass sie unter die Fünfprozenthürde sinken dürfte. Die linken deutschen Medien lieben Höcke deshalb, weil er der Garant dafür ist, dass die AfD weiter am Rand marginalisiert und ausgegrenzt bleibt.

Auch einige der Personen, die in Riesa in den Bundesvorstand gewählt wurden, verursachen große Bauchschmerzen. Aber das chaotische Ende des Parteitags, nachdem der Höcke-Flügel noch eine radikale Resolution unbedingt durchdrücken wollte, hat hoffentlich die Führung Chrupalla-Weidel aufgeweckt. Höcke hat alle Appelle an Einigkeit gleich wieder durchkreuzt und ist dem neuen Bundes-

vorstand in rücksichtsloser Weise in den Rücken gefallen.

Chrupalla und Weidel muss klar sein, dass sie in einem Endspiel gegen Höcke sind. Verlieren sie das, dann wäre die Partei tatsächlich am Ende. Die West-Landesverbände, die ja in der Summe fast dreimal so viele Mitglieder haben wie die fünf Ost-Landesverbände, müssen endlich aufwachen und dem Höcke-Spuk ein Ende bereiten. Sonst gerät die „Alternative“ wirklich völlig ins Abseits.

Ewald Heumann, Düsseldorf

## JEDEM DAS SEINE?

ZU: AUFGESCHNAPPT (NR. 24)

Wenn alles, was auch einmal die Nationalsozialisten thematisiert haben, getilgt werden soll, dann müssten neben vielen anderen auch die Begriffe *Naturschutz* und *Tierschutz* verschwinden, denn beide wurden seinerzeit von der NS-Regierung gesetzmäßig verankert.

Was nun das „Suum cuique“ (Jedem das Seine) angeht, so dürfte interessant sein, dass dies der Wahlspruch im Wappen von Windhoek, der Landeshauptstadt Namibias, ist. Der Entwurf stammt von Helmut Lewin, einem deutschen Architekten sowie Porträt- und Landschaftsmaler, der 1926 nach Südwestafrika auswanderte, wo er in den 1930er Jahren kurzzeitig auch Stadtbaumeister von Windhoek war. In diese Zeit dürften seine Pläne für das Stadtwappen fallen, wenn gleich sich das genaue Jahr nicht mehr feststellen lässt. Lewin wurde 1940 in Südafrika interniert, 1944 nach Deutschland repatriert, ging aber 1949 schon wieder nach Südwestafrika, wo er 1963 in Swakopmund starb.

Das Wappen zeigt eine *Aloe littoralis*, wie sie in den Bergen um Windhoek häufig vorkommt. Die drei Blüten stehen für die ursprünglichen Amts- beziehungsweise Landessprachen Afrikaans, Deutsch und Englisch. Die Krone auf dem Wappen symbolisiert die Alte Feste in Windhoek, das älteste Gebäude der Stadt, das während der deutschen Kolonialzeit in den

Jahren von 1890 bis 1915 als Hauptquartier der Schutztruppe diente.

Das Wappen lehnt sich übrigens an das Familienwappen des Curt von François an, der 1890 als Landeshauptmann und Kommandeur der Schutztruppe die Stadt gründete. Zusammengenommen wären dies eigentlich Gründe für die Regierung Namibias und den Stadtrat von Windhoek, die ja bestrebt sind, möglichst alle Spuren der deutschen Kolonialzeit zu löschen, das „historisch belastete“ Wappen der Landeshauptstadt durch ein neues zu ersetzen. Doch daran hat man bisher nicht gedacht und denkt auch in Zukunft nicht daran, ist doch das Wappen fest in den Köpfen schwarzer, weißer und brauner Namibier „verankert“.

Daran würde sich vermutlich selbst dann nichts ändern, wenn sie wüssten, dass der Wahlspruch auch von den Nationalsozialisten genutzt wurde. Auf solche Gedanken kommt man nur in Deutschland – und das mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende der NS-Herrschaft. Wolfgang Reith, Neuss und Kapstadt

## FALSCH PRIORITÄTEN

ZU: MOLOCH BESCHAFFUNGSAMT  
(NR. 23)

Man hat sich geeinigt – was für ein Wahnsinn! Schon jetzt liegen die Militärausgaben der NATO bei 1,175 Billionen Dollar. Russland gibt im Vergleich dazu 66 Milliarden Dollar aus. Da stellt sich die Frage, wie der Verteidigungsauftrag noch besser erfüllt werden soll. Schon jetzt ist die NATO Russland haushoch überlegen.

Sollte Russland, was ziemlich ausgeschlossen ist, uns angreifen, würde der Bündnisfall eintreten. Das würde zur atomaren Katastrophe führen. Gerade von der SPD wäre die Politik der friedlichen Koexistenz im Geiste Willy Brandts und Egon Bahrs angebracht. Ich finde es unwahrscheinlich, dass jetzt das Sondervermögen für die Bundeswehr im Grundgesetz festgeschrieben wird. Daran sieht man, wo in dieser Regierung die Prioritäten liegen. Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

ADELSWELT

# Eine modern frisierte Sisi

Am Ende sind die Haare ab – Ein neuer Film über Elisabeth von Österreich dekonstruiert das gewohnte Bild der Kaiserin

VON SILVIA FRIEDRICH

Sisi-Verehrer, die sich das zucker-süße Image der österreichischen Kaiserin im Kinodreiteiler aus den 1950er Jahren erhalten möchten, sollten einen Bogen um den in dieser Woche gestarteten neuen Kinofilm „Corsage“ machen. Denn wer die neue „Sisi“-Darstellung der österreichischen Regisseurin Marie Kreutzer sieht, wird Kaiserin Elisabeth, meisterhaft gespielt von der luxemburgischen Schauspielerin Vicky Krieps, für immer mit anderen Augen betrachten müssen.

Das Romy-Schneider-Idyll der Nachkriegszeit wird gewissermaßen neutralisiert. Doch wer ins Kino zu gehen wagt, wird trotzdem reichlich belohnt. So nah ist bisher niemand der Kaiserin gekommen, die, wie der Film verdeutlicht, doch einfach nur als empfindungsreiche Frau gesehen werden wollte und nicht als maskenhaft erstarrte Kultfigur, die von allen nur neugierig bestaunt wird. Schon bei diesem Aspekt zeigen sich die Aktualität des Films und Parallelen zur Gegenwart. Berühmtheiten der Gegenwart müssen sich tagtäglich damit abfinden, dass ihr Leben in der Öffentlichkeit stattfindet, und nicht wenige der „Personen öffentlichen Interesses“ gehen daran kaputt.

Kreutzer beleuchtet einen Abschnitt im Leben der Kaiserin, der nichts mehr mit dem jungen Mädels aus Bayern zu tun hat. Stattdessen stellt er die reife Frau von 40 Jahren in den Mittelpunkt. In diesem Alter, so heißt es, sei eine Frau aus dem Volk im 19. Jahrhundert bereits am Ende ihrer Lebenserwartung angelangt gewesen.

Weihnachten 1877 begeht Sisi ihren „hochbetagten“ Geburtstag mit einer prunkvollen Feier, an der sie am liebsten nicht teilnehmen möchte und unter der sie eher leidet. Die Gäste singen ein Geburtstagslied und wünschen ihr: „Schön soll sie bleiben!“ Nur darum geht es in ihrem Leben: repräsentieren, den Mund halten, jung und schön bleiben. Die wissbegierige und intelligente Frau erstickt beinahe an diesem Erwartungsdruck, was sich nicht nur am Filmtitel „Corsage“, sondern auch am historisch belegten und im Film gezeigten Tagesablauf zeigt.

Ein selbstauferlegter, starrer Tagesplan bestimmt ihr Leben, bestehend aus Sport treiben, hungern und Schönheits-



Wächst über sich hinaus: Sisi (Vicky Krieps) kommt sich bei Hofe vor wie in einem Puppenheim

Foto: Robert Brandstätter/Alamode Film

pflüge. Tägliches Wiegen und Messen der Taille gehören ebenso dazu wie zwei dünne Scheiben Orangen zum Abendessen oder klare Suppe. Wann immer sie ihren Mann, Kaiser Franz Joseph, dargestellt von Florian Teichtmeister, zum politischen Geschehen befragt, blockt dieser rigide ab. Sisi soll repräsentieren, dafür habe er sie ausgesucht.

## Sisi im Heroinrausch

Der Kaiser muss klingeln, wenn er seine Frau besuchen möchte. Sie leben in getrennten Apartments. Wer sich mit Sisi-Biografien beschäftigt hat, weiß das natürlich schon. Es im Film zu sehen, ist eine andere, eher befremdliche Sache. Während Elisabeth in einer Szene ihren Vetter, König Ludwig II. von Bayern, in ihrer separaten Schlosswohnung beherbergt und ihn in die Geheimnisse des willkürlichen „In-Ohnmacht-Fallens“ einweiht, steht „F.-J.“, wie sie ihren Angetrauten despektierlich zu nennen pflegt, wartend vor der Tür und läutet. Ob seine Gemahlin diesmal die Tür öffnet, ist unsicher. Meist geht er nach einer Weile des Wartens davon.

Eine romantische Vorzeige-Ehe sieht anders aus.

„Mit einem Kilo Blech auf dem Kopf rumstehen und sich begaffen lassen“, hasse sie, lässt Sisi wissen und erklärt ihrem Gatten später, warum sie schon wieder mittels einer vorgetäuschten Ohnmacht aus einer solchen Situation geflohen war. Als Sisi nach einem Disput mit ihrem Ehemann im Zimmer der erstgeborenen, als Kleinkind verstorbenen Tochter Sophie deren Konterfei an der Wand betrachtet, sagt sie wie zu sich selbst: „Hauptsache, wir hinterlassen ein schönes Bild.“

Ihr Widerstand wächst, Selbstmordgedanken kommen auf, und nur die vielen Reisen, um dem höfischen Geschehen zu entfliehen, lassen sie dieses Leben ertragen. Um ihren Depressionen entgegenzuwirken, verabreicht ihr ein Arzt Heroin mit den Worten: „Ein Mittel, das gänzlich harmlos ist und beruhigend wirkt.“

Der Film ist an einigen Stellen nicht historisch korrekt, doch das sei gewollt, lässt die Regisseurin wissen. Häufig gibt es Brüche, auch musikalischer Art, wenn moderne Poplieder eingespielt werden

oder technische Neuerungen gezeigt werden, die es damals noch nicht gab. So verweisen diese Stilmittel auf das Heute. Wenn es nur historisch um die Probleme der Kaiserin gegangen wäre, hätte es Kreutzer nicht interessiert. Etliche der angerissenen Problematiken sind hochaktuell, da sie auch Frauen von heute betreffen. Noch immer sollen diese hauptsächlich schön, jung und perfekt sein.

Historisch korrekt jedoch ist, dass die Kaiserin sich ab dem 32. Lebensjahr nicht mehr fotografieren und sich bei offiziellen Anlässen durch eine Hofdame mit Schleier im Gesicht vertreten ließ. Spannend findet Kreutzer, dass diese Frau vor aller Augen verschwunden ist und ihr Gesicht nicht mehr zeigen wollte. Diese Geschichte habe in ihr die Drehbuchhandlung entstehen lassen.

In diesem Film erhält Sisi einen völlig neuen Ausweg. Sie selbst entledigt sich ihrer meterlangen Haare, was „F.-J.“ so kommentiert: „Als wäre ein Teil von dir gestorben.“ Elisabeth darf öffentlich rauchen, zeigt sogar der Gesellschaft den Mittelfinger (was damals sicher nur wenige Damen von Rang kannten) und endet schließlich anders als im wahren Leben.

Der Zuschauer fühlt von Beginn an mit der klugen Frau mit und wünscht dieser, dass sie sich aus dem Korsett für immer befreien kann. Dank dieser neuen Sicht auf die unbekanntesten Seiten der Sisi ist letztlich ein gelungener Film entstanden, der die 50er-Jahre-Filme aber keineswegs in den Schatten stellt.



Filmposter von „Corsage“

## IM PARK FRIEDRICHS DES GROSSEN

# Die sprechenden Bäume von Sanssouci

Im August findet zum 23. Mal die Potsdamer Schlössernacht statt – Parkwächter sind um Baumbestand wegen Trockenheit besorgt

Auch der Park Sanssouci ist von der seit Jahren zu beobachtenden sommerlichen Dürre bedroht. Wie die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) mitteilt, ist der alte Baumbestand durch Trockenheit und Hitze akut bedroht und sterbe langsam ab. „Schon jetzt ist klar, dass sich die Parkbilder stark verändern werden“, erklärt Ralf Kreutz, Parkrevierleiter in Sanssouci.

In den Parks der SPSG stehen rund 80.000 Bäume, davon viele älter als 100 Jahre. Vor allem diese alten, bis zu 30 Meter hohen Bäume sind akut von anhaltendem Wassermangel bedroht. Ihre Wurzeln liegen in einer Tiefe von 1,50 bis 1,80 Metern. Diese Erdschichten befinden sich knapp oberhalb des Grundwassers und sind durch den fehlenden Regen der letzten vier Jahre extrem ausgetrocknet.

Die alten Bäume können die Äste der eigenen Krone nicht mehr mit Wasser versorgen, der Baum stirbt von oben nach unten langsam ab. Zudem sind die geschwächten Gehölze weniger widerstandsfähig gegen Schädlinge und heftige Stürme. So brachen alleine in diesem Frühjahr bei heftigen Unwettern 122 Bäume in den Parks der SPSG vollständig um, 38 Mal brach die Baumkrone aus.

Die Garten-Teams der SPSG entfernen mehrmals im Jahr die absterbenden Äste in den Baumkronen. In vielen Fällen wurden Bäume stark zurückgeschnitten, in der Hoffnung, dass sich diese revitalisieren. Größere Lücken im Park, die unter anderem durch Windbruch entstanden sind, bepflanzen die Gärtner mit selbstgezogenen Setzlingen. „Wir gehen im Moment davon aus, dass die nachwachsenden



Der Spiegel-Prinz auf der Schlössernacht

den Bäume, die sich hier selbst ausgesamt haben, Hitze und Trockenheit besser aushalten können“, so Kreutz.

Trotz allem wird die Potsdamer Schlössernacht am 19. und 20. August wie gewohnt im Park Sanssouci stattfinden. Mit vielen tausend Gästen ist eine der größten Veranstaltungen im UNESCO-Welterbepark. Erwartet werden tausende nationale und internationale Gäste. In diesem Jahr bekommen sie erneut sogenannte sprechende Bäume geboten. Diese Attraktion entstand aus einem Wunsch der Garten-Teams der SPSG und wurde 2021 aus einer Idee des Veranstalters zum ersten Mal umgesetzt. An ausgewählten Orten kann das Publikum den „Erzählungen eines alten Baumes“ lauschen.

Die Schlössernacht ist bemüht, ihren ökologischen Fußabdruck im Park so

klein wie möglich zu halten. Unter anderem wird das traditionelle Feuerwerk durch ein Leuchtspektakel, bestehend aus Projektionen, Illuminationen, Lasern und Performance, ersetzt, das mehrfach am Abend stattfindet. Dadurch wird die CO<sub>2</sub>- und Feinstaub-Emission reduziert und auch auf die Brandgefahr durch anhaltende Trockenheit reagiert.

Dank innovativer LED-Technik sank der Stromverbrauch für die Wegebeleuchtung im Vergleich zu den Vorjahren zudem um 89 Prozent. Der jetzige Verbrauch entspricht dem von vier Wasserkochern pro Tag. Beim Cateringkonzept setzt die Schlössernacht auf regionale Anbieter, saisonale Zutaten mit einem veganen und vegetarischen Angebot. SPSG/H. Tews

● [www.potsdamer-schloessernacht.de](http://www.potsdamer-schloessernacht.de)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Zwei Teile eines Landes

Im Jahr 1980 war Deutschland noch ein geteiltes Land zwischen Rüstungswettlauf, Friedenssehnsucht und ökologischer Erneuerung. Gleichzeitig zeichnete sich eine Aufbruchstimmung ab, die einen Kreativitätsschub in allen Kunstgattungen befeuerte.

Der Ausstellungs-Band zur Ausstellung „Deutschland um 1980. Fotografien aus einem fernen Land“ zeigt künstlerische Fotos in Farbe und Schwarz-Weiß, die Fotografen wie Angela Neuke, Gerd Danigl, Hans-Martin Küsters, Ingolf Thiel, Mahmoud Daboub, Martin Langer und Barbara Klemm in beiden Teilen Deutschlands aufgenommen haben. Die Aufnahmen geben nicht nur das Zeitkolorit der frühen 80er Jahre wieder, sondern auch die Gegensätze zwischen beiden Teilen Deutschlands. Die Ausstellung ist noch bis zum 14. August im LVR-Landesmuseum Bonn – Rheinisches Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte zu sehen. **MRK**



„Deutschland um 1980. Fotografien aus einem fernen Land“ Hirmer Verlag, München 2022, gebunden, 256 Seiten, 39,90 Euro



## Freizeit auf Hamburgs Flüssen

Insgesamt 85 Nebenflüsse von Elbe und Alster sowie zahlreiche Bäche ziehen sich durch die Stadt, die wegen ihrer Kanäle auch „Venedig des Nordens“ genannt wird

FOTO: IMAGO/AGEFOTOSTOCK

**Wertvolle Tipps** Dass Elbe und Alster durch Hamburg fließen, weiß jedermann. Doch dass es zahlreiche Nebenflüsse, Kanäle und Bäche gibt, schildert die Journalistin Christine Lendt in dem Buch „Hamburg fließt ...“

und verrät die Geheimnisse der verborgenen Winkel entlang der Gewässer. Berufsfotograf Michael Zapf lieferte die zahlreichen Fotos seiner Heimatstadt zu den einzelnen Artikeln. **MRK**

**Christine Lendt/Michael Zapf: „Hamburg fließt ... Alle Flüsse, Quellen und munteren Bäche“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2022, broschiert, 240 Seiten, 18 Euro

## GESCHICHTE

## Widerstand gegen das NS-Regime im Osten

Der Tagungsband einer Veranstaltung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ zum Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 bietet tiefe Einblicke in den inneren und äußeren Kampf von Adeligen, Militärs und Kirchenvertretern

VON BÄRBEI BEUTNER

Im Oktober 2019 fand in Göttingen zum 75. Jahrestag des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944 eine Tagung der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“ statt. Es ging um den Widerstand gegen Hitler in Ost- und Westpreußen, Pommern sowie im Baltikum. Nun ist der Tagungsband „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten. Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale“, herausgegeben von Ernst Gierlich und Hans-Günther Parplies, erschienen.

Der Tagungsband bietet neben der zentralen Thematik des Widerstandes einen Überblick über Geschichte und Sozialstruktur des damaligen deutschen Ostens. Wer sich über die Adelsfamilien Ostpreußens, über die Lehndorffs, Dohnas, Dönhoffs, Yorcks, Moltkes informieren möchte, findet reichlich Material.

Die Widerstandskämpfer gerieten in den Konflikt zwischen Staatstreue und preußischem Patriotismus sowie ihrer Gewissensentscheidung angesichts der Verbrechen der neuen Machthaber. Zunächst gab es sowohl beim Adel wie auch beim Militär und bei den Kirchenvertretern die Erwartung, sich mit der neuen Regierung arrangieren zu können. Konservative und preußisch geprägte Werte sah man sogar bestätigt, um dann meist schon in den 1930er Jahren die Gefahr zu erkennen.

„Persönlichkeiten“ und „Schicksale“ werden beeindruckend nahegebracht. Unter den Opfern des 20. Juli finden sich die

Namen des pommerschen Adels (von Zitewitz, von Puttkammer, von Putbus, von Borcke). Allein in Pommern wurden 55 evangelische Pfarrer zu Blutzügen der Bekennenden Kirche. Der ermländische Bischof Maximilian Keller, vorgestellt von Rainer Bendel, wehrte sich nach anfänglicher Zustimmung erfolgreich gegen eine Zusammenarbeit mit Gauleiter Koch. Horst Mühleisen entwirft ein bewegendes Psychogramm von Generalmajor Hellmuth Stieff, Berufssoldat und Patriot, der sich nach schweren inneren Kämpfen den „Verschwörern“ anschloss. Am 8. August 1944 wurde er in Plötzensee zum Märtyrer.

**Doppelte Bedrängnis**

In eine doppelte Bedrängnis geriet Ulrich Sporleder, Offizier und Theologe, „Soldat für Führer, Volk und Vaterland“ sowie zugleich Angehöriger der Bekennenden Kirche. Rainer Zacharias schildert einen erschütternden Lebensweg.

Sehr lesenswert ist der Beitrag über Carl Friedrich Goerdeler von Barbara Kämpfert. Auch ausgewiesene Goerdeler-Kenner finden hier neue Aspekte.

Wladimir Gilmanow analysiert „Das letzte Wort von Peter Yorck von Wartenburg – Zur Theologie des Widerstands“. Er sieht den Widerstand gegen Hitler in der „ostpreußischen Geisteshaltung“ begründet, die sich in Kant und Hamann manifestierte, ja sogar als den biblischen Kampf zwischen der Ursünde der Verführung („Ihr werdet sein wie Gott“) und der

Erlösung durch den Geist Christi. Den „Widerstandsmärtyrern“ schreibt er den Sieg über den Tod und die Todesangst zu und damit eine „völlige Wandlung“ zu „einer neuen Kreatur“.

Für Germanisten hält der Tagungsband ein besonderes Geschenk bereit. Karol Sauerland stellt Edzard Schaper vor, Frank-Lothar Kroll und Werner Bergengruen. An dem Lebensweg beider Autoren lässt sich das Schicksal der Deutschbalten im 20. Jahrhundert ablesen. Besonders Bergengruen als Schriftsteller der „inneren Emigration“ im Unterschied zur „Exilliteratur“ findet, so wie Erich Kästner und Ernst Wiechert, in der Forschung heute eine internationale Beachtung.

Nicht zuletzt sei der Beitrag „Zur Rechtfertigung des Tyrannenmordes“ von Gilbert H. Hornig empfohlen, ein Geschichts- und Rechts-Curriculum von der Antike bis zur Aufklärung, ein gutes Nachschlagewerk zur Definition des Tyrannen sowie zu unterschiedlichen theologischen und staatsrechtlichen Positionen.

**Ernst Gierlich/Hans-Günther Parplies (Hg.): „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten. Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale“**, bebra Verlag, Berlin 2022, 242 Seiten, 34 Euro



## HISTORISCHER ROMAN

## Robert Koch in der Hansestadt

Ralf Günther schreibt in seinem Roman „Arzt der Hoffnung“ über den Cholera-Ausbruch in Hamburg und die Bekämpfung der Epidemie

VON ANGELA SELKE

Der Entdecker des Tuberkulose-Erregers, Robert Koch, wird im Sommer 1892 im Auftrag des Kaisers von Berlin aus nach Hamburg geschickt, um sich dort der Eindämmung des Cholera-Erregers anzunehmen. Bisher gab es eine harmlose Variante, aber nun sterben die Infizierten innerhalb eines Tages an der Krankheit. Koch macht sich auf den Weg zum Hamburger Krankenhaus in St. Georg. Dort liegen mehrere Erkrankte, für die jede Hoffnung auf Rettung vergebens erscheint. Der Arzt legt diverse Proben des Hamburger Trinkwassers an und entdeckt, dass der Erreger darin in hohem Maße vorhanden ist.

Er versucht, den Hamburger Senat davon zu überzeugen, die Bevölkerung über seine Erkenntnisse zu informieren. Dieser hat allerdings zunächst die Wirtschaft der Stadt im Blick und will nicht in eine seiner Ansicht nach unbegründete Panik verfallen. Als der stellvertretende Senatspräsident Gerhard Hachmann selbst fast der Cholera zum Opfer gefallen wäre, ist Hamburgs Führung endlich bereit, der Bevölkerung Hygieneratschläge zu erteilen.

Besonders im Hamburger Gängeviertel herrscht eine unzumutbare Verschmutzung durch Fäkalien. Ein Kollege Kochs, der Eppendorfer Arzt Karst, findet heraus, dass die Infusion von Kochsalzlösung die Menschen retten kann. Das Cholera-Bazillus verursachte eine tödliche Austrocknung des Körpers innerhalb von einigen Stunden.

Der Grund für die Ausbreitung des Erregers wird dann auch bald gefunden. Anders als in Altona, wo fast niemand erkrankt ist, wurde in Hamburg daran gespart, die Filteranlage für Trinkwasser richtig auszustatten. So war es nicht ungewöhnlich, wenn neben gesundheitsgefährdenden Erregern selbst kleine Fische ins Trinkwasser gelangten. Von der Wasserverschmutzung war kein Hamburger ausgeschlossen.

In seinem Roman „Arzt der Hoffnung“, den Ralf Günther vor Ausbruch der Corona-Pandemie geschrieben hat, kommt der Hamburger Zeitgeist gut zum Ausdruck. Unter anderem wurde damals die moderne „Ehe“ von Koch mit einer jungen Frau als unziemlich angesehen. Interessant und auf Tatsachen basierend wird die Epidemie dargestellt, sodass der Leser sich alles sehr gut bildlich vorstellen kann. Besonders in Anbetracht der Corona-Pandemie lassen sich viele Parallelen bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit entdecken, die auch heute wieder Anwendung finden. Günther stammt aus Köln und hat bereits einige historische Romane geschrieben.



**Ralf Günther: „Arzt der Hoffnung“**, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, Taschenbuch, 315 Seiten, 12 Euro

MEMEL

# Postamt wird nationales Kulturdenkmal

Das um das Jahr 1790 im Stil der Neogotik errichtete Gebäude soll ein multifunktionaler Kulturraum werden

VON CHRISTOPH RIECKERT

Das an der Alexanderstraße/Lindenstraße (Liepų gatve) gelegene Postamt in Memel wurde auf den Vorschlag des litauischen Kulturministeriums hin in die Liste der historischen, archäologischen und kulturellen Objekte von nationaler Bedeutung aufgenommen. Dies hat neben der ideellen auch eine materielle Bedeutung: Mit der Aufnahme des Postamtes in die Liste der Kulturdenkmäler soll sichergestellt werden, dass der Erhalt des Gebäudes für kulturelle Bedürfnisse der Öffentlichkeit Priorität bekommt.

Schon lange suchte die Stadt nach einem Investor, um das Gebäude zu nutzen und den Erhalt zu sichern. Dies gelang jedoch nicht. Die seit 2017 geplante Versteigerung des Gebäudes musste erfolglos abgebrochen werden. Das Kulturministerium bemüht sich nun gemeinsam mit der Stadtverwaltung von Memel [Klaipėda], die die Gebäude des Postamtes Memel von dem 1918 gegründeten größten litauischen Postunternehmen AB Lietuvos Paštas übernehmen will, darum, dass dieses wichtige Kulturdenkmal ordnungsgemäß restauriert und instandgehalten sowie einer attraktiven öffentlichen Nutzung zugeführt wird.

Das aktuelle Postgebäude ist nicht das erste Postamt an dieser Stelle. Als 1866 wegen des stark gestiegenen Postaufkommens das alte Gebäude an der Börsenstraße zu klein wurde, zog man in das um 1790 gebaute Haus Alexanderstraße 5/6. Dieses gehörte dem Großkaufmann und Reeder Johann Georg Argelander, danach hat es der Kaufmann Rußlis erworben, von dessen Nachfolger hatte es im Jahr 1841 der Staat als Landratsamt übernommen. 1866 richtete man dort den Landespostdienst unter Postdirektor Milstrich ein. Im Jahr 1888 wurde dieses historische Haus abgerissen und durch einen Neubau des Architekten Schoede ersetzt.

Zur festlichen Eröffnung des nördlichsten Post- und Telegraphengebäudes Deutschlands am 16. Oktober 1893 war sogar der Generalpostdirektor des Deutschen Reiches, Staatssekretär Wilhelm von Stephan, anwesend. Bis dahin war das Postamt vorübergehend an der Dange, neben dem Börsengebäude untergebracht (beide Gebäude wurden durch Bombardements 1944 zerstört – jetzt befindet sich dort der Dangepark).

## Eröffnung im Jahr 1893

Das Postamt von Memel ist ein Gebäudekomplex im neogotischen Stil, das aus drei Teilen besteht: einem zweistöckigen Postamt mit Mansarden, zu beiden Seiten davon zwei einstöckige Gebäude. In einem davon befanden sich einst das Lager und der Pferdestall, in dem anderen wurden die Kutschen aufbewahrt. Die Gebäude wurden aus roten Klinkern errichtet, mit grüner Glasur bedeckte Keramikdetails zieren die Sockelgesimse, die Spitzen der Giebel und Zaunpfosten. Das Ensemble trägt Anzeichen von drei Stilrichtungen, vorherrschend ist jedoch die Neogotik: hohe durchbrochene und Staffelgiebel mit spitzbölgigen Öffnungen und Nischen, drei- und vierblättrige dekorative Elemente.

Der Turm des Gebäudes beherbergt auch das Glockenspiel von Memel mit 48 Glocken, das 1987 installiert wurde und jeden Sonnabend, Sonntag und feiertags geläutet wird.

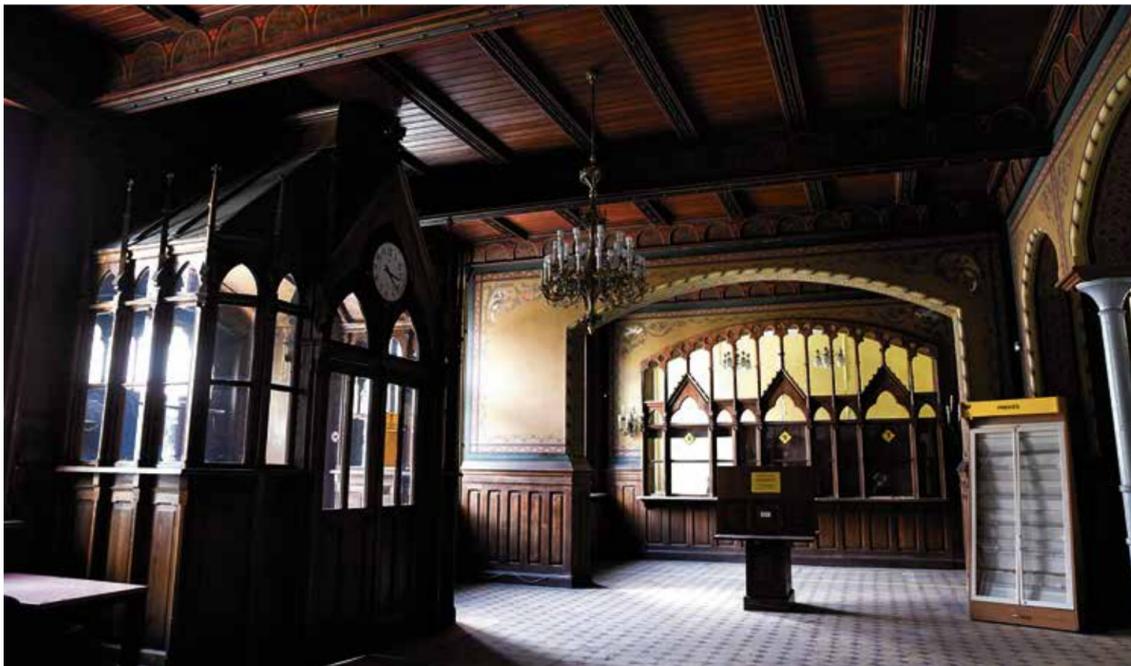
Um zu entscheiden, welche Aktivitäten in Zukunft in diesem architektonischen Ensemble stattfinden könnten, gab das Kulturministerium eine Machbarkeitsstudie über die Verbesserung des



Das Hauptpostamt in Memel gegenwärtig (oben): Nach Jahren der Unsicherheit darüber, was mit dem Gebäude geschehen soll, scheint nun eine positive Lösung gefunden zu sein.

Ein Blick in das Innere zeigt davon, dass die neogotischen Elemente noch gut erhalten sind. Ein neues Nutzungskonzept soll für den weiteren Erhalt des Kulturdenkmals sorgen.

Fotos: pa (o.)/lrytas.lt (u.)



Historische Ansicht: Das Postamt zur Kaiserzeit Foto: Bildarchiv Ostpreußen

„Klaipėda Central Post Office“-Komplexes in Auftrag. Die Studie ergab, dass die am besten geeignete Nutzung darin bestehen könnte, einen multifunktionalen Kulturraum einzurichten, ein Wissenschafts- und Kunstzentrum, das nach dem Astronomen Friedrich Wilhelm Argelander benannt werden soll. Argelander wurde 1799 in Memel geboren und hatte gute Kontakte zum späteren König Friedrich Wilhelm IV. Nach seinem Studium in Königsberg wurde er 1823 nach Turku berufen.

Das geplante multifunktionale Zentrum soll auch Museums-, Veranstaltungs- und Wohnfunktionen beinhalten. Vor allem die Museumsfunktion soll an das historische Erbe erinnern.

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges

## 1457 war Memel der Mittelpunkt der Botenpost des Deutschen Ritterordens

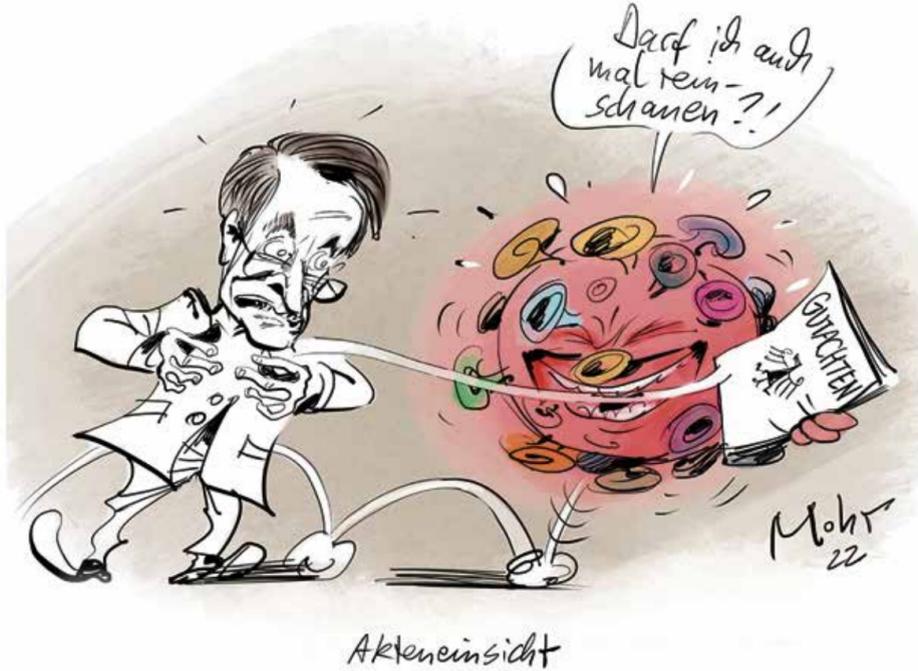
war der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688) vom Nutzen eines straff organisierten, landesweit verzweigten, einheitlichen Postsystems überzeugt. Pläne zur staatlichen Übernahme und Vereinigung des gesamten Botenpostwesens entstanden. Die Königsberger Botenpost bestand schon länger, ab 1457 war die Stadt der Mittelpunkt der Botenpost des Deutschen Ritterordens. Mit dem Herzogtum entstand 1525 die Ämter- und Schulzenpost mit einer Zentrale im Königsberger Schloss.

Auch die Preussische Post sollte mehr als nur Hofkorrespondenz transportieren. „Weil zuvörderst dem Kauf- und Handelsmanne hoch und viel daran gelegen“ sei, ordnete der Große Kurfürst den durchgehenden öffentlichen preussischen Postkurs von Memel im Osten über Königsberg und Berlin bis hin nach Bielefeld und Cleve im Westen an. Entsprechendes General-Postpatent erhielt der Postmeister am 30. Juli 1649. Dieser 1500-Kilometer-Fernpostkurs war die erste größere Maßnahme auf dem Weg zu einer neuartigen Postorganisation.

Im Jahr 1718 wurde dann erst die Postkutschenlinie von Tilsit nach Memel eingerichtet und wenig später die Verbindung von Königsberg über die Nehring nach Memel. 1723 kam die Postlinie Memel – Riga – Reval (Tallin) – Sankt Petersburg hinzu.

## ● AUFGESCHNAPPT

„Gleichberechtigung und Anerkennung“ seien endlich auch in der Provinz angekommen, wie „az-online“ berichtet. Die kleine Stadt Salzwedel in der Altmark veranstaltete erstmals einen „Christopher Street Day“ (CSD) mit einer „bunten Demonstration“, denn die „Mitglieder der LGBTIQ\*-Szene“ wollten „sich nicht verstecken“. Der ländliche Raum sei „in den Augen der Gemeinschaft noch immer ein Problem, wenn es um die Akzeptanz von Andersartigkeit geht“. Die Vielfalt sei „ganz individuell“ ausgelebt worden, „Regenbogenfahnen, nackte Oberkörper, Frauenkleider und Hundemasken gehörten dazu“. Wie weit das Verständnis von Schlagworten wie „Gleichberechtigung“, „Akzeptanz“ oder „Vielfalt“ beim CSD in Salzwedel reichte, machte die politische Runde auf dem Marktplatz deutlich. Der AfD-Bürgermeisterkandidat Andi Scotland sei „schnell vom Podium gebuht“ worden, was viele für „gerechtfertigt“ hielten. Toleranz scheint in der Provinz mitunter noch immer eine arg provinzielle Angelegenheit zu sein. *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Ökonom Thomas Mayer kritisiert gegenüber der „Bild“-Zeitung (1. Juli) die Planlosigkeit, mit der EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf die rapide Inflation reagiert:

„Lagarde hat die vergangenen Jahre in einer Märchenwelt verbracht. Statt sich um die steigende Inflation zu kümmern, hat sie lieber von der grünen Transformation der Wirtschaft geträumt oder über Gendergerechtigkeit gesprochen. Lagarde ist Juristin, es fehlt ihr an ökonomischem Sachverstand.“

Tim Röhn zieht auf „Welt online“ (1. Juli) einen klaren Schluss aus dem Bericht des Expertenrates zur Bewertung der Corona-Maßnahmen, in dem schwerste Fehler von Politik und RKI aufgedeckt werden:

„Für die politischen Entscheidungsträger sollte der 1. Juli ein Tag des Neuanfangs sein – weg von einer Politik, die viel zu oft auf datenfreiem Herumideologisieren beruhte, und hin zu einer faktenbasierten Strategie, bei der auch Skepsis sowie Widerspruch geduldet werden und eine Debatte zum Wohl und Wehe der Beschlüsse geführt werden kann. Das plumpe Abkanzeln von Maßnahmenkritikern, es sollte der Vergangenheit angehören.“

Der Energieexperte und frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) fällt im „Hamburger Abendblatt“ (2. Juli) angesichts der Gasknappheit ein hartes Urteil über die deutsche Energiepolitik der vergangenen Dekade:

„Wir leisten uns seit zehn Jahren eine angstgetriebene Energiepolitik und haben mit Worst-Case-Szenarien die Politik fast in eine Angstpsychose getrieben. Daran haben sich Industrie und Gewerkschaften, aber auch die Medien angepasst. Wer vor einem Jahr Fracking gefordert hätte, wäre nicht ernst genommen worden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, ehrlich zu diskutieren.“

Der ehemalige US-amerikanische Außenminister und nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger stellt im „Stern“ (30. Juni) auf die Frage, ob es einen Platz für Russland geben müsse, damit das Land nicht in die Arme Chinas getrieben wird, seine Theorie vor:

„Es geht um ein Land von enormer Größe, das immer eine große Rolle in Europa gespielt hat. Manchmal auf verstörende Weise, aber manchmal hat es auch zum Gleichgewicht beigetragen. Man kann die europäische Geschichte seit dem 17. Jahrhundert nicht ohne Russland sehen, bei jeder großen Wendung spielte Russland eine Rolle. Russland auszugrenzen entspricht nicht meiner Vision von Europa. Das würde aus Russland einen Alliierten Chinas machen. Sollte sich Russland in die Richtung bewegen, müssen wir dem widerstehen und es verhindern.“

## ● WORT DER WOCHE

„Das nennen die Linken und Grünen Fortschritt: Wir können jetzt zwar das Geschlecht frei wählen – aber ob wir in Zukunft noch warm duschen können, ist nicht sicher.“

Hubert Mooser in der Schweizer „Weltwoche“ vom 1. Juli

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Das Böartige lauert allerorten

Wie sich Scholz trotzdem entspannte, Lauterbach die Bibel entdeckte und Drost gestört wurde

VON ERIK LOMMATZSCH

Das so ein G7-Gipfel für unsere schwer arbeitenden – früher hätte man gesagt, sich im Dienste von Volk und Vaterland verzehrenden – Politiker abseits des Besprechungs- und Verhandlungspensums auf höchster Ebene noch ganz andere Dimensionen haben, war von Bundeskanzler Scholz persönlich zu erfahren. Während des weiträumig gut gesicherten Treffens auf dem oberbayerischen Schloss Elmau (gemunkelt wurde sogar von Grenzkontrollen, die sich unter seiner Vorgängerin in einer anderen Situation nicht realisieren ließen, offenbar gab es in dieser Hinsicht Fortschritte), habe er die Zeit mit seiner Frau „sehr genossen“. So recht viel Gelegenheit zur Zweisamkeit hat das Paar nicht, „denn wir haben beide sehr enge Terminkalender“. Frau Scholz, die nicht Frau Scholz, sondern Britta Ernst heißt, arbeitet nämlich ebenfalls schwer, als Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg. Da ist so ein wenig entspannende Gipfelluft schon schön und gönnen braucht man die sich ja auch nicht selbst, das tut der Steuerzahler für seine geplagten Leistungsträger gern.

Immerhin ist unser aller Wohl bei ihnen in guten Händen. Mit der bemerkenswerten, völlig überraschenden Feststellung, die „aktuelle Krise wird nicht in wenigen Monaten vorübergehen“, hatte Scholz bereits wenige Tage nach seinem G7-Urlaub auf Schloss Elmau Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Kanzleramt zu einem Treffen empfangen. Dieses bildete den Auftakt einer „Konzertierten Aktion“. Die markige Bezeichnung ist wohl eine Anspielung auf gleichnamige wirtschaftspolitische Initiativen der Vergangenheit. Eigentlich kein gutes Omen, denn diese gelten, vorsichtig ausgedrückt, nicht gerade als Erfolgsgeschichte. Scholz verkündete allerdings am Ende, wenn auch zugegebenermaßen etwas kryptisch, die Zusammenkunft sei „vielversprechend“ gewesen. Die „Bild“-Zeitung, ein mitunter böses Presse-Organ, fasste das Ergebnis des von ihr so bezeichneten „Anti-Teuer-Gipfels“ hingegen in die Worte: „Leider nichts!“

Aber das ist sicher reine Missgunst, Erfolge werden ja immer wieder kleingeredet. So war es auch mit der Erfolgsmeldung, die Verbraucherpreise seien im Juni „überraschend“ nur um 7,6 Prozent gestiegen, im Mai habe die Inflationsrate noch bei 7,9 Prozent gele-

gen. Nur ganz böse Zungen meinten, dies sei in etwa so erleichternd, wie wenn man mitgeteilt bekomme, alle vier Reifen des eigenen Autos seien zerstoßen worden und bei der Überprüfung feststelle, dass tatsächlich nur drei Reifen zerstört sind.

Ähnlich böse Zungen hatten von Anfang an den Sinn der Corona-Maßnahmen in Frage gestellt. Nicht weil sie Corona als ernst zu nehmende Krankheit „geleugnet“ hätten, sondern weil sie gegenüber dem kaum zu erwartenden Nutzen unverhältnismäßige Kollateralschäden mit schweren Folgen befürchteten und entsprechend anmahnten, verantwortungsbewusst die Dimensionen im Blick zu behalten. Nun haben 18 offenbar nicht minder böse Experten verschiedener Fachrichtungen, der sogenannte Sachverständigenrat, die Maßnahmen bewertet, sozusagen von Amts wegen. In ihrem Gutachten ist unter anderem zu lesen, dass die Lockdowns und Zutrittsbeschränkungen à la 3G oder 2G höchstens kurzfristig wirksam gewesen seien.

## Bösartige Forscherin

Die „genaue Wirksamkeit von Schulschließungen auf die Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus“ sei sogar völlig unklar – im Gegensatz zu den verheerenden Folgen für „das psychische Wohlbefinden“ der Kinder und Jugendlichen, diese Schäden seien „immens“. Da die Experten hier wohl irrierte Ansichten – hat vielleicht sogar jemand von Querdenkern gesprochen? – vertreten, beschloss die Gesundheitsminister der Länder nur wenige Stunden nach Übergabe des Gutachtens, dass es möglich sein solle, die Maßnahmen im Herbst fröhlich wieder in Gang zu setzen. Karl Lauterbach, der oberste, um uns alle besorgte Warner vor sämtlichen bekannten und künftigen Corona-Varianten, holte auch gleich das ganz große Verbal-Besteck heraus: Das, was der Sachverständigenrat da zusammengeschrieben habe, sei ja schließlich „keine Bibel“. Rückhalt bekommen er und seine Länderkollegen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Civey“ von immerhin 49 Prozent der Bevölkerung, die sich ab sofort für schärfere Corona-Maßnahmen aussprechen. Dem steht zwar das Gutachten entgegen, aber vielleicht hat man es einfach nur versäumt, die richtigen Experten zu beauftragen.

Zu denen zählt zweifelsfrei Christian Drost, um den es in letzter Zeit etwas ruhig

—  
Soeben wurde ein Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt, wonach Transsexuelle quasi auf Zuruf Vorname und Geschlechtseintrag offiziell ändern lassen können. Kleiner Wermutstropfen – es geht nur einmal pro Jahr



Alle Wochenrückblicke finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

geworden war. Böartige Menschen – da gibt es offenbar viele – haben im Internet für jedermann abrufbare Aussagen vom Januar 2020 platziert, in denen er den Nutzen von Masken dezidiert zurückweist („... damit hält man das nicht auf“). Das hatte er sich dann, als führender Wissenschaftler, wenig später anders überlegt. Nun hat sich Drost vom strapaziösen Geschäft seiner vielen, mitunter nicht immer stringenten, aber nichtsdestotrotz reichlich befolgten Verlautbarungen, erholen wollen, Auszeiten braucht nicht nur der Kanzler. Warum er sich dazu ausgerechnet Mecklenburg ausgesucht hat, bleibt unklar. Er hätte doch wissen müssen, dass hier, auf dem Territorium „Dunkeldeutschlands“ (eine vom Bundespräsidenten geschätzte Wortschöpfung) nur Unverständnis für seine segensreiche Tätigkeit lauert. So ist er auf einem Zeltplatz doch tatsächlich als „Massenmörder“ und „Transhumanist“ bezeichnet worden, der „Kinder auf dem Gewissen habe“. Natürlich erstattete er Anzeige „wegen Verleumdung“. Vielleicht mit Maske, vielleicht auch ohne – je nachdem, wie es um die derzeitige Ansicht des Virologen über deren Nutzen bestellt ist.

Apropos Wissenschaft: Eine offenbar reaktionäre oder eben einfach nur böartige Forscherin der Berliner Humboldt-Universität durfte ihren Vortrag über die Tatsache der ausschließlichen Zweigeschlechtlichkeit in der Biologie nicht halten. Untersagt hatte es die Hochschule, nachdem Aktivisten wegen „Trans\*feindlichkeit“ zu Protesten aufgerufen hatten. Da ist die Bundesregierung doch wesentlich weiter als die Humboldt-Biologin. Soeben wurde ein Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt, gemäß der Transsexuelle quasi auf Zuruf Vorname und Geschlechtseintrag offiziell ändern lassen können. Kleiner Wermutstropfen – es geht nur einmal pro Jahr.

Damit böartige Ansichten immer weniger Verbreitung finden, hat Bundespräsident Steinmeier anlässlich des 30. Jubiläums des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) darauf hingewiesen, dass „auch in Zukunft starke öffentlich-rechtliche Sender, die ihrem Auftrag konsequent und auf hohem Niveau nachkommen“ notwendig seien. Nahezu zeitgleich verlor die böse „Achse des Guten“ einen für ihre Existenz maßgeblichen Werbepartner, und dem Blogger Boris Reitschuster wurden die PayPal-Konten gesperrt. Die Voraussetzungen zur Verbreitung richtiger, einzig wahrer Ansichten werden immer besser.